

Forschungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich in den Wirtschaftswissenschaften: Bestandsaufnahme, Erfolgsbedingungen und Gestaltungsansätze für Kooperationsprojekte; eine Machbarkeitsstudie im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen

Baasner, Frank; Uterwedde, Henrik

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Baasner, F., & Uterwedde, H. (2014). *Forschungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich in den Wirtschaftswissenschaften: Bestandsaufnahme, Erfolgsbedingungen und Gestaltungsansätze für Kooperationsprojekte; eine Machbarkeitsstudie im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen*. (dfi compact, 13). Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut - dfi. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61563-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

**Forschungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich
in den Wirtschaftswissenschaften: Bestandsaufnahme, Erfolgs-
bedingungen und Gestaltungsansätze für Kooperationsprojekte.**

**Eine Machbarkeitsstudie im Auftrag des Bundesministeriums der
Finanzen**

Frank Baasner / Henrik Uterwedde

**Forschungszusammenarbeit zwischen Deutschland
und Frankreich in den Wirtschaftswissenschaften:
Bestandsaufnahme, Erfolgsbedingungen und
Gestaltungsansätze für Kooperationsprojekte.**

**Eine Machbarkeitsstudie im Auftrag
des Bundesministeriums der Finanzen**

Frank Baasner / Henrik Uterwedde

Impressum

**Forschungszusammenarbeit zwischen Deutschland
und Frankreich in den Wirtschaftswissenschaften:
Bestandsaufnahme, Erfolgsbedingungen und
Gestaltungsansätze für Kooperationsprojekte.**

**Eine Machbarkeitsstudie im Auftrag des Bundesministeriums
der Finanzen**

Frank Baasner / Henrik Uterwedde

Layout: Lorenzo Frau

ISSN 1619-8441

Herausgeber:
dfi Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg

© Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg 2014

**Forschungszusammenarbeit zwischen Deutschland
und Frankreich in den Wirtschaftswissenschaften:
Bestandsaufnahme, Erfolgsbedingungen und
Gestaltungsansätze für Kooperationsprojekte.**

**Eine Machbarkeitsstudie im Auftrag
des Bundesministeriums der Finanzen**

Frank Baasner / Henrik Uterwedde

Inhalt

I. Hintergründe der Initiative	7
II. Erfahrungen mit der deutsch-französischen Forschungskooperation	14
II.1. Internationale Forschungskooperation	14
II.2. Merkmale der französischen Forschungsförderung	15
II.3. Merkmale der deutschen Forschungsförderung	18
II.4. Etappen und Strukturen der deutsch-französischen Kooperation in der Forschung	19
III. Initiativen in den Geistes- und Sozialwissenschaften	26
III.1. Neuere Kooperationsstrukturen	26
III.2. Deutsch-französische Kooperation in der Volkswirtschaftslehre	29
IV. Die Ergebnisse der Seminare in Berlin und Paris	34
IV.1. Generelle Bemerkungen	34
IV.2. Seminar: Perspektiven der Wirtschafts- und Währungsunion (Berlin, 8.4.14)	36
IV.2.1. Allgemeine Bemerkungen	36
IV.2.2. Inhaltliche Fragestellungen	37
IV.2.3. Perspektiven	42
IV.3. Seminar: Die Zukunft der sozialen Sicherung (Paris, 28.4.14)	43
IV.3.1. Allgemeine Bemerkungen	43
IV.3.2. Inhaltliche Fragestellungen	44
IV.3.3. Perspektiven	48
IV.4. Seminar: Innovation und Wettbewerbsfähigkeit (Berlin, 26.5.14)	48
IV.4.1. Allgemeine Bemerkungen	48
IV.4.2. Inhaltliche Fragestellungen	50
IV.4.3. Perspektiven	61
IV.5. Seminar: Entwicklungen des Arbeitsmarkts (Paris, 3.7.14)	61
IV.5.1. Allgemeine Bemerkungen	61
IV.5.2. Inhaltliche Fragestellungen	63
IV.5.3. Perspektiven	74
IV.6. Fazit	74

V. Optionen für deutsch-französische Forschungskoooperation	76
V.1. Zielsetzungen	77
V.2. Fragestellungen für die Forschungsprojekte	79
V.3. Organisatorische Struktur: Optionen	82
V.3.1. Herausforderungen bei der Gestaltung strukturierter, deutsch-französischer Kooperation	82
V.3.2. Option 1: Ausschreibungen pro Forschungsthema (Vergleichsobjekt MaxPo)	86
V.3.3. Option 2: Schaffung eines gänzlich neuen Instituts (Vorbild Institut de Saint-Louis, Deutsch-Französische Hochschule)	87
V.3.4. Option 3: Konsortium von Projektpartnern mit einer koordinierenden Dachorganisation (Vergleichsobjekt: Saisir l'Europe)	88
VI. Anlagen	91
(1) Abkürzungsverzeichnis	91
(2) Synthetische Tabelle von Kapitel III	93
(3) Programme der vier Arbeitsseminare	94

I. Hintergründe der Initiative

Im Mai 2013 kam der Deutsch-Französische Finanz- und Wirtschaftsrat zu seiner 45. Sitzung zusammen. Diese Institution wurde 1988 anlässlich des 25jährigen Bestehens des deutsch-französischen Vertrages („Elysée-Vertrag“) gegründet mit dem Ziel, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik einen regelmäßigen Dialog zwischen der deutschen und der französischen Regierung einzurichten. Auf seiner Jubiläumssitzung (25jähriges Bestehen) hat der deutsch-französische Wirtschafts- und Finanzrat auf Anregung der Finanzminister beschlossen, der Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Wirtschaftswissenschaftlern neue Impulse zu geben. In einem ersten Schritt sollte eine Studie erstellt werden, die den Bedarf an einer deutsch-französischen Forschungsinitiative ermittelt und die wichtigsten Themenfelder für gemeinsame Forschungsvorhaben definiert.¹ Die vorliegende Publikation fasst die Ergebnisse der Untersuchung zusammen. In Teil II wird zunächst ein Überblick über die bestehenden Programme der Wissenschaftskooperation und die Erfahrungen der deutsch-französischen Zusammenarbeit gegeben, Kapitel III vertieft diesen Überblick im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften. In Teil IV werden die Ergebnisse der vier Forschungsseminare dargestellt, bei denen Wissenschaftler (in erster Linie aus Deutschland und Frankreich) die wichtigsten Forschungsthemen im Hinblick auf mögliche neue Kooperationsprojekte identifiziert haben. Teil V schließlich entwickelt mögliche Optionen für eine gezielte deutsch-französische Forschungsinitiative.

Die Forschungsinitiative der deutschen und französischen Finanzminister fällt in eine Zeit, wo die Diskussion um finanzpolitische Weichenstellungen so intensiv und stellenweise auch kontrovers ist wie selten. Die seit 2007-2008 anhaltende Banken-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise hat die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten der EU, in erster Linie der Euro-Zone, intensiviert und beschleunigt. Die bestehenden Verträge wurden in bisher nicht bekannter Weise ausgereizt, die EZB hat zur Stabilisierung der Märkte aktiver

¹ Die Studie wurde als Projekt ausgeschrieben und im Herbst 2013 vergeben. Das Deutsch-Französische Institut wurde beauftragt, die Untersuchung durchzuführen. Auf französischer Seite wurde das Commissariat général à la stratégie et la prospective (heute France Stratégie) mit der Ausrichtung von zwei Fachtagungen in Paris beauftragt.

werden müssen als je zuvor. Die Strategien zur Bekämpfung der Krise sind in der Öffentlichkeit je nach Lage der nationalen Volkswirtschaften heftig und kontrovers diskutiert worden. Unterschiedliche Konzeptionen der zukünftigen Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion stehen einander gegenüber. Auch innerhalb jedes Mitgliedstaats streiten die Experten und die Politiker um die bestmögliche Lösung. Die Ergebnisse der Wahlen zum europäischen Parlament haben zudem gezeigt, dass vielen EU-Bürgern eine Zukunftsorientierung für die weitere Entwicklung der EU zu fehlen scheint.

Vor diesem Hintergrund erlangt die Gestaltungsverantwortung der deutsch-französischen Partnerschaft eine besondere Relevanz. Die kursierenden Szenarien einer Teilung der Eurozone in „Nord“ und „Süd“ sind Ausdruck einer oft unreflektierten Hypothese, derzufolge zwischen den Mitgliedstaaten unüberbrückbare konzeptionelle Unterschiede bei der Analyse der aktuellen Krise bestehen. Es ist schon oft gesagt worden und dennoch immer wieder richtig: Deutschland und Frankreich sind die beiden Gesellschaften, Volkswirtschaften und Kulturen, die in der Regel zunächst unterschiedliche Ausgangspositionen haben und hinter sich andere Mitgliedstaaten und Standpunkte sammeln können. Deutsch-französische Kompromisse oder Annäherungen, die in der Vergangenheit trotz der divergierenden Ausgangspunkte oft erreicht werden konnten, sind keinesfalls für die Definition einer europäischen Strategie ausreichend, aber oft zeigen sie einen Korridor an möglichen Optionen auf, innerhalb dessen europaweite Kompromisse möglich sind. Diese Grundregel gilt auch für die Diskussion um die Szenarien für die Weiterentwicklung der EU und einer leistungsfähigen Governance der Euro-Zone.

Seit Ausbruch der Krise hat es in den deutsch-französischen Beziehungen sehr starke Schwankungen und gegenseitige Schuldzuweisungen gegeben. In den Medien kursierten Meinungen und Bilder, die Ausdruck hoher Emotionalität waren. Mittlerweile hat sich die Diskussion versachlicht und die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen (ESM, Fiskalpakt, Bankenunion) haben neue rechtliche Rahmenbedingungen für alle Staaten geschaffen. Und dennoch ist es bisher nicht gelungen, in grundlegenden Fragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik eine gemeinsame Zukunftsperspektive zu erarbeiten. Es geht dabei nicht nur um rein finanzpolitische Maßnahmen. Wir erleben vielmehr in diesen Jahren, dass die Gemeinschaftswährung das

Gravitationszentrum ist, um das sich die gesamte Europadebatte gruppiert hat. Die mühsam „nachgeholte“ politische Dimension der Gemeinschaftswährung betrifft die EU in ihrer Grundstruktur. Die großen Fragen, die während der Entwicklung der EU zu verschiedenen Momenten immer wieder mit wechselnden Prioritäten diskutiert wurden, treten heute alle auf einmal auf die Bühne der politischen Diskussionen: Wie viel Vergemeinschaftung ist nötig? Wie kann das Subsidiaritätsprinzip sichtbar umgesetzt werden? Wieviel Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten ist nötig, kann verlangt und geleistet werden? Wie kann die kontinuierliche Sanierung der Staatshaushalte über lange Zeiträume gesichert werden? Wie können die Staatshaushalte und der EU-Haushalt zukunftsfähig werden? Wie kann die EU als Ganzes mit ihrer alternden Bevölkerung im weltweiten Wettbewerb bestehen? Wie kann Wachstum bei gleichzeitiger Budgetdisziplin und unter den Bedingungen einer multipolaren Welt erreicht werden? Wie können die sozialen Folgen der Krise aufgefangen werden?

Hintergründe der deutsch-französischen Divergenzen

Bei der Beantwortung dieser Fragen, die sich alle aus der Kernfrage nach den finanziellen Rahmenbedingungen ergeben, gibt es in der deutschen und französischen Diskussion durchaus unterschiedliche Positionen, auch wenn es nicht die eine (homogene) französische oder die eine (homogene) deutsche Meinung gibt. In Frankreich ist es üblich, und zwar über die politischen Lagergrenzen hinweg, die Priorität der Politik gegenüber der Wirtschaft einzufordern. Das Verhältnis zum Markt ist ein grundlegend anderes als in Deutschland. Ebenso unterschiedlich ist das Verständnis von staatlicher Souveränität, obwohl Deutschland und Frankreich in der gleichen institutionellen Konstellation der EU arbeiten. Aufgrund dieser historisch gewachsenen, konzeptionell unterschiedlichen Sichtweisen, deren Ursprünge und Funktionsmechanismen im folgenden Abschnitt in Erinnerung gerufen werden, ist der Dialog zwischen Deutschen und Franzosen immer dann schwierig, wenn es um das Verhältnis von staatlicher Ordnung, Marktmechanismen und Wirtschafts- und Finanzpolitik geht.

Die Ursprünge dieser Unterschiede weisen zum Teil weit in die Geschichte zurück, etwa was das Staatsverständnis in Frankreich (als

Schöpfer und Bewahrer der Nation), den Gedanken der ungeteilten Souveränität nach innen (Zentralismus versus regionale Zwischengewalten) und nach außen (nationale Souveränität versus europäischer Föderalismus) oder das republikanische Politikmodell des Primats der (demokratisch legitimierten) Politik gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft (die Partikularinteressen repräsentieren) betrifft. Dennoch war die Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhunderts überwiegend liberal geprägt. Eine Aufladung erfuhren diese Leitbilder erst ausgangs des Zweiten Weltkrieges, als in Frankreich und Deutschland unterschiedliche ordnungspolitische Weichenstellungen vorgenommen wurden. Während sich in (West-)Deutschland ab der Währungsreform 1948 mit dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschaftsordnung durchsetzte, die grundsätzlich den Marktprozessen Vorrang einräumte und staatliche Eingriffe nur in bestimmten, eng umrissenen Grenzen vorsah („Soviel Markt wie möglich, sowenig Staat wie nötig“), ging Frankreich einen anderen Weg - auch weil die ökonomische Ausgangslage eine andere war: Das Land wies einen erheblichen Modernisierungsrückstand gegenüber seinen Nachbarn auf, der sich in den vorangegangenen Jahrzehnten seit 1870 aufgebaut hatte. Die als nationale Aufgabe empfundene Modernisierung wurde weitgehend in die Hände des Staates gelegt. Der Wiederaufbau und der Sprung von einer veralteten in eine hochmoderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft wurden in den Nachkriegsjahrzehnten auch dank einer umfassenden staatlichen Intervention bewerkstelligt und haben damit in den Augen vieler Franzosen die herausgehobene Rolle des Staates für Wachstum und Beschäftigung, industrielle Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit gerechtfertigt. Das Leitbild des interventionistischen, lenkenden Staates (in Frankreich wird gerne von Voluntarismus gesprochen) erfuhr damit eine Legitimation, die den staatlichen Lenkungsanspruch wie auch eine entsprechende Erwartungshaltung der Bürger an den Staat bis heute fördert. Modernisierung und Strukturwandel wurden ferner unterstützt durch eine klare Prioritätensetzung zugunsten einer wachstumsorientierten und damit auf die gezielte Schaffung von Arbeitsplätzen abzielende Politik, die trotz der seit 1983 eingeschlagenen Politik der Preisstabilität weiterhin ein Markenzeichen französischer Wirtschaftspolitik bleibt.

Zwar hat sich die wirtschaftspolitische Praxis in beiden Ländern seit den 1950er Jahren verändert. In Deutschland ist sie interventio-

nistischer geworden, während Frankreichs Wirtschaftsordnung mit Beginn der europäischen Integration schrittweise liberalisiert worden ist. Dennoch bleiben Unterschiede, sowohl in Bezug auf die Praxis wie in Hinblick auf die Diskurse. Das deutsche Kapitalismusmodell ist von einem Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure gekennzeichnet (Bund und Länder; öffentliche Akteure, Verbände und Sozialpartner, unabhängige Instanzen wie die Bundesbank oder das Bundeskartellamt); öffentliche Interventionen sind damit nicht immer so sichtbar wie der zentralstaatliche Interventionismus in Frankreich. Dort bleibt der Staat trotz aller Liberalisierungen weiterhin ein zentraler Akteur, auch weil ihm anders als in Deutschland keine starken, zur Selbstregulierung fähigen Sozialpartner bzw. Verbände (und auch kein selbstbewusstes privates Unternehmertum) gegenüberstehen. Noch stärker bleiben die Unterschiede in den Diskursen in Politik und Medien. Gerade unter dem Eindruck der jüngeren Ereignisse seit der weltweiten Finanzkrise 2008 wird in Deutschland eine Rückbesinnung auf die regulative Funktion des Staates im Rahmen des Leitbildes der Sozialen Marktwirtschaft betont, während in Frankreich die Kapitulation der Politik vor den Finanzmärkten gebrandmarkt und pauschal eine „Rückkehr des Staates“ gefordert wird. Angesichts der fortwährenden Wirtschaftskrise in Frankreich wird allenthalben der Ruf nach einer interventionistischen, stärker expansiven Wirtschaftspolitik erhoben; europäische Regelwerke, die dem entgegenstehen, werden als Ausdruck eines verhängnisvollen „Liberalismus“ verurteilt.

Europäische Leitbilder und Grundsatzpositionen

Die vorgenannten Unterschiede haben auch die europapolitischen Visionen und Grundsatzpositionen beider Länder beeinflusst. Seit Beginn der europäischen Integration standen Deutschland und Frankreich für zwei unterschiedliche Leitbilder, was die wirtschaftspolitische Rolle der Europäischen Union betrifft. Aus deutscher, stark von ordoliberalen Ideen beeinflusster Sicht sollte die EU in erster Linie eine ordnungspolitische, regulative Funktion ausüben: Setzung der Rahmenbedingungen und Spielregeln des Binnenmarktes und später der Wirtschafts- und Währungsunion. Eine interventionistische Rolle der EU wurde gemeinhin abgelehnt oder nur sehr zurückhaltend gesehen. Für Frankreich sollte die EU immer ein wirtschaftspolitischer

Akteur sein, der mit entsprechenden Kompetenzen und Instrumenten ausgestattet sein sollte, um auf verschiedenen Feldern intervenieren zu können. Insbesondere seit den 1980er Jahren, als die Grenzen einer rein nationalen Wirtschaftspolitik immer offenkundiger wurden (so wurde Frankreich im März 1983 zu einer spektakulären Kehrtwende hin zu einer stabilitätsorientierten Politik gezwungen, um weiter im Europäischen Währungssystem bleiben zu können), verlegte sich die französische Politik darauf, ehrgeizige gemeinsame Politiken auf europäischer Ebene vorzuschlagen (Konjunktur-, Außenhandels-, Wechselkurs- und Industriepolitik). Damit sollte der französische voluntaristische Politikansatz so weit wie möglich auf europäischer Ebene verankert werden. Auch in der Währungsunion, insbesondere seit der Krise des Euroraums ab 2010, kommen die genannten konzeptionellen Unterschiede zwischen einer „apolitischen“, auf Stabilitätsregeln verpflichteten und auf einer unabhängigen Zentralbank gründenden Vision Deutschlands sowie einer „politischen“, gegenüber den Stabilitätsregeln auf Spielräume für eine wachstumsorientierte sowie diskretionäre Politik beharrenden Sichtweise Frankreichs zum Tragen. Obwohl beide Regierungen wiederholt bewiesen haben, dass Kompromisse zwischen beiden Positionen möglich sind, ist doch nicht zu übersehen, dass in den öffentlichen Debatten und manchen politischen Diskursen beider Länder die Unterschiede stärker hervorgehoben werden: In Deutschland dominiert die Sorge, dass mit der Politik der Konsolidierung der Währungsunion deutsche Positionen (wie das „*no-bail-out*“-Prinzip oder die strengen Stabilitätsregeln) zu Lasten des deutschen Steuerzahlers aufgegeben werden; in Frankreich gehört es demgegenüber parteiübergreifend geradezu zum guten Ton, die Regelwerke der EU und der Währungsunion als (neo-)„liberal“ zu brandmarken und die Konsolidierungspolitik als „Austerität“ zu kritisieren, die die Bevölkerungen überfordere. Dementsprechend wird eine stärker voluntaristische, auf Wachstum und Beschäftigung zielende EU-Politik eingefordert. Der innenpolitische Druck, unter dem die Bundesregierung und die französische Regierung jeweils stehen, drängt damit in gegensätzliche Richtungen.

Zielsetzungen der Initiative

Angesichts dieser Gegebenheiten ist die Initiative des Bundesfinanzministeriums und des französischen Finanzministeriums, eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern anzustoßen und zu fördern, ausdrücklich zu begrüßen. Das aktuelle Umfeld lässt es auch unmittelbar einleuchtend erscheinen, dass ein vertiefter wissenschaftlicher Dialog im Lichte der politischen Agenda erfolgen sollte. Mit Sicherheit gibt es auch relevante Forschungsfragen, die sich im Bereich der Grundlagenforschung bewegen, aber angesichts der Notwendigkeit, den deutsch-französischen Dialog im Interesse der Weiterentwicklung der EU zu befruchten, sollten diese grundlegenden Forschungsaspekte nicht im Vordergrund stehen. Ebenso deutlich ist die Tatsache, dass die finanzpolitischen und damit volkswirtschaftlich oder finanzwissenschaftlich zu behandelnden Fragestellungen, die zwischen deutschen und französischen Forschern zu bearbeiten sind, in ihrem politischen Umfeld betrachtet werden müssen. Alle Fragen zur Stabilisierung der Währung, zu Wachstum und Schuldenabbau sind automatisch auch Fragen zur institutionellen Ausgestaltung der EU, zu Governance und Kompetenzaufteilungen. Es sei schon hier, im Vorgriff auf die weiter unten dargestellten Ergebnisse der vier Forschungsseminare, darauf hingewiesen, dass eine interdisziplinäre Ausrichtung der zu gestaltenden Forschungsfelder ratsam ist. Die zentrale Bedeutung finanzpolitischer Themen sollte genutzt werden, um aus einer nur scheinbar „technischen“ Dimension auszubrechen und die gesamtgesellschaftlichen Fragen im Blick zu behalten. Vereinfacht gesagt, geht es um die Aufgabe, deutsche und französische Ökonomen (und ggf. Wissenschaftler weiterer Länder) untereinander und mit Vertretern anderer Disziplinen wie der Politik- und Sozialwissenschaft, aber auch der Philosophie in einen fruchtbaren Austausch zu bringen und sie zu gemeinsamen Forschungsprojekten zu animieren. Deren Ergebnisse sollen die öffentliche Debatte bereichern und einen Beitrag zur Entwicklung der politischen Diskussion leisten.

II. Erfahrungen mit der deutsch-französischen Forschungskooperation

II.1. Internationale Forschungskooperation

Universitäre Forschung und internationale Kooperation bilden seit dem Mittelalter und vor allem seit der Erneuerung der Universitäten zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine unauflösbare Beziehung. Dies galt im Prinzip für alle Wissenschaften, beginnend mit den frühen Fakultäten für Theologie und Jurisprudenz. Die Sorbonne oder Bologna, Wien, Prag, Oxford, Tübingen etc. waren in der jeweiligen Landeskultur verankert, aber seit Jahrhunderten ein Anziehungspunkt für junge Spitzenforscher anderer Länder. Die internationale Vernetzung der Forscher aller Disziplinen ist eine Normalität zumindest in der europäischen Zivilisation. Ein herausragendes Symbol der internationalen Zusammenarbeit bei der Sammlung und Verbreitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen ist die ab 1751 erscheinende *Encyclopédie ou Dictionnaire raisonné des Sciences, des Arts et des Métiers*, an der unter Leitung von Denis Diderot und Jean d'Alembert mehr als 140 Wissenschaftler unterschiedlicher europäischer Länder mitwirkten. Im 19. Jahrhundert nach der humboldtschen Bildungs- und Universitätsreform, mit der die „moderne“ Universität begründet wurde, intensivierte sich die internationale Kooperation weiter.

Mit der Entwicklung der nationalen Bildungssysteme im 19. Jahrhundert und vor allem mit der schnellen Ausweitung der Bildungs- und Forschungslandschaft im 20. Jahrhundert ging dann allerdings eine Ausdifferenzierung der nationalen Forschungslogiken einher. Dabei entwickelte jedes Land seine Eigenheiten, die den jeweiligen nationalen Interessen und philosophischen Überzeugungen geschuldet waren. Die starken Unterschiede, die großenteils bis heute zwischen dem deutschen und dem französischen System bestehen, gehen auf diese Epoche zurück. Erst in den letzten Jahren ist eine erhebliche Annäherung der Forschungsorganisation zu beobachten (dazu mehr weiter unten). Aber selbst wenn sich die Förderinstrumente und Förderphilosophien in Europa schrittweise annähern, bleiben doch in der administrativen Organisation (Förderkriterien, Ausschreibung, Selektion, Berichtspflichten usw.) so große Unterschiede, dass jede

Forschungsinitiative ihre Zielsetzungen mit den beobachteten Asymmetrien der Forschungsverwaltung im Zusammenhang sehen muss.

Internationalität der Forschung ist also einerseits eine Selbstverständlichkeit, aber andererseits haben die verschiedenen nationalen Regelungen, Verfahren und Traditionen dazu geführt, dass Kooperation zwischen Akteuren unterschiedlicher Systeme schwierig ist und daher gut geplant bzw. organisiert werden muss. Während die individuelle Förderung einzelner Forscher aus EU-Staaten dank des Binnenmarktes keine großen Probleme mehr bietet, sind die institutionalisierten Kooperationen immer noch aufwendig. Auf europäischer Ebene, d.h. konkret im Kontext der Forschungsrahmenprogramme, sind die Bedingungen insofern einfacher, als die Regularien für Ausschreibung, Bewerbung und Projektmanagement für alle beteiligten Institutionen die gleichen sind. Bei Forschungsprogrammen, die von einem deutschen und einem französischen Geldgeber ermöglicht werden, stellen die unterschiedlichen Regeln und Traditionen aber weiterhin eine erhebliche Herausforderung dar.

II.2. Merkmale der französischen Forschungsförderung

Einer der wesentlichen Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich betrifft die Organisation der höheren Bildungseinrichtungen. Während in den deutschen Ländern im 19. Jahrhundert den Universitäten eine Schlüsselrolle bei freier Forschung zukommt, werden in Frankreich die Universitäten in ihrer Entwicklung zunächst gebremst.² Gleichzeitig gewinnen die *Grandes Écoles*³ an Bedeutung, wobei aber die Forschung eine untergeordnete Rolle spielt und praktisches Anwendungswissen im Vordergrund steht. Eine Ausnahme bildet die *École normale supérieure de Paris* (Rue d'Ulm), in der im engeren geisteswissenschaftlichen Bereich bis heute auf einem sehr hohen Niveau geforscht und gelehrt wird. Erst nach dem deutsch-

2 Zur Entwicklung der Hochschulsysteme siehe die aufschlussreiche Studie von Béatrice Durand/Stefanie Neubert/Dorothee Röseberg/Virginie Viallon: Studieren in Frankreich und Deutschland. Akademische Lehr- und Lernkulturen im Vergleich, Berlin: Avinus Verlag 2006.

3 Der Begriff *Grande École* ist nur schwer ins Deutsche zu übersetzen. Auf jeden Fall steht bei der Mehrzahl der *Grandes Écoles*, die vorwiegend aus dem Bereich des Ingenieurwesens und der Betriebswirtschaftslehre kommen, die angewandte Forschung im Vordergrund. Je nach Tradition und Prioritätensetzung der einzelnen Hochschule wird durchaus Forschung betrieben, aber auf sehr unterschiedlichem Niveau.

französischen Krieg 1870/71 gab es eine Modernisierung der Universitäten, gleichzeitig kam es zur Gründung der bis heute renommierten Hochschule *Sciences Po*. Weitere Gründungen von Spitzeneinrichtungen kamen hinzu: 1912 wurde der Vorläufer der heutigen *École normale supérieure de Cachan* gegründet, wo die Wirtschaftswissenschaften einen der Schwerpunkte bilden.

Das *Centre National de la Recherche Scientifique* (CNRS) als moderne zentralistische Forschungseinrichtung wurde 1939 kurz vor dem Zweiten Weltkrieg durch ein Dekret der Regierung gegründet.⁴ Seine wichtigsten Aufgaben nach der Befreiung 1945 betrafen vor allem die Grundlagenforschung, bei der das CNRS eine quasi-monopolistische Position in Frankreich erreichte. Das CNRS ist heute eine öffentliche Forschungseinrichtung, die unter der administrativen Autorität des französischen Ministeriums für Hochschulbildung und Forschung steht. Es ist interdisziplinär angelegt und widmet sich weiterhin der Grundlagenforschung. Auf deutscher Seite kann man es am ehesten mit der Max-Planck-Gesellschaft vergleichen, wobei das CNRS in seiner Forschung breiter angelegt ist. Mit einem Budget⁵ von 3,4 Mrd. Euro, bei dem 829 Mio. Euro aus Eigenmitteln stammen, beschäftigt das CNRS derzeit 33.000 Personen⁶ (Stand 31.12.2013). Hiermit rangiert es an erster Stelle unter den großen Forschungsorganisationen in Europa. Geforscht wird in nahezu 1.200 Laboratorien, die sich über ganz Frankreich verteilen. Die Laboratorien unterstehen jeweils einem vierjährigen, erneuerbaren Vertrag, der zweimal im Jahr durch das CNRS evaluiert wird. Es gibt zwei Arten von Laboratorien, zum einen die eigenen Labore (frz. *Unités propres de recherche*, kurz *UPR*), die vollständig vom CNRS finanziert und verwaltet werden, und zum anderen die Partner-Labore (frz. *Unités mixtes de recherche*, kurz *UMR*), die mit Universitäten, anderen Forschungsorganisationen oder Firmen in enger Partnerschaft kooperieren und die einen Anteil von 95% ausmachen. Auf diese Weise werden alle wissenschaftlichen Disziplinen abgedeckt. Die Palette der Forschungsfelder umfasst die Be-

4 Das CNRS ging aus den Vorgängergesellschaften *Caisse nationale de la recherche scientifique* und *Office national des recherches scientifiques* hervor.

5 Für weitere Informationen zum Budget, siehe:
<http://www.dgdr.cnrs.fr/dsfim/chiffres/2013/default.htm>

6 Insgesamt arbeiten am CNRS 24.955 Angestellte, davon 11.204 Forscher, 13.751 Ingenieure, Techniker und Verwaltungsangestellte, sowie 8.000 Doktoranden, Post-Doktoranden und Stipendiaten.

reiche Mathematik, Physik, Informations- und Kommunikationswissenschaften und -technologien, Atom- und Hochenergiephysik, Geowissenschaften und Astronomie, Chemie, Lebenswissenschaften, Geistes- und Sozialwissenschaften und Umwelt- oder Ingenieurwissenschaften. Strukturiert werden die vielfältigen Forschungsfelder in zehn Instituten.⁷

Der Nachteil des CNRS, der für lange Zeit eine sehr dominante Stellung in der wissenschaftlichen Forschung hatte, waren die starren Strukturen. Wer als junger Forscher für das CNRS in einem Laboratorium rekrutiert wurde, hatte sicher ein interessantes Forscherleben vor sich. Die Frage, ob die Forschungsgruppen sich in ihren Kompetenzen und Interessen automatisch parallel zu neu sich abzeichnenden Forschungsfragen entwickeln, ist hingegen ungewiss. Die geringe Flexibilität des etablierten Forschungspersonals bei gleichzeitig sehr hoher Bindung von finanziellen Ressourcen war einer der Hauptgründe für die Neugestaltung der Forschungsförderung in Frankreich.

Während der Regierungszeit von Staatspräsident Jacques Chirac kam Bewegung in die Forschungslandschaft Frankreichs. Jean-Louis Beffa, ein renommierter Manager und einflussreicher Absolvent der Ingenieurschule *Polytechnique*, wurde 2004 mit der Abfassung eines Berichts zur Innovationsfähigkeit und zur industriellen Zukunft Frankreichs beauftragt. Seine Analyse der Situation führte zu zwei strukturbildenden Neuerungen. Im Jahre 2005 wurde die *Agence de l'innovation industrielle* gegründet.⁸ Im Jahr 2006 wurde auf Initiative von Staatspräsident Jacques Chirac ein Rahmengesetz zur Forschungsförderung verabschiedet, das die Grundlage für milliarden-schwere Investitionen und strukturelle Neuerungen war. Im gleichen Jahr nahm die *Agence Nationale de la Recherche* (ANR) ihre Arbeit

7 *Institut des sciences biologiques* (INSB), *Institut de chimie* (INC), *Institut écologie et environnement* (INEE), *Institut des sciences humaines et sociales* (INSHS), *Institut des sciences de l'information et de leurs interactions* (INS2I), *Institut des sciences de l'ingénierie et des systèmes* (INSIS), *Institut national des sciences mathématiques et de leurs interactions* (INSMI), *Institut de physique* (INP), *Institut national de physique nucléaire et physique des particules* (IN2P3) und *Institut national des sciences de l'univers* (INSU). Neben dem CNRS gab es seit 1977 zwei große Forschungseinheiten, mit denen die DFG schon lange zusammengearbeitet hat: Das INSERM (*Institut national de la Santé et de la Recherche médicale*) und das INRA (*Institut National de la Recherche Agronomique*).

8 Die neue Struktur wurde schon 2008 wieder aufgelöst und in die OSEO integriert. Die OSEO hatte den Auftrag, kleine und mittelständische Unternehmen bei ihrer Innovations- und Investitionsstrategie zu unterstützen. 2013 wurde diese Einrichtung in die *Banque publique d'investissement* überführt, die in ihren Aufgaben der KfW vergleichbar ist.

auf. Die herausragende Neuerung betraf die erstmals gegebene Möglichkeit, für einen begrenzten Projektzeitraum Personal zu rekrutieren, das aus Projektmitteln für eine begrenzte Dauer finanziert wird. Damit wurde eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um bei internationalen Projekten in einigermaßen vergleichbaren Strukturen zu arbeiten. Dies gilt gerade für die deutsch-französische Wissenschaftskooperation, die durch die ANR in unterschiedlichen Kooperationen einen bedeutenden Aufschwung erfahren hat.

Ebenso wichtig und strukturell innovativ ist die Schaffung der *Instituts Carnot* (2006). Nach dem Vorbild der Fraunhofer-Institute (gegründet 1949), an denen sich die französische Wissenschaftspolitik ausdrücklich orientiert hat, sind Institute für angewandte industriennahe Forschung ausgewählt worden. Es handelt sich jedoch nicht um Neugründungen, sondern um ein „Label“, das herausragenden Einrichtungen verliehen wird, die besonders erfolgreich in der angewandten Forschung sind. Mit zusätzlichen Fördermitteln werden die Carnot-Institute in die Lage versetzt, ihre Kooperationen mit der Industrie weiter zu verbessern. Seit 2008 besteht eine regelmäßige Zusammenarbeit mit der Fraunhofer-Gesellschaft.

In einigen Forschungsbereichen hat die französische Regierung 2009 nationale Forschungsallianzen geschaffen, um durch Bündelung der Kräfte eine höhere Wettbewerbsfähigkeit im globalen Maßstab zu erlangen. Zu diesen Forschungsnetzwerken gehören vor allem AVIESAN (Lebens- und Gesundheitswissenschaften); ANCRE (Energie), ALLISTENE (Informationstechnologien); ALLENI (Umweltwissenschaften) und ATHENA (Geistes- und Sozialwissenschaften).

Die Finanzierung der von der öffentlichen Hand (also nicht von privaten Unternehmen oder Stiftungen) geförderten Forschung erfolgt zu großen Teilen über den CNRS und die ANR. Aber auch die Fachministerien, in erster Linie das *Ministère de l'Enseignement supérieur et de la Recherche*, beteiligen sich an der Finanzierung von strukturierten Kooperationsprogrammen.

II.3. Merkmale der deutschen Forschungsförderung

Die deutsche Forschungslandschaft soll hier nicht ausführlich dargestellt werden. Wir beschränken uns auf einige strukturelle Unterschiede zu Frankreich. Zunächst muss auf die dezentrale Struktur und

auf die traditionelle Stärke der Universitäten hingewiesen werden. Das dichte Netz von außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die in großen Netzwerken zusammengefasst sind, bilden eine weitere Besonderheit der deutschen Forschungslandschaft: Max-Planck-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Fraunhofer-Gesellschaft und Leibniz-Gemeinschaft sowie das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt sind die wichtigsten Akteure in allen Wissenschaftsdisziplinen. Forschungsförderung erfolgt sowohl auf Ebene der Länder als auch auf Bundesebene (wobei das BMBF und die Wissenschaftsministerien der Länder die Hauptrolle spielen). Eine Schlüsselrolle hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft, eine von der Wissenschaft selbst verwaltete Organisation zur Projektförderung in allen Wissenschaftsbereichen. Wenn man die deutsch-französischen Erfahrungen mit der Forschungskooperation, auf die weiter unten noch ausführlich eingegangen wird, genauer betrachtet, wird deutlich, dass die Forschungsinstitutionen in Deutschland tendenziell eine größere Unabhängigkeit und Freiheit in der Organisation und der Mittelverwendung haben, auch wenn durch die Universitätsreform in Frankreich in den letzten Jahren eine vergleichbare Tendenz zu erkennen ist.

II.4. Etappen und Strukturen der deutsch-französischen Kooperation in der Forschung⁹

Die deutsch-französische Wissenschaftskooperation ist eine besondere „Nische“ in der internationalen *Scientific Community*.¹⁰ Die Be-

9 Im März 2013 erschien anlässlich des 50. Jahrestags des Elysée-Vertrags eine vom BMBF publizierte Darstellung „50 Jahre Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Forschung, Technologie und Innovation“. Dort werden die wichtigsten gemeinsamen Forschungsinitiativen der vergangenen Jahre ausführlich dargestellt (zitiert als BMBF-50-Jahrstudie). Zum 40. Jahrestag war ebenfalls eine sehr ausführliche Darstellung der Wissenschaftskooperation publiziert worden: „40 Jahre deutsch-französische Zusammenarbeit in Forschung und Technologie: Bilanz und Perspektiven“. Hrsg. von Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem *Ministère de l'enseignement supérieur et de la recherche* (bis vor kurzem verfügbar unter www.afast-dfgwt.eu, seit Auflösung dieser Organisation anforderbar in der Bibliothek des dfi, www.dfi.de).

10 Im Jahre 2013 erschien eine Studie zur deutsch-französischen Wissenschaftskooperation mit besonderer Berücksichtigung der Innovationsstrategien in Deutschland und Frankreich. Die vom Fraunhofer-Institut initiierte Studie vereint strukturelle Beobachtungen und aufschlussreiche Fallstudien, auf die hier wiederholt Bezug genommen wird: Andrea Zenker/Elisabeth Baier/Emmanuel Muller/Jean-Alain Héraud/Volker Tippmann (eds.): *Strategies for Bilateral Research Cooperation: French-German Experiences*, Fraunhofer Verlag 2013 (zitiert als Fraunhofer-Studie 2013).

sonderheit der deutsch-französischen Kooperation in vielen Wissenschaftsbereichen liegt in der Tatsache, dass es neben der „normalen“ und d.h. spontan aus den Wissenschaften entstehenden Zusammenarbeit auch politisch gewollte, initiierte und zusätzlich finanzierte Kooperationen gibt. Diese zahlreichen Projekte sind Ergebnis der engen politischen Kooperation, auch zwischen Fachministerien. Die Herausforderung besteht darin, diese politisch motivierten Initiativen nach sowohl politischen als auch wissenschaftlichen Kriterien in das dichte Netzwerk der deutsch-französischen Wissenschaftskooperation so einzufügen, dass die politischen Fragestellungen berücksichtigt werden und gleichzeitig wissenschaftlicher Mehrwert entsteht. Deshalb wird im Folgenden die deutsch-französische Wissenschaftskooperation in ihrer wesentlichen Entwicklung anhand repräsentativer Beispiele und mit einem speziellen Fokus auf die Sozialwissenschaften und darin wiederum auf die Wirtschaftswissenschaften dargestellt.

Erste Plattformen für die Dynamisierung der Forschung, gerade auch im Bezug zur Besatzungsmacht Frankreich, wurden kurze Zeit nach Ende des Krieges gegründet. Dies betraf sowohl die Mobilität von Forschern, die durch Organisationen wie den DAAD (1923 gegründet, ist der DAAD heute die weltweit größte Organisation für den Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern) oder die Humboldt-Stiftung (neu gegründet 1953 auf Wunsch von ehemaligen Gastwissenschaftlern) erheblich gefördert wurde, als auch die erneute Kontaktaufnahme zwischen Professoren in den Geistes- und Sozialwissenschaften, die schon in den Zwischenkriegsjahren ein relativ dichtes Netzwerk an Kontakten aufgebaut hatten, an das angeknüpft werden konnte. Die Gründung des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg (dfi) gehört genauso in diesen Zusammenhang wie die Gründung von deutsch-französischen Zeitschriften zum Austausch von Ideen, Erkenntnissen und Forschungsergebnissen (Dokumente, *Documents*).¹¹

In der französischen Besatzungszone schwankte anfangs die französische Militärregierung zwischen der Forderung nach Reparation

11 Das dfi zeigt in seiner mehr als 60-jährigen Entwicklung beispielhaft auf, wie sich die deutsch-französische Zusammenarbeit in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat: Zunächst von der Begegnung einzelner Persönlichkeiten hin zu fachwissenschaftlicher Beschäftigung mit dem Partnerland, und schließlich hin zur themenbezogenen Kooperation zwischen Forschern aus beiden (und anderen) Ländern sowie zur Stärkung der Zusammenarbeit durch die Schaffung von Dialogplattformen.

(wozu auch die Desindustrialisierung gehörte) und dem Angebot der kulturellen Bildung und Kooperation. An den wieder eröffneten Universitäten (Tübingen spielte hierbei eine besonders intensive Rolle dank der Initiativen von René Cheval) wurden sowohl neue Forschungsk Kooperationen begründet als auch an früher bestehende angeknüpft. 1958 wurde in Paris das Deutsche Historische Institut eröffnet, das sich in ein Netzwerk deutscher Forschungsinstitute im Ausland (siehe etwa die deutschen Forschungsinstitute in Italien, wie das Deutsche Historische Institut Rom, die Biblioteca Hertziana, das Deutsche Archäologische Institut in Rom) einfügte. Dieses von der deutschen Regierung finanzierte Institut spielt bis heute bei der deutsch-französischen Zusammenarbeit zwischen Historikern eine wichtige Rolle, wobei es nicht nur um deutsch-französische vergleichende Forschungsfragen geht, sondern darüber hinaus um Kooperation an gemeinsamen Forschungsthemen. Eine ebenso interessante Rolle spielt die *Fondation de la Maison des sciences de l'homme* (Paris). Diese als Stiftung öffentlichen Rechts organisierte, von Frankreich finanzierte Einrichtung fördert interdisziplinäre Forschung der Geistes- und Sozialwissenschaften, wobei der Zusammenarbeit mit deutschen Forschern eine besonders große Rolle zukommt.

In die Jahre des Aufbaus der deutsch-französischen Forschungsk Kooperation fällt auch das 1958 durch einen Staatsvertrag aus der Taufe gehobene deutsch-französische Forschungsinstitut in Saint-Louis (ISL), das seine effektive Arbeit 1959 aufnahm.¹² Es handelt sich um eine bedeutende Institution mit ca. 350 Mitarbeitern und darunter 170 in der Forschung und Entwicklung arbeitenden Ingenieuren und Wissenschaftlern. Das Budget beträgt ca. 48 Mio. Euro jährlich inklusive Drittmitteln. Ihre Aufgabe ist die Erfüllung von Forschungsaufgaben in der angewandten Forschung im Bereich der Wehrtechnik. Die Gründung des Instituts geht zurück auf die unmittelbare Nachkriegszeit, als das Wehrforschungsinstitut der deutschen Luftwaffe zunächst von Berlin nach Biberach an der Riss verlegt wurde, bevor es dann ins Elsass nach Saint-Louis transferiert wurde, um für die französische Regierung Forschungen zu übernehmen. Nach

12 Zu den Gründungsumständen und Erfahrungen im ISL siehe den Artikel von Magdalena Kaufmann-Spachtholz/Christian de Villemagne/Wolfgang Förster/Hilmar Peter: „A French-German research institute as an example for long-term bilateral scientific cooperation“, in Fraunhofer Studie 2013, S. 159-168.

der Wiederbewaffnung Deutschlands wurde die Schaffung eines deutsch-französischen Wehrforschungsinstituts beschlossen und mit der juristischen Form eines Staatsvertrags besiegelt. In gewisser Hinsicht ist dies ein Beispiel für die gewichtigste denkbare juristische Form deutsch-französischer Wissenschaftskooperation. Die Finanzierung erfolgt aus den nationalen Verteidigungsbudgets, die Leitung obliegt einem deutsch-französischen Tandem von hochrangigen Militärs. Die Aufsicht wird von den beiden Ministerien sowie von einem wissenschaftlichen Beirat übernommen. Die aufwendige Gründung hat, wenn man die Arbeit des ISL über die Jahrzehnte betrachtet, einige Vor- und Nachteile. Der Vorteil liegt in der langfristigen Ausrichtung der (teilweise angewandten) Forschung. Der Nachteil ist sicherlich die vergleichsweise starre Struktur, die Reaktionen auf neue politische Rahmenbedingungen oder neue Finanzierungsmodelle erschwert. Erfreulicherweise ist es dem ISL gelungen, sich in die 2006 neu geschaffene Struktur der Instituts Carnot einzubringen. ISL hat bei der Einwerbung von Drittmitteln sehr große Erfahrung in den nationalen Ausschreibungen von ANR und BMBF, aber auch im Rahmen der europäischen Forschungsprogramme. Aus heutiger Sicht wäre eine vergleichbare Gründung angesichts der Festlegung auf jahrzehntelange institutionelle Förderung in erheblicher Größenordnung kaum vorstellbar, zumal da die Fixkosten für Infrastruktur (Gebäude, laufende Betriebs- und Personalkosten) ein dauerhaftes Engagement erfordern und die Reaktionsgeschwindigkeit über projektbezogene Mittel nicht automatisch erhöhen. Positiv ist hingegen die kontinuierliche Forschungsleistung des ISL zu vermerken.

Mit der von Regierungsseite institutionalisierten Zusammenarbeit auf höchster Ebene durch den Elysée-Vertrag bekam auch die Zusammenarbeit im Wissenschaftsbereich nach 1963 eine neue Dynamik. In erster Linie ging es zunächst um wissenschaftliche Großprojekte aus den Naturwissenschaften sowie den Medizin- und Ingenieurwissenschaften. Schon in den 50er Jahren waren deutsche und französische Forscher ganz wesentlich an der Schaffung des europäischen Leuchtturmprojekts CERN beteiligt. Das bis heute führende Institut für Neutronenforschung ILL in Grenoble geht auf eine Regierungsvereinbarung (1967) im Geiste des Elysée-Vertrags zurück.¹³ Die

¹³ Zu den Großforschungsprojekten und sonstigen Kooperationen siehe die Darstellung in der BMBF-50-Jahrstudie, S. 75-204.

Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit blieb kontinuierlich auf der politischen Agenda der deutschen und französischen Regierungen. 1980/1981 wurden von den beiden Regierungen die Deutsch-Französische Gesellschaft für Wissenschaft und Technologie (DFGWT) und die *Association Franco-Allemande pour la Science et la Technologie* (AFAST) gegründet. Aufgabe und Ziel der beiden Vereine war es, die deutsch-französische Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und industrielle Innovation zu fördern. Im Vordergrund standen wirtschaftsnahe Themen.¹⁴

Mit der Gründung der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) 1999 betraten die Regierungen Neuland. Auch wenn die Forschungs-kooperation nicht den größten Teil der Aktivitäten der DFH ausmacht (vorwiegend werden Studiengänge mit Doppeldiplom-Abschluss unterstützt), so darf diese Einrichtung bei einer Analyse der deutsch-französischen Wissenschaftskooperation nicht fehlen. Die DFH fördert mehr als 150 Doppelstudiengänge und insgesamt 22 Doktorandenkollegs. Die Besonderheit der DFH ist die Konsequenz, mit der die Verwaltungsabläufe der mit jährlich ca. 8,5 Mio. Euro staatlich geförderten Institution gemeinsam gestaltet werden. Von der Finanzierung angefangen (die DFH ist durch einen Staatsvertrag, ähnlich dem Forschungsinstitut von Saint-Louis, gegründet worden und erhält sowohl von Frankreich als auch von Deutschland eine institutionelle Förderung) über die Ausschreibung der Programme bis zu Auswahl und Evaluation gibt es ein einziges Verfahren. Dies ist der einzige Fall von deutsch-französischer Zusammenarbeit im Bereich der universitären Ausbildung und Forschung, wo diese enge Abstimmung vollständig gelungen ist.

Anlässlich des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrags wurden zwischen den Fachministerien die sogenannten *feuilles de route* als gemeinsame Zielvorgaben vereinbart. Das betraf auch die Zusammenarbeit im Wissenschaftsbereich, wobei die entscheidenden Ministerien das BMBF auf deutscher und das *Ministère de l'Enseignement supérieur et de la Recherche* auf französischer Seite waren. Schon 2001 bei den 77. Deutsch-französischen Regierungskonsultationen in Freiburg hatten die beiden Ministerien beschlossen, die Zusammen-

14 Diese beiden Vereine stellten ihre Tätigkeit im Frühjahr 2014 ein, weil die Wissenschaftskooperation in den angestrebten Feldern mittlerweile reichhaltig und stabil ist, abzulesen u.a. an der Kooperation Carnot-Fraunhofer).

arbeit in der Forschung zu bilanzieren und weitere Möglichkeiten der Kooperation zu erörtern. Mit dem „Deutsch-französischen Forum für Wissenschaftskooperation“ wurde anschließend ein neues und originelles Format begründet. Ziel dieser von der Forschung sehr gut angenommenen Foren¹⁵ war es, im Dialog mit allen wissenschaftlichen Disziplinen jene Forschungsfelder zu identifizieren, die für eine besondere Förderung durch die beiden Ministerien sinnvollerweise infrage kämen. Die Arbeitshypothese dabei war und ist, dass durch Bündelung der Forschungskapazitäten und -erfahrungen ein Mehrwert entsteht und die investierten Mittel letztlich effizienter eingesetzt werden. Gleichzeitig setzt man darauf, dass diese Annäherungen der Wissenschaftseinrichtungen im Hinblick auf die Einwerbung von Mitteln aus den europäischen Forschungsprogrammen erhöhte Chancen generieren wird – die bisherigen Erfahrungen haben diese Annahme bestätigt. Auf dem ersten Forum in Paris (2002) wurden einige Forschungsgebiete hervorgehoben: Im Bereich der Verkehrsforschung wurden intensive Kooperationen vereinbart, die schon in den 70er Jahren in der Kooperationsstruktur DEUFRAKO Ausdruck gefunden hatten und nun eine neue Dynamik entfalteten. Die prioritären Themen nach dem ersten Forum waren zudem: Luft- und Raumfahrt, Nanotechnologie, Materialforschung sowie Umwelt- und Klimaforschung. Zwei weitere Felder, die aus den Foren hervorgegangen sind, betrafen die Gesundheitsforschung, die zu einer Kooperation zwischen INSERM und dem Deutschen Krebsforschungszentrum geführt hat, sowie die Zusammenarbeit bei der Nutzung von Biotechnologien.

Aber die Ergebnisse der Foren gehen über neue thematische Forschungsk Kooperation hinaus. Auf dem zweiten Forum kam man zu der Erkenntnis, dass in der angewandten Forschung eine strukturelle Harmonisierung zwischen den schon lange erfolgreichen Fraunhofer-Instituten und den neu zu schaffenden *Instituts Carnot* sinnvoll wäre (zu den Instituts Carnot siehe oben). Neben den naturwissenschaftlichen und medizinischen Schwerpunkten sowie der angewandten Forschung wurde auf dem vierten Forum auch die Bedeutung der Geis-

15 Bisher haben vier Foren stattgefunden; das erste in Paris 2002 mit ca. 350 Teilnehmern, das zweite 2005 in Potsdam mit ebenso vielen Teilnehmern, das dritte in Paris 2008 mit 70 Wissenschaftlern und das vierte in Berlin 2011 mit erneut 300 Teilnehmern.

tes- und Sozialwissenschaften unterstrichen (zu den konkreten Ergebnissen siehe unten).

Seit der Gründung der ANR 2006 und dank der deutsch-französischen Foren sind in einigen Forschungsbereichen bedeutende gemeinsame Forschungsprogramme entstanden. Hier sei auf einige besonders wichtige und vom investierten Budget her bedeutsame Programme hingewiesen.

Die *Instituts Carnot* wurden wie bereits ausgeführt ganz bewusst in Anlehnung an die Fraunhofer Institute gegründet und zudem mit dem Ziel, deutsch-französische Kooperationen in der angewandten, industrienahen Forschung zu erleichtern und zu fördern. Ein thematisch völlig offenes erstes Kooperationsprogramm dauerte von 2007 bis 2010. Ziel dieser Phase, bei der auf deutscher Seite 10 Mio. Euro Fördersumme vergeben wurden, war es zunächst, die angemessene Form der Zusammenarbeit in der industrienahen Forschung zu finden. In gewissem Sinne war es also eine explorative Zusammenarbeit, bei der beide Organisationen ihre eigenen administrativen Verfahren benutzten. Die finanzierenden Institutionen waren das BMBF und die ANR, wobei auf deutscher Seite die Projektträgerschaft von der Fraunhofer-Gesellschaft übernommen wurde. Das Ergebnis der explorativen Phase führte dann zu der auf dem 4. Forschungsforum kommunizierten Entscheidung, gemeinsame Ausschreibungen zu organisieren und den gesamten Prozess bis hin zu Monitoring und Evaluation zu harmonisieren. Diese zweite Programmphase läuft von 2008 bis 2015 mit einem Gesamtvolumen von 30 Mio. Euro, die jeweils zur Hälfte von BMBF und ANR übernommen werden.

Ein Beispiel für von einem Fachministerium angeregte und finanzierte Forschungsk Kooperation ist das von 2005 bis 2008 laufende Programm von ANR und dem Bundeswirtschaftsministerium. Thema der Zusammenarbeit waren innovative Formen der Energiegewinnung (Wasserstoff / Brennstoffzelle). Die Projekte wurden mit ca. 10 Mio. Euro gefördert. Wie in den meisten Kooperationsprogrammen wurden auch in diesem Fall zunächst die jeweiligen nationalen Ausschreibungs- und Auswahlverfahren genutzt, bevor abschließend die gemeinsame Entscheidung über die Förderung getroffen wurde.

Ein weiteres gemeinsames Programm, das von ANR und DFG gefördert wird, betrifft die Geistes- und Sozialwissenschaften (dazu siehe unten).

III. Initiativen in den Geistes- und Sozialwissenschaften

III.1. Neuere Kooperationsstrukturen

Nach dem Umzug der deutschen Hauptstadt bestand aus französischer Perspektive eine gewisse Sogwirkung nach Berlin. Diese Tendenz betraf auch die *Scientific Community*. Es bestand der Wunsch, in einem traditionell starken Feld der französischen Forschung, nämlich den Sozialwissenschaften, eine dauerhafte Präsenz französischer Forscher in Berlin zu sichern. Dies war der Hintergrund für die Gründung des *Centre Marc Bloch* (CBM) im Jahr 1992. Die Finanzierung des CMB erfolgte anfangs allein durch französische Quellen, aber sehr bald trat das BMBF an die Seite der französischen Partner. Heute wird das CMB vom französischen Außenministerium, vom CNRS sowie vom deutschen und französischen Forschungsministerium finanziert. Die in mehreren Arbeitsgruppen bearbeiteten Themen sind nicht auf den deutsch-französischen Vergleich beschränkt, sondern behandeln Geschichte, Politik und Gesellschaft in ganz Europa und in einer global vergleichenden Perspektive.

Das CIERA (*Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne*) wurde 2001 mit dem Ziel begründet, die an französischen Universitäten und an sonstigen Forschungseinrichtungen bestehende geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung mit Deutschlandbezug zu koordinieren und zu stärken. Die Gründung geht auf eine politische Vereinbarung aus dem Jahr 1997 zurück, die darauf abzielte, die Kenntnisse des Partnerlandes zu verbessern und eine junge Generation von französischen Forschern bei der Beschäftigung mit Deutschland zu unterstützen. Dies geschah vor dem Hintergrund eines schwindenden Interesses an deutschlandbezogenen Themen und auch an der deutschen Sprache. Besonderes Augenmerk wurde und wird der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gewidmet. Die Struktur wird heute von zehn französischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen getragen. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln des DAAD und des französischen Forschungsministeriums, die Mitglieder des Netzwerks beteiligen sich ebenfalls an der Finanzierung. Das über mehr als zehn Jahre gewachsene Netzwerk umfasst Hunderte von Doktoranden und jungen Wissenschaftlern. Die stärkere Vernetzung der geistes- und sozialwissenschaftlichen

Forschung mit Deutschlandbezug ist ein wichtiger Beitrag zur Gestaltung eines deutsch-französischen und letztlich damit europäischen Forschungsraums.

2007 wurde ein Förderprogramm für die Geistes- und Sozialwissenschaften ins Leben gerufen, das anteilig von der DFG und der ANR finanziert wird. Die Gesamtfördersumme von 2007 bis 2013 betrug 51,7 Mio. Euro, wobei die DFG mit 29,2 Mio. Euro etwas mehr als die Hälfte übernommen hat. Es wurden insgesamt etwas mehr als 100 Projekte gefördert, was einer durchschnittlichen Fördersumme von 500.000 Euro entspricht. Die am meisten geförderten Fachgebiete waren Geschichte, Archäologie und die Sprachwissenschaften (zur Förderung der Wirtschaftswissenschaften siehe den folgenden Abschnitt).

Am 29. November 2012 wurde in Paris ein innovatives Projekt deutsch-französischer Forschungsk Kooperation der Öffentlichkeit vorgestellt, das auf einen Beschluss des 4. Deutsch-französischen Forschungsforums zurückgeht. Es handelt sich um das *Max Planck Sciences Po Center on Coping with Instability in Market societies* (MaxPo). Seit vielen Jahren bereits arbeiten das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Köln) und *Sciences Po* (Paris) in der Forschung zusammen. Mit diesem neuen Kooperationsprojekt, das zunächst auf fünf Jahre angelegt ist, intensivieren die Partner ihre Zusammenarbeit. Die neue Struktur *MaxPo* ist in Paris an *Sciences Po* angesiedelt. Zwei Direktoren leiten zwei parallel organisierte Forschergruppen, die aus je bis zu drei Doktoranden und Gastwissenschaftlern bestehen. Die Finanzierung erfolgt zu gleichen Teilen über die beiden Projektpartner. Die Arbeiten konzentrieren sich auf ein fest vorgegebenes Rahmenthema, das nach den Auswirkungen zunehmender Liberalisierung, technischen Fortschritts und kultureller Veränderungen auf westliche Industriegesellschaften fragt. Die Thematik wird in einer insgesamt sozialwissenschaftlichen Perspektive bearbeitet, die aber interdisziplinäre Kooperationen einschließt. Ein vierköpfiger wissenschaftlicher Beirat begleitet die Forschungsarbeiten. Die jährlichen Kosten belaufen sich auf 750.000 Euro jährlich.

Seine Arbeit noch nicht beendet hat der 2012 ins Leben gerufene Projektverbund „Europa gestalten – *Saisir l'Europe*“. Dieses in seiner Form und seiner Thematik originelle Forschungsnetzwerk, das auf deutscher Seite aus Mitteln des BMBF finanziert wird, ist das Ergeb-

nis des politischen Willens, immer wieder neue Impulse in die Forschungsk Kooperation zu geben. Es wurde auf dem 4. Deutsch-französischen Forschungsforum beschlossen. Der Impuls geht dabei von der europäischen Aktualität aus. Die Geistes- und Sozialwissenschaften sind dazu aufgerufen, die Herausforderungen, vor denen Europa steht, als Forschungsproblematik aufzunehmen. Das über einen Zeitraum von fünf Jahren geförderte Netzwerk ist eine komplexe Struktur mit drei Themenblöcken und zahlreichen Partnern. Die Organisationsstruktur kennt eine Koordinierungsfunktion sowie drei thematisch definierte Forschungsverbünde (Sozialstaat, Nachhaltigkeit, urbane Gewalträume), die wiederum in mehrere wissenschaftliche Fragestellungen unterteilt wurden. Die drei Themen wurden auf dem 4. Forschungsforum vorgestellt und beschlossen. In den drei Themenfeldern finden jeweils deutsche und französische bereits existierende Forschungseinrichtungen als Projektpartner zusammen und bearbeiten die Aufgaben. Auch die Koordinierungsfunktion wird an bereits existierende Einrichtungen vergeben. Dabei verwalten jeweils die deutschen Einrichtungen die deutschen Fördermittel, die französischen Projektpartner erhalten und verwalten den französischen Finanzierungsanteil. Den beiden koordinierenden Einrichtungen (eine in Frankreich und eine in Deutschland) werden die jeweils nationalen Gesamtbudgets übertragen, diese geben sie an die Projektpartner im eigenen Land weiter. Die eingesetzten Personalmittel werden vorwiegend an Nachwuchswissenschaftler vergeben (Doktoranden und PostDocs). Eine ganze Reihe von Maßnahmen wie Workshops, informelle Treffen und Kolloquien sollen sicherstellen, dass die Teilergebnisse aus den verschiedenen Forschungszusammenhängen sichtbar werden, und dass die (jungen) Forscher in ihren Arbeiten nicht „vereinsamen“. Ein wissenschaftlicher Beirat sowie eine Jahresversammlung aller Projektpartner sorgen für die Qualitätssicherung. Die finanzierenden Institutionen sind in den Leitungsgremien nicht vertreten. Das jährliche Budget beläuft sich auf 1,05 Mio. Euro. Ergebnisse und Erfahrungen mit dieser Struktur liegen noch nicht vor, da der Start erst 2012 erfolgte.

Diese flexibel aufgebaute Struktur eines Forschungsnetzwerks ist für die Konzeption weiterer Forschungsinitiativen durchaus ein interessantes Vergleichsobjekt.

III.2. Deutsch-französische Kooperation in der Volkswirtschaftslehre

Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften und insbesondere der Volkswirtschaftslehre ist die Zusammenarbeit im Vergleich zu anderen Wissenschaftsbereichen noch ausbaufähig. Bibliometrische Untersuchungen haben gezeigt, dass die häufigsten Ko-Produktionen wissenschaftlicher Publikationen im Bereich der Medizin und der Physik auftreten. Wissenschaftliche Ko-Produktionen zwischen deutschen und französischen Autoren im Bereich der Wirtschafts- und Finanzwissenschaften sowie der Ökonometrie haben ein geringeres Gewicht als Kooperationen jedes der beiden Länder mit Autoren der USA oder Großbritanniens.¹⁶ Insgesamt sind die deutsche und französische Forschung auf einem vergleichbaren Niveau mit den anderen führenden Wissenschaftsnationen in Kooperationen verbunden. Aber eben nicht dominant untereinander, sondern stärker mit englischen oder US-amerikanischen Kollegen. Dies mag damit zusammenhängen, dass die Makroökonomie über viele Jahre von US-amerikanischen Modellen und Theorien dominiert wurde und noch wird. Eine qualitative, tiefergehende Untersuchung der Ko-Autorschaft renommierter Ökonomen zeigt, dass es durchaus gemeinsame Publikationen gibt, wenn auch in geringerem Maße als mit Wissenschaftlern aus den USA. Allerdings zeigt die detaillierte Untersuchung auch, dass immer dann Publikationen in Ko-Autorschaft entstehen, wenn Forscher eine gewisse Zeit an der gleichen Forschungseinrichtung verbracht haben. Aufenthalte als Gastwissenschaftler sind zwar keine Garantie für gemeinsame Publikationen, scheinen aber eine Bedingung zu sein. Mit anderen Worten: Je mehr die institutionellen Rahmenbedingungen persönliche Kontakte im Forschungszusammenhang fördern, umso mehr gemeinsame Forschungs- und Publikationstätigkeit ist zu beobachten. Dies gilt ohnehin für geräteintensive Wissenschaften, wo die Abhängigkeit von der aufwendigen Forschungsinfrastruktur (Labore, Maschinen, Hochleistungscomputer etc.) die Forschung in Teams

16 Siehe zu den bibliometrischen Untersuchungen die Studie von *France Stratégie*; Eloise Nakache: *The Scientific Partnership in Economics Between France and Germany*, Paris, Juli 2014, sowie die bibliometrische Analyse: *Wissenschaftliche Kooperation von Frankreich und Deutschland im Auftrag der deutsch-französischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technologie e.V.* (durchgeführt vom Forschungszentrum Jülich), August 2011.

geradezu erzwingt, aber auch für diejenigen Wissenschaften, die traditionell individuelle Forschungsleistung ermöglichen und prämiieren.

Auch im Bereich der durch die DFH unterstützten deutsch-französischen Doppelstudiengänge, die in den letzten zehn Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen haben, hat die Volkswirtschaftslehre einen vergleichsweise kleinen Platz. Von insgesamt 162 geförderten Doppelstudiengängen sind nur zwei dominant volkswirtschaftlich ausgerichtet (weitere vier haben kleinere volkswirtschaftliche Anteile), wohingegen die betriebswirtschaftlichen Studiengänge oder die ingenieurwissenschaftlichen wesentlich zahlreicher sind. Das gilt auch für die Doktorandenkollegs, die von der DFH gefördert werden. Von insgesamt 22 Kollegs behandelt nur ein einziges volkswirtschaftliche Themen („*Quantitative Economics*“). Einen weiteren Schwerpunkt im Bereich Volkswirtschaft bietet ein von der DFH geförderter PhD-Track.¹⁷

In den institutionellen Zusammenhängen, wo aufgrund politischer Entscheidungen erhebliche Mittel zur Förderung der sozialwissenschaftlichen Forschung in deutsch-französischer Perspektive bereitgestellt wurden, steht die Volkswirtschaft gleichfalls nicht im Vordergrund. Das *Centre Marc Bloch* (CMB, siehe oben) ist eine bedeutende Einrichtung für Forschung in den Sozialwissenschaften (inklusive Geisteswissenschaften). Die Publikationsliste des *Centre Marc Bloch* in der Disziplin *Economie et finances* umfasst für den Zeitraum 1992 bis 2013 lediglich 55 Dokumente. Im Bereich der am *Centre Marc Bloch* beschäftigten Forscher (z.Zt. sind es 110 Personen mit unterschiedlichem Status, vom Projektleiter über den Doktoranden bis zum assoziierten Forscher) sind lediglich zwei assoziierte Forscher, die volkswirtschaftlich arbeiten. Von insgesamt 302 am CMB betreuten bzw. abgeschlossenen Dissertationen gehören drei in den Fachbereich Wirtschaftswissenschaft (also 1%).¹⁸

Eine weitere wichtige Institution im Bereich deutsch-französischer Forschungs- und Wissenschaftskooperation im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften ist das CIERA (zu der Institution siehe oben). Die unter dem Dach des CIERA gebündelten Universitäten und Forschungseinrichtungen decken alle Disziplinen der Geistes- und

17 Siehe den Tätigkeitsbericht der Deutsch-Französischen Hochschule, abrufbar unter www.dfh-ufa.org.

18 Siehe die Datenbank auf der Homepage des *Centre Marc Bloch*.

Sozialwissenschaften ab. Innerhalb dieses Spektrums nimmt die VWL einen sehr kleinen Platz ein: Nur 16 der mehr als 1000 dort erfassten Forscher gehören zum Fachgebiet der *Sciences économiques*. Nur sechs von 465 geförderten Studenten (Master, Doktoranden, Post-docs) sind Betriebs- oder Volkswirte. 14 von 847 erfassten Doktorarbeiten gehören in dieses Fachgebiet. Auch die eigenen begleitenden Forschungsprogramme des CIERA betreffen nur in einem Fall die Volkswirtschaft. Dieser Mangel scheint den Verantwortlichen bewusst zu sein, denn die Ausschreibung der Forschungsprogramme für den Zeitraum 2014-2016 schlägt ausdrücklich Themen aus dem volkswirtschaftlichen Bereich vor.

Im weiter oben beschriebenen Forschungsprogramm von ANR und DFG nehmen die wirtschafts- und finanzwissenschaftlichen Themen ebenso einen vergleichsweise kleinen Platz ein. Die gesamte Gruppe „Wirtschaftswissenschaften“, wozu eben auch die Betriebswirtschaftslehre gehört, wurde zwischen 2007 und 2011 nur mit neun Projekten (von insgesamt 97) gefördert. Allerdings hat sich laut Auskunft der DFG die Anzahl der Anträge aus den Wirtschaftswissenschaften insgesamt neuerdings erhöht, was auf ein steigendes Interesse an verstärkter Kooperation schließen lässt.

Eine in dem Zusammenhang dieser Studie interessante Erfahrung ist die Schaffung des *Conseil d'Analyse Economique Franco-Allemand* (CAEFA), der im Rahmen des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrags 2003 zur Unterstützung des deutsch-französischen Wirtschafts- und Finanzrats gegründet wurde. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)¹⁹ und das *Centre d'études prospectives et d'informations internationales* (CEPII) wurden durch einen Kooperationsvertrag beauftragt, dem deutsch-französischen Wirtschafts- und Finanzrat zuzuarbeiten. Im Auftrag des Rats wurden einige Gutachten und Berichte erstellt. Da dieses Forschungsgremium ausschließlich auf die Aufträge des deutsch-französischen Wirtschafts- und Finanzrats angewiesen war, hat sich diese Organisationsform nicht auf Dauer bewähren können – seit 2009 ruht die Arbeit des CAEFA.

Eine Sonderrolle in der deutsch-französischen Kooperation unter Wirtschaftswissenschaftlern spielt das 2004 in Brüssel gegründete Institut Bruegel. Hervorgegangen aus einer deutsch-französischen

19 Heute ist die Humboldt-Universität der deutsche Kooperationspartner.

Initiative anlässlich des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrags hat sich das Institut zu einem europaweit aufgestellten Think-Tank entwickelt. Die Finanzierung (Jahresbudget ca. 3.3 Mio.) erfolgt durch 19 Staaten, mehr als 20 Unternehmen und europäische Finanzinstitutionen. Die Forschungsarbeit des Instituts Bruegel konzentriert sich auf Policy-Papiere, die in direktem Zusammenhang mit der politischen Aktualität der EU und besonders der Euro-Zone stehen.

Der sich aus der Analyse der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich der Volkswirtschaftslehre ergebende Befund führt zu einigen Schlussfolgerungen. Zunächst scheint die VWL weder in deutschen Universitäten bzw. Forschungszentren noch in französischen Institutionen spontan zu großem Interesse am jeweils anderen Land oder gar an gemeinsamen Publikationen mit KollegInnen aus dem Partnerland zu führen. In der Geschichtswissenschaft, um nur ein Beispiel zu nennen, scheint das einfacher zu gelingen, obwohl doch auch die Geschichtswissenschaft eine traditionell national ausgerichtete Wissenschaft ist, wie die Volkswirtschaftslehre. Dies ist umso bemerkenswerter, als die volkswirtschaftlichen Forschungsgegenstände zu großen Teilen längst dem nationalen Horizont entwachsen sind – Euro-Zone, Globalisierung etc.

Es stellt sich angesichts dieser Erkenntnis die Frage, warum deutsche und französische Volkswirte ganz offensichtlich die bestehenden Möglichkeiten spezifisch deutsch-französischer Programme nicht stärker nutzen und warum insgesamt dieser Fachbereich im Vergleich zu vielen anderen Wissenschaften weniger vernetzt ist. Die Antwort kann hier nur in Form von Hypothesen versucht werden. Zunächst ist zu berücksichtigen, dass die Volkswirtschaftslehre im Vergleich zu Disziplinen wie Philosophie oder Geschichte vergleichsweise jung ist, also nicht bis in die Entstehung eines europäischen Forschungsraumes im Mittelalter zurückreicht. Wichtiger aber ist sicherlich, dass die erhebliche Relevanz der wirtschaftswissenschaftlichen Analyse für das Verständnis der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge erst in den letzten Jahrzehnten augenfällig geworden ist. Ebenso deutlich ist dabei auch geworden, dass die traditionellen Erklärungsmodelle zum Verständnis der heute gegebenen, neuen Situation nicht ausreichen. Von daher ist der Bedarf an koordinierter Forschung gerade in der EU und besonders in der Euro-Zone heute klarer erkennbar als noch vor zehn Jahren. Ein drittes Element hat dazu beigetragen, dass die Wis-

senschaftskooperation zwischen den US-Forschern und den Europäern stärker ist als zwischen den Europäern selbst. Es ist unstrittig, dass sich seit Jahrzehnten die vor allem mit quantitativ orientierten Modellen arbeitenden anglo-amerikanischen Forscherschulen durchgesetzt haben. Wenn sich aber eine dominante Gruppe, die zudem in der gleichen Sprache publiziert, in einer Wissenschaft auf Dauer festsetzt, hat dies Folgen für die moderne international ausgerichtete Forschung. So ist es nicht verwunderlich, dass sich deutsche und französische Volkswirte leichter in diese universalistisch konzipierte „Welt“ einbringen als in eine innereuropäische oder spezifisch deutsch-französische Diskussion. Sich auf eine deutsch-französische Diskussion einzulassen, die notwendig auch die jeweiligen sozio-ökonomischen Realitäten zweier spezifischer Volkswirtschaften in den Blick nehmen muss, erfordert eine wissenschaftliche Vertiefung über die reinen (mathematikbasierten) Modelle hinaus.²⁰ Dass genau hier eine Chance liegt, einen wissenschaftlichen Mehrwert zu generieren, liegt auf der Hand. Die in den letzten Jahren wiederholt kritisierte Fixierung vieler Volkswirte auf mathematische Modelle fernab jeder Realitätsbedingungen würde durch eine speziell deutsch-französische Wissenschaftskooperation fast automatisch durchbrochen. Dieser Aspekt wird bei der Konzeption der Forschungsfelder zum Tragen kommen.

Zusammenfassend kann mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Aus der Analyse der bestehenden Forschungskooperationen im Bereich der Volkswirtschaftslehre ergibt sich, dass ein politisch motivierter Impuls für eine Verstärkung der Kooperation eine wichtige Lücke schließen würde. (Eine tabellarische Zusammenfassung der deutsch-französischen Initiativen befindet sich im Anhang).

20 Seit Langem gibt es eine fundierte Kritik an einer Theoriebildung durch Modelle, die sich der empirischen Überprüfung in konkreten Situationen bewusst entziehen. In diesem Zusammenhang sei an Hans Albert erinnert, der mit dem Begriff des „Modell-Platonismus“ schon Ende der 1960er Jahre auf diesen Umstand hingewiesen hat. Aktueller zu der Problematik von theoriegebundener Erkenntnis und operationeller Verwendung der Erkenntnisse im Handelsblatt vom 2.-4. Mai 2014 Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble („Vorsicht vor Schlagworten!“).

IV. Die Ergebnisse der Seminare in Berlin und Paris

IV.1. Generelle Bemerkungen

Teil des Projekts, dessen Ergebnisse hier vorgestellt werden, war die Konzeption und Ausrichtung von wissenschaftlichen Seminaren, jeweils zwei in Berlin und Paris. Ziel der vier Arbeitsseminare war es, neue Ansätze für Forschung in deutsch-französischer Perspektive aufzuzeigen, die geeignet sind, Entscheidungshilfen für notwendige Weichenstellungen der kommenden Jahre zu bieten. Die Seminare in Berlin wurden vom dfi, die beiden Pariser Seminare von *France Stratégie* (ex-CGSP) konzipiert und organisiert, wobei es im Vorfeld gemeinsame Diskussionen zu möglichen Themenschwerpunkten gab und sich beide Institute wechselseitig Hinweise und Unterstützung bei der Gewinnung von Intervenenten gegeben haben.

Inhaltliche Zielsetzungen

Inhaltlich wurden bei den insgesamt vier Forschungsseminaren die folgenden Themen behandelt:

1. *Perspektiven der Wirtschafts- und Währungsunion*, wobei grundlegende Fragestellungen im Schnittpunkt ökonomischer, institutioneller und teilweise verfassungsrechtlicher Perspektive thematisiert wurden (Berlin, 8.4.14);
2. *Die Zukunft der sozialen Sicherung*, wobei die zentralen finanziellen und organisatorischen Herausforderungen, auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, im Mittelpunkt standen (Paris, 28.4.14);
3. *Grundlagen der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit*, wobei ausgehend von einer breiten, „systemischen“ Konzeption der Wettbewerbsfähigkeit ein breites Spektrum angesprochen wurde (Berlin, 26.5.14);
4. *Entwicklung des Arbeitsmarkts*, wobei Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen und eines allgemeinen Mindestlohnes, die Dynamik der Arbeitskräftemobilität in Europa sowie der Übergang zwischen Ausbildung und Berufsleben im Mittelpunkt standen (Paris, 3.7.14).

Damit sind Kernfragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zur Sprache gekommen, die zwar in unterschiedlichem Ausmaß europäi-

siert sind, dennoch aber allesamt europäische Dimensionen aufweisen und insofern relevant für die Zielsetzungen des Projektes sind. Ferner stehen diese Themen in Zusammenhang miteinander, gibt es eine Vielzahl inhaltlicher Querverbindungen und Komplementaritäten zwischen den behandelten Fragestellungen. Am deutlichsten wird dies sichtbar bei den Bestimmungsfaktoren der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Diese umfasst unterschiedliche Sachgebiete (Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung, Energie, öffentliche Infrastrukturen, Wissens- und Technologietransfer, Qualität der Verwaltungen und der sozialen Beziehungen usw.), Ebenen (EU, nationale, regionale und lokale Ebene) und Akteure (öffentliche, unabhängige und private Akteure, Verbände und Sozialpartner, Unternehmen). Dies gilt es, bei der Themenfindung für künftige Projekte zu berücksichtigen (vgl. V.).

Es handelt sich ferner um Themen, in denen die deutschen und die französischen Leitbilder, Praktiken und Diskurse oft voneinander abweichen und entsprechend Gegenstand von politischen Missverständnissen oder Kontroversen geworden sind: z.B. Governance der Eurozone, Rolle der Stabilitätsregeln, Forderung nach makroökonomischen Stabilisatoren, Opportunität und Inhalt einer europäischen Wachstums- und Industriepolitik, Strukturwandel und -protektion, Legitimitätsprobleme intraeuropäischer Transfers, Strukturreformen und ihre „Nebenwirkungen“, Mindestlohn, Rolle des Staates und der Märkte. Die wissenschaftliche Diskussion, so war das erklärte Ziel, sollte dazu beitragen, bestehenden Unterschieden nachzugehen und sie einer rationalen Debatte zuzuführen. Dies ist, so viel kann bereits vorweg gesagt werden, weitgehend gelungen. Die vier deutsch-französischen Seminare haben die Tragfähigkeit und den Nutzen des Projektansatzes bestätigt. Die wesentlichen Spannungslinien bzw. Streitpunkte sind zur Sprache gekommen. Dabei hat es die auf hohem Niveau geführte wissenschaftliche Auseinandersetzung ermöglicht, unterschiedliche Standpunkte vorbehaltlos zu debattieren, einen „sterilen“ Schlagabtausch zu vermeiden und gemeinsam Fragestellungen für künftige Forschung aufzuwerfen.²¹

21 Die folgende Darstellung der Ergebnisse der vier Seminare basiert auf eigenen Zwischenberichten. Daneben sind auch die Aufzeichnungen der Kolleginnen und Kollegen von *France Stratégie* berücksichtigt worden, mit denen dieses Kapitel intensiv diskutiert worden ist. Dafür danken wir Rémi Lallement, Virginie Gimbert, Sandrine Aboudabra und Valérie Maunoury. Ferner danken wir den Berichterstatern, die jeweils am Ende eines Semi-

IV.2. Seminar: Perspektiven der Wirtschafts- und Währungsunion (Berlin, 8.4.14)

IV.2.1. Allgemeine Bemerkungen

Das erste Seminar behandelte Fragen der künftigen Gestaltung der Europäischen Union, insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion im Schnittpunkt ökonomischer, verfassungsrechtlicher und politikwissenschaftlicher Fragestellungen. Ausgangspunkt war, dass die bisherigen politischen Ansätze zur Überwindung der Krise des Euroraums eine Reihe grundsätzlicher Fragen aufwerfen, die auf dem Seminar thematisiert werden können: Grundsätzliche Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik; institutionelle, europarechtliche und demokratietheoretische Implikationen einer möglichen Weiterentwicklung der EWWU; Notwendigkeit neuer Instrumente, Schritte zur fiskalischen Integration, Notwendigkeit einer föderalen Perspektive. Zu dieser Thematik hat, so wurde festgestellt, die bisherige Forschung nicht alle Probleme, die in den vergangenen Jahren zu krisenhaften Verwerfungen der Währungsunion geführt haben, thematisiert und antizipiert. Damit besteht Bedarf für weitere Forschung.

Die Spannungslinien bzw. Streitpunkte in Bezug auf die weitere Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion sind zur Sprache gekommen. Dennoch konnten abschließend auch Gemeinsamkeiten festgestellt werden: Unzulänglichkeiten des Status quos der Wirtschafts- und Währungsintegration, die in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht nachhaltig sei; die Notwendigkeit weiterer Schritte der Integration.

Auch die Verortung des Seminars im Spannungsfeld zwischen wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Fragestellungen hat sich als fruchtbar erwiesen: So sind die Wechselwirkungen zwischen ökonomischen Dynamiken und Problemen, möglichen wirtschaftspolitischen Instrumenten und ihren institutionellen Implikationen deutlich geworden. Im Mittelpunkt stand das Spannungsverhältnis zwischen Effizienz und Legitimität institutioneller Governance-Mechanismen in der Wirtschafts- und Währungsunion. Dabei stehen zwei Perspektiven

nars die Ergebnisse und Perspektiven zusammengefasst haben, insbesondere Herrn Christoph M. Schmidt für sein ausführliches schriftliches Résumé des Seminars am 26.5.14. Für die Schlussfolgerungen in diesem Bericht zeichnet allein das dfi verantwortlich.

nebeneinander und beeinflussen sich gegenseitig: Die volkswirtschaftlich-finanzwissenschaftliche Blickrichtung auf die möglichst richtigen Instrumente, um unter dem Blick der nur langsam wieder Vertrauen fassenden Märkte die Schuldenlast mittel- bis langfristig zu senken (Konsolidierung, verbindliche Regeln), ohne das Wachstumspotential zu ersticken; und auf der anderen Seite die politikwissenschaftliche Betrachtung, die das institutionelle Gefüge auf seine Legitimation, seine Wirksamkeit und seine Akzeptanz bei den Bevölkerungen untersucht. Ein deutlicher Mehrwert des Seminars entstand durch die Kombination beider Ansätze. Die konkret diskutierten Forschungsfragen wurden allesamt unter die Prämisse gestellt, dass darauf zu achten sei, dass auch die praktische Dimension untersucht werde (Wie wirken sich Regeln konkret aus? Wie reagieren die verschiedenen Länder auf die eigentlich gleichen Regeln? Wie sieht die politische Praxis bei der Anwendung der bestehenden Regeln aus? Kann man in den verschiedenen Ländern angesichts der stärkeren Budgetkontrollen eine Tendenz zur Konvergenz in der Beachtung der Regeln feststellen?).

IV.2.2. Inhaltliche Fragestellungen

Was den inhaltlichen Ertrag betrifft, so wurde in den reichhaltigen Debatten eine Fülle an grundlegenden Fragestellungen und auch Einzelaspekten angesprochen. Auch wenn nicht alle Beiträge explizit auf Desiderate der Forschung und Ansatzpunkte für mögliche Projekte eingegangen sind, hat sich doch eine Reihe von Themenstellungen ergeben, die prinzipiell Gegenstand von Projekten werden könnten:

1. *Ökonomische und institutionelle Perspektiven:* Das allgemeine Spannungsfeld bzw. die Wechselwirkungen zwischen ökonomischen Fragestellungen nach der Effizienz von Instrumenten bzw. Regeln und ihrer möglichen Weiterentwicklung einerseits, sowie damit verbundenen politikwissenschaftlich-verfassungsrechtlichen Fragen nach institutionellen Bedingungen andererseits könnte ein analytischer Rahmen für – noch präziser zu formulierende – Forschungsfragen sein. Der gegenwärtige Stand der Verträge und die darin enthaltenen Regeln und Institutionen favorisieren bestimmte Formen der Governance (z.B. durch Regeln) und damit verbundene Instrumente, stellen aber auch eine Grenze für ihre Weiterentwick-

lung und für neue Instrumente dar – wobei der Hinweis interessant erscheint, dass Veränderungen der Institutionen und Instrumente nicht nur durch formale Änderungen, sondern auch über eine neue Praxis erfolgen können (z.B. die EZB und ihre Interpretation ihrer Rolle im Rahmen der gegebenen Statuten). Überlegungen zu einer effizienteren Governance müssen immer auch in Hinblick auf ihrer Vereinbarkeit mit dem europäischen Vertragswerk geführt werden.

2. *Finalität der europäischen Integration:* In diesem Zusammenhang wurden auch langfristige und grundsätzliche Fragen nach der Zielsetzung der europäischen Integration angesprochen. Dies betrifft in erster Linie die institutionellen Dilemmata der Währungsunion: Grenzen des Fiskalföderalismus, Grenzen der klassischen Gemeinschaftsmethode gegenüber der Vertiefung der Währungsunion, trade-offs zwischen dem neuen Intergouvernementalismus und den Forderungen nach demokratischer Mitsprache.²² Es scheint klar, dass Europa weder zwei Schritte zurück zu Maastricht und dann in eine „richtig“ föderale Union springen wird noch dass sich auf absehbare Zeit ein Kerneuropa mit echten Haushaltsbefugnissen und einem Eurozonen-Parlament herausbilden wird. Stattdessen scheint die Fortsetzung des eingeschlagenen Wegs wahrscheinlich (Pfadabhängigkeit bei der institutionellen Ausgestaltung der EU), allerdings mit der Notwendigkeit, die neu geschaffenen intergouvernementalen Institutionen nachholend zu demokratisieren (wie in der Vergangenheit auch jedes Mal, wenn neue Kompetenzen vergemeinschaftet oder delegiert wurden). Die Alternativszenarien (Gemeinschaftsmethode als *operating system by default* vs. deliberativer Intergouvernementalismus) werfen eine Reihe von Fragen in Bezug auf Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit bzw. demokratischer Legitimation auf.²³

Jenseits der noch nicht vollendeten Krisenbewältigung steht die Frage, unter welchen Bedingungen man die Menschen überhaupt auf einem extrem schwierigen und sehr langwierigen Konsolidie-

22 Uwe Puetter: „The deepening of European Economic and Monetary Union: core institutional and economic questions and challenges“, Papier für das Seminar „Perspektiven der Wirtschafts- und Währungsunion“, 8.4.1014, S. 3ff.

23 Uwe Puetter: „Europe's deliberative intergovernmentalism – the role of the Council and European Council in EU economic governance“, in: *Journal of European Public Policy* 19 (2), S. 161-178.

rungsweg mitnehmen kann, ohne dass die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu massiven sozialen Konflikten führen. Mit technischer Krisenbewältigung in der Euro-Thematik oder dem Begriff der „Alternativlosigkeit“ allein sind die Bürgerinnen und Bürger nicht für weitere und tiefe Integrationsschritte der EU zu gewinnen. Von daher muss die Grundsatzfrage neu gestellt werden: Welche Ziele begründen den Bedarf weiterer Integration? Hinter dieser Thematik liegt auch die Subsidiaritäts- und Föderalismusfrage. Wenn es den Bürgern einsichtig wäre, welche Güter die EU zur Verfügung stellt (und zwar mit einem gemeinsamen Budget), wenn die Grundlagen für das Vertrauen in die Institutionen gegeben wäre, ließen sich auch demokratische Mehrheiten für eine sektoriell stärkere Integration finden. Momentan sind die Ungleichgewichte in den Volkswirtschaften und in den sozialen Problemlagen so groß, dass noch härtere Restriktionen den einen („schwächeren“) ebenso wenig zuzumuten sind wie noch höhere Garantieleistungen den anderen („stärkeren“). Eine diskursive Neubelebung der pro-europäischen Integrationsargumentation ist somit eine mittel- bis langfristige Aufgabe.

3. *Haushaltspolitik und Wachstum*: Die wirtschaftswissenschaftliche Frage nach dem Zusammenhang zwischen Haushaltspolitik und Wachstum war ein weiterer Schwerpunkt der Debatten. Interessant erscheint dabei die Unterscheidung (und der Zusammenhang) zwischen der kurz- und der langfristigen Perspektive: Hier betonten vor allem deutsche Forscher den langfristigen Allokationseffekt (Erhöhung des Wachstumspotenzials), während die französischen Wissenschaftler stärker auf die zyklischen Aspekte und die Stabilisierungsfunktion abhoben (etwa die Problematik des „richtigen Zeitpunkts“ für Konsolidierung: Deutschland habe seine Konsolidierung „im [zyklisch] richtigen Moment“ betrieben, die anderen EU-Länder aber nicht).²⁴ Dies betrifft Fragen wie die kurz- und längerfristigen Auswirkungen einer fiskalischen Konsolidierungspolitik auf das Wachstum, differenziert nach einzelnen Instrumen-

24 Darauf heben z.B. Patrick Artus et al. in ihrem Vergleich des makroökonomischen Umfeldes der Schröder-Reformen mit den Rahmenbedingungen der gegenwärtigen französischen Reformpolitik ab: „Les réformes réussiront-elles? Une comparaison avec l'environnement macroéconomique allemand des années 2000“, Natixis, Note Nr. 550, 24.7.2013.

ten und unterschiedlichen Formen der Konsolidierung und davon abgeleitet Überlegungen zu einem optimalen Konsolidierungsmix; Fragen nach langfristigen Wirkungen der Fiskalpolitik auf das Wachstumspotenzial, zur Effizienz der Steuerverwaltung auf der Einnahme- und zur allokativen Effizienz auf der Ausgabenseite (Forschung zur Quantifizierung von Fehlallokationen sowie zur Auswirkung implizierter Verschuldung auf Wachstum). Zu letzterem Punkt wurde auf die Notwendigkeit von Feinanalysen zu den Auswirkungen bestimmter Ausgabentypen verwiesen, die über das Gegensatzpaar konsumptive vs. investive Ausgaben hinausgehen. Ferner wurde angesichts der begrenzten öffentlichen Ressourcen angeregt, nach neuen Wegen der Wachstumsförderung zu suchen: Wachstumsimpulse könnten nicht nur durch öffentliche Ausgaben, sondern auch durch öffentlich-private Partnerschaften oder geeignete Rahmenbedingungen für vermehrte private Investitionen gesetzt werden.

Ähnlich lohnend könnte die Analyse kurz- und langfristiger Wirkungen von Strukturreformen sein. In diesem Zusammenhang ist auch die Wirkungsanalyse der bestehenden EU-Ausgabenpolitik bzw. der damit finanzierten Instrumente und Programme angeregt worden.

Mehr vergleichende Analysen zur Effizienz des öffentlichen Handelns, und dies auf einem „feinen“ Niveau, wurden als Desiderat benannt. Dabei erscheint die Überlegung erwägenswert, angesichts des hohen Aufwands empirischer Evaluierungsstudien des öffentlichen Handelns eine Art Informationsplattform bereitzustellen, um vorhandene Forschungsergebnisse aus diversen Ländern besser wahrnehmen und nutzen zu können.

4. *Glaubwürdigkeit von Fiskalregeln*: Die Wirkung und Glaubwürdigkeit von Fiskalregeln wurde mehrfach angesprochen. Dabei wurde auf unterschiedliche Aspekte abgehoben: Zum einen stand die inhaltliche Ausgestaltung der Regeln und die Notwendigkeit gut konzipierter Regeln im Fokus. Zum anderen wurde nach der Rolle alternativer Steuerungsinstrumente gefragt: Regeln – Diskretion – Markt. Die einen bezweifeln, ob von Technokraten („Bürokraten“) gesetzte Stabilitätsregeln zu einer optimalen Allokation führen können, und bauen demgegenüber auf die Fähigkeit des Marktes, die Tragfähigkeit von Verschuldung einzuschätzen und entspre-

chende Preissignale über den Zins zu setzen. Andere stellen die Frage nach möglichen Brücken zwischen Regeln und Diskretion und führen dabei als Beispiel die gleichzeitig mit dem deutschen Konjunkturprogramm 2009 eingeführte Schuldenbremse an. Ähnlich ist die Argumentation in Bezug auf Tempo und Zeitpunkt der Konsolidierungspolitik: Falls die makroökonomische Lage eine expansive Fiskalpolitik erfordere, müsste diese mit der glaubwürdigen Ankündigung von Konsolidierungsregeln verknüpft werden, um die Erwartungen der Märkte zu stabilisieren. Hier wird von französischer Seite auf eine mögliche Überforderung einer rein fiskalischen, nicht durch andere Elemente abgestützten Anpassung (ohne *bail-out*, ohne Monetarisierung und ohne Restrukturierung von Schulden) verwiesen: Was passiere, wenn die fiskalische Anpassung versage? Interessant war, dass Wirkung und Glaubwürdigkeit der Fiskalregeln offenbar mit „Soft“-Kategorien wie Vertrauen und Langfristigkeit in Verbindung stehen – diese wurden in den Debatten wiederholt angesprochen und spielen offenbar eine oft entscheidende Rolle für die Effizienz von Institutionen und die Wirksamkeit von Instrumenten.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Heterogenität der nationalen Haushaltssituationen (Staatsquote, Schuldenquote) und die daraus abgeleitete Notwendigkeit differenzierter Fiskalpolitiken; in diesem Zusammenhang wird auch Forschungsbedarf für ein Indikatorensystem zur Situation der öffentlichen Finanzen gesehen.

Schließlich bietet sich ein mögliches interdisziplinäres Forschungsfeld an, in dem aus politik- und wirtschaftswissenschaftlicher Sicht untersucht werden könnte, welche – institutionellen, prozeduralen, ökonomischen – Bedingungen erfüllt sein müssen, damit Regeln echte Bindungswirkungen entfalten und damit auch Glaubwürdigkeit erhalten.

5. *Governance der Eurozone*: Fragen nach den Voraussetzungen einer effizienteren Governance der Eurozone bildeten einen letzten Schwerpunkt der Diskussionen, vor allem die Frage, wie sie durch neue Institutionen oder Instrumente verbessert werden könnte. Hier wurden zahlreiche Themen angesprochen, die auch im politischen Raum diskutiert werden:
 - Die Frage, was man tun könne, um den Kriterien einer optimalen Währungszone näher zu kommen. Hier wurde ein funktionsfähi-

gerer Binnenmarkt genannt sowie mehrfach auf die Mobilität der Arbeitskräfte verwiesen. In diesem Zusammenhang könnten die Auswirkungen verstärkter europäischer Mobilität für die Ziel- aber auch die Herkunftsländer untersucht werden (zur Mobilität vgl. auch das Seminar zum Arbeitsmarkt, IV.5.);

- Die Frage der Einführung automatischer Stabilisatoren, etwa in Form einer europäischen Arbeitslosenversicherung. Hier ergaben sich die bekannten, unterschiedlichen Positionen zwischen Befürwortern überwiegend auf französischer und Skeptikern auf deutscher Seite (keine gemeinsame Arbeitslosenversicherung ohne gemeinsame Institutionen und Regeln).²⁵
- Die Frage eines eigenen Budgets der Eurozone (oder eines erweiterten Budgets der EU): Welche Abgrenzung zwischen EU und Eurozone? Welche Ziele (allokativ, redistributiv, Stabilisierung)? Welche möglichen Wirkungen? Welche institutionellen Voraussetzungen? Welche parlamentarische Kontrolle? Ein Standpunkt in diesem Zusammenhang lautete, im Rahmen einer Weiterentwicklung der EU und auf Grundlage einer klaren Definition, welche zentralen öffentlichen Güter die EU bereitstellen solle (z.B. Verteidigung, Infrastrukturen, Energie), sei ein EU-Budget in einer Größenordnung von 3-4% des EU-BIP durchaus sinnvoll; es müsse in erster Linie für investive Aufgaben genutzt werden, könne aber auch umverteilende bzw. antizyklische Wirkungen entfalten.
- Die Konditionalität der Finanzhilfen: Problematischer Eingriff in nationale Entscheidungsfreiheit vs. unverzichtbares Element.

IV.2.3. Perspektiven

Auch wenn sich aus den zahlreichen Einzelaspekten zunächst keine Forschungsfragestellung direkt gewinnen lässt, bleibt festzuhalten, dass sich als analytischer Ansatz eine pluridisziplinäre Perspektive

25 Zur französischen Position vgl. die Studie der Schatzabteilung des Finanzministeriums: Thomas Lellouch/Artur Sode: „Une assurance chômage pour la zone euro“, in: Trésor-Écho, Nr. 132, Juni 2014. Interessant sind indessen die kritischen Einwände des OFCE-Ökonomen Xavier Timbeau, die sich mit der auf deutscher Seite vorgebrachten Skepsis weitgehend decken (S. 9): Starke Einbettung der Arbeitslosenversicherung in nationale Erfahrungen und soziale Kompromisse; Gefahr dauerhafter einseitiger Transfers und damit Governance- bzw. Legitimitätsprobleme.

geradezu aufdrängt: Die Frage einer verbesserten Governance der Eurozone sollte sowohl in ihrer ökonomischen Logik als auch in ihrer vertragsrechtlichen Dimension (Kompetenzen, Legitimität, Kontrolle etc.) und politischen Dynamik (Entscheidungsprozesse) behandelt werden. Indessen sprechen die raschen politischen Veränderungen in der Währungsunion und der mehrjährige Horizont möglicher Projekte eher gegen eine Aufnahme der Governance-Thematik in die Themenfelder einer künftigen Projektausschreibung.

Im Lichte der Diskussionen ergaben sich einige generelle Gesichtspunkte für die Auswahl geeigneter Projektfragestellungen:

- a) Diese sollten sich nicht in komparativen deutsch-französischen Analysen erschöpfen. In diesem Bereich liegt bereits eine umfangreiche Literatur vor.
- b) Interessant war, wie sehr „Soft“-Kategorien wie Vertrauen und Langfristigkeit eine Rolle in den Debatten gespielt haben. Sie sind offenbar oft entscheidend für die Effizienz von Institutionen und die Wirksamkeit von Instrumenten. Diese sind nicht immer leicht zu definieren und abzugrenzen; gerade deshalb könnte es viel versprechend sein, diese Dimension in künftige wissenschaftliche Projekte einzubeziehen.
- c) Die Debatten legen nahe, pluridisziplinäre Forschungsdesigns zu verfolgen – sie sind sachlich geboten und könnten sich als innovativ erweisen, weil die Forschung hier weniger entwickelt ist als die jeweiligen fachwissenschaftlichen Analysen.

IV.3. Seminar: Die Zukunft der sozialen Sicherung (Paris, 28.4.14)

IV.3.1. Allgemeine Bemerkungen

Die Fragen nach der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme in Frankreich und in Deutschland sollten auf diesem Seminar in einer multidisziplinären Perspektive behandelt werden. Im Mittelpunkt standen dabei die Wechselwirkungen zwischen demographischer Entwicklung und den Systemen sozialer Sicherung, vor allem in Hinblick auf die zentralen finanziellen und organisatorischen Herausforderungen für diese Systeme. Darüber hinaus wurden zwei speziellere Fragestellungen diskutiert: Inwieweit stellen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die frühkindliche Erziehung vorrangige Heraus-

forderungen für die soziale Sicherung dar? Wie sollen, vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung, das Gesundheitswesen und die Versorgung pflegebedürftiger Personen finanziert und organisiert werden?

Die Thematik dieses Seminars war geprägt von den nationalspezifischen Charakteristika der sozialen Sicherungssysteme und ihrer Teilbereiche sowie den weitgehend nationalen Mustern folgenden Politiken. Die erste Diskussionsrunde zum Verhältnis zwischen demographischem Wandel und sozialer Sicherung brachte eine Reihe interessanter Fragestellungen zu Determinanten und Folgen der demographischen Entwicklung für Gesellschaft und Wirtschaft hervor, die multidisziplinäre Ansätze nahelegen und die auch Anknüpfungspunkte zu den Themen der anderen drei Seminare boten. Auch die Debatte um die Zukunft der Rentensysteme ließ Grundlagen für gemeinsame Fragestellungen erkennen. Demgegenüber verblieben die beiden folgenden Runden weitestgehend in ihren spezialisierten Fachdiskursen der entsprechenden Themenfelder (Gesundheit, Alterung und Pflege). Sie waren zudem oft stark normativ geprägt. So war die Diskussion zur Pflege in erster Linie eine Aufzählung von Missständen, verbunden mit impliziten oder expliziten Forderungen nach mehr Gleichheit, mehr Geld usw.

IV.3.2. Inhaltliche Fragestellungen

1. *Demographischer Wandel, Gesellschaft und Wirtschaft:* Eine übergreifende Fragestellung, die in den Debatten wiederholt angesprochen wurde, betraf die Folgen der Alterung unserer Gesellschaften für Gesellschaft und Volkswirtschaft. Damit wird insbesondere die Kernproblematik des Zusammenhangs bzw. der Wechselwirkungen zwischen demographischer und wirtschaftlicher Entwicklung berührt. Daraus ergibt sich eine Reihe von Themen:
 - Investitions-, Konsum- und Sparverhalten einer alternden Gesellschaft: Gibt es ein steigendes Wachstumspotenzial durch den demographischen Wandel durch neue Technologien?
 - Demographischer Wandel und Wachstum: Eine Studie der Bundesbank hat kürzlich ergeben, dass das Trendwachstum in Deutschland im Zuge des fortschreitenden demographischen

Wandels sinken wird (von derzeit 1,3/1,4% p.a. auf 1,0/1,2% p.a.).

- Demographischer Wandel und Innovationskraft: Hier wurde auf Untersuchungen in deutschen Unternehmen der Chemie-, Automobil- und Versicherungsbranche verwiesen, die eine mit dem Alter der Belegschaft steigende Produktivität festgestellt haben.

Generell wurde die Nützlichkeit weiterer vergleichender Forschung zu diesem Themenkomplex hervorgehoben, wobei Untersuchungen nicht nur auf Makromodelle, sondern verstärkt auch auf Mikrodaten zurückgreifen sollten.

2. *Soziale und generationelle Gerechtigkeit*: Einen breiten Raum nahm auch die Problematik „Demographischer Wandel und Legitimationsgrenzen des aktuellen Renten- bzw. Sozialversicherungssystems“ ein. Dies betrifft zunächst die Frage nach sozialen Ungleichheiten in den bestehenden Systemen: Die Forschung belegt starke Unterschiede bei Lebenserwartung abhängig von der sozialen Position und vom Bildungsgrad. Müsste dies im Sinne der Gerechtigkeit in der Rentenpolitik berücksichtigt werden, etwa durch entsprechend differenzierte Regeln für das Renteneintrittsalter? Wie lassen sich generell Ungleichheiten reduzieren? Muss die derzeitige Rentenfestsetzungsformel verändert werden, weil sie bei Niedriglohneempfängern zu massiver Altersarmut führen und insofern an Legitimationsgrenzen stoßen würde? Sollte für diese Zielgruppen eine Reform in Richtung Lebensleistungsrente erfolgen? Zur Altersarmut wurde relativierend angemerkt, dass diese in Deutschland derzeit mit ca. 2,6% etwa auf dem Niveau Frankreichs liege (gegenüber 25% in den USA). Die Quote dürfte sich in den kommenden Jahrzehnten verdreifachen, was mit 7,5% immer noch einen vergleichsweise moderaten Wert darstelle.²⁶

Ein damit verbundenes Fragenbündel betrifft die Generationengerechtigkeit: Demographiepolitik ist Politik für Jung (Arbeitsmarkt- und Familienpolitik) und Alt (Rente, Gesundheit, Pflege). Dazu zählt auch die Frage der Verteilung der sozialen Risiken auf

26 Andere Studien gehen von einer höheren Altersarmut (15%; 2012) und einer ungünstigeren Position Deutschlands in Vergleich zu Frankreich (9,4%) aus; vgl. die entsprechende Tabelle in *France Stratégie*: Quelle France dans dix ans? Les chantiers de la décennie, Paris: France Stratégie, Juni 2014, S. 65.

die verschiedenen Altersklassen (z.B. Armutsrisiko bei jungen Menschen deutlich höher als bei älteren, v.a. Alleinerziehende und Migranten betroffen).

3. *Demographisch bedingte Finanzierungsprobleme der Sozialversicherung:* Auch die schon klassische Frage nach den Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Finanzierung der Sozialversicherung wurde angesprochen. Hier wurde vor einer „Demographie-Fixiertheit“ der Debatte gewarnt, wie sie in Deutschland seit 25 Jahren üblich sei, weil auch andere Parameter wie z.B. Erwerbsverhalten und -struktur, Produktivität oder Zuwanderung in Betracht gezogen werden müssen. Die Rentenreformen der vergangenen Jahre haben das System verändert. Offen ist die künftige Finanzierungsbasis der Rentenversicherung, die sich mit der Ausweitung von Kapitalrenten zu einem „dualen System“ entwickelt hat: Gibt es einen „optimalen Mix“ aus Umlage- und Kapitalfinanzierung? Sollte der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung, der in seiner derzeitigen Form als „willkürlich“ kritisiert wird, künftig ein fester, an die Rentenversicherungsbeiträge gekoppelter Zuschuss sein?
4. *Konturen einer familienfreundlichen Politik:* Nur indirekt angesprochen, aber aus deutscher Sicht interessant erscheint die Frage nach möglichen Konturen und Wirkungen einer familienfreundlichen Politik, verstanden als Querschnittspolitik: z.B. Familien- und Sozialpolitik, Geldleistungen und Infrastrukturen, Steuerpolitik. Frankreichs Politik weist hier, ausgehend von der lang anhaltenden demographischen Stagnation der Vorkriegszeit, die spätestens 1944 zu einem radikalen Umdenken führte, eine bemerkenswerte Konstanz auf. Wirkungsanalysen in diesem Feld sollten generell langfristig angelegt sein.
5. *Governance und Kostenkontrolle:* Die Frage einer effizienten Governance der Sozialversicherung, auch im Hinblick auf die Kontrolle der Kostenentwicklung, wurde verschiedentlich thematisiert. Dazu gehört auch die Kompetenzverteilung auf die nationale, regionale und lokale Ebene sowie damit zusammenhängend die Frage der Autonomie der Gebietskörperschaften.
6. *Europäische Koordinierung:* Einen geringen Raum nahm in den Debatten die Frage der Koordinierung von Sozialpolitik in Europa ein. Der Fokus lag dabei auf dem Ziel finanzieller Nachhaltigkeit und

Angemessenheit der Leistungen und auf der Nutzung von *Best-Practice*-Beispielen.

7. *Gesundheit und Pflege*: Zur Problematik der Versorgung von Pflegebedürftigen in einer alternden Gesellschaft wurde eine Reihe von Einzelthemen angesprochen, die für sich genommen von Interesse sein mögen, allerdings überwiegend im Rahmen der fachspezifischen Diskussionen verblieben und wenig Anknüpfungspunkte zu übergreifenden Fragestellungen im Sinne des Projekts bieten.

Sie betrafen die Herausforderung der Behandlung multimorbider Krankheiten, die u.a. integrierte Versorgungsketten und die Vermeidung von regionalen Versorgungslücken erfordern; die Prävention (insbesondere bei sozial benachteiligten Gruppen) und das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen; die Mobilität von Patienten und auch von Angehörigen von Gesundheitsberufen (wie kann integrierte Planung und Steuerung in Europa aussehen, die Freizügigkeit aufrechterhält und gleichzeitig einen care drain in den osteuropäischen Ländern abmildert?); die langfristige Finanzierung und Governance der Langzeitpflege (Sozialversicherungszweig vs. Leistungen aus Steueraufkommen, Einbindung der Kommunen in Steuerung der Pflegeversorgung, marktorientiert vs. non-profitorientiert, usw.); die Pflege als gesellschaftliche Aufgabe (insbesondere das Verhältnis zwischen Angehörigenpflege und formaler Pflege in Pflegeeinrichtungen, die Unterstützung pflegender Angehöriger, die Vereinbarkeit Pflege und Berufstätigkeit, die altersfreundliche barrierefreie Gestaltung von Wohnquartieren, soziale Teilhabe gerade in benachteiligten Quartieren).

8. *Familie und Kinderbetreuung*: Auch zu diesem Themenfeld wurden in der Diskussion einige interessante, aber vorwiegend fachwissenschaftlich spezialisierte Fragestellungen aufgeworfen. Diese umfassten gesellschaftliche Aspekte (neue Familienformen sowie -normen vs. Retraditionalisierung, fortwährende Ungleichheit Mann-Frau durch staatliche Unterstützung des männlichen Ernährermodells? Freiheitsbegriff in der Familienpolitik etwa über die Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung, finanzielle Freiheit durch Entlastung von Familien bei Steuern und Abgaben, flexible Arbeitsformen in den Unternehmen vs. Erwartung ständiger Verfügbarkeit); Fragen der Finanzierung und Qualität der Kinderbetreuung

(Passgenauigkeit von Angebot und Nachfrage, kommunale Träger vs. private Anbieter, Ausbildung, Berufsbilder und Bedarf an Fachkräften: Professionalisierung, Akademisierung, Frage der Attraktivität angesichts der Arbeitsbedingungen und drohender Fachkräftemangel); schließlich die Frage, inwieweit herkunftsbedingte Benachteiligungen durch qualitativ hochwertige Kinderbetreuung kompensiert werden können.

IV.3.3. Perspektiven

Die interessanteste Perspektive in Hinblick auf künftige Forschung ergab sich aus den Debatten zu den Wechselwirkungen zwischen dem demographischen Wandel und gesellschaftlichen bzw. volkswirtschaftlichen Entwicklungen. Hier bestehen auch Anknüpfungspunkte zu den anderen Seminaren und Themenstellungen: Auswirkungen des demographischen Wandels auf öffentliche Finanzen und Fiskalpolitik (vgl. IV.2.), Chancen und Risiken für Wachstumspotenzial, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (vgl. IV.4.), Folgen für Arbeitsmarkt und Beschäftigung (vgl. IV.5.).

IV.4. Seminar: Innovation und Wettbewerbsfähigkeit (Berlin, 26.5.14)

IV.4.1. Allgemeine Bemerkungen

Dieses Seminar stellte die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft in den Mittelpunkt: ihr Grundverständnis und ihre Bestimmungsfaktoren, wobei ein besonderer Fokus auf der Innovation als Kern der Wettbewerbsfähigkeit lag, sowie die politischen Handlungsfelder auf nationaler und europäischer Ebene. Ergänzt wurde dies durch eine mikroökonomische Perspektive, die nach den unternehmerischen Leitbildern und ihrem Einfluss auf Wettbewerbsfähigkeit fragte, den Beitrag mittelständischer Firmen thematisierte und finanzielle Dimensionen der Innovationsförderung behandelte.

Zu Beginn des Seminars wurden hilfreiche Begriffsklärungen vorgenommen. Paul Krugmans vielzitierte Formel der Wettbewerbsfähig-

keit als „gefährliche Obsession“²⁷ verweist jenseits aller übertriebenen Polemik auf den Unterschied zwischen der unternehmerischen sowie der systemischen Wettbewerbsfähigkeit von Ländern bzw. Volkswirtschaften. Letztere, auch als Wettbewerbsfähigkeit des Standortes zu charakterisieren, stand im Fokus der Debatten. Der *World Economic Competitiveness Report 2013/14* definiert Wettbewerbsfähigkeit „... as the set of institutions, policies, and factors that determine the level of productivity of a country.“²⁸ Hier wird auf die Produktivität und auf die Fähigkeit einer Volkswirtschaft abgehoben, dauerhaftes Wachstum zu generieren.

Diese Definition verweist auf den mehrdimensionalen Charakter der Wettbewerbsfähigkeit von Standorten: Diese wird von der Qualität der Institutionen und der Infrastrukturen ebenso beeinflusst wie vom Bildungs-, Forschungs- und Innovationssystem, von der Funktionsfähigkeit der Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte, von Ressourcen oder von Kosten (vgl. den auf zwölf Säulen beruhenden *Global Competitiveness Index* des WEF; oder den 60 Indikatoren umfassenden Index der industriellen Standortqualität des IW Köln).²⁹ Wenngleich die Kontrolle der Kostenentwicklung weiterhin wichtig bleibt, wird von einer nur auf die Kosten fixierten Sichtweise abgeraten; eine reine low-cost-Strategie ist wenig erfolgversprechend. Es kommt vielmehr darauf an, die kostengebundene und die qualitative Wettbewerbsfähigkeit in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Insofern standen die nicht-preislichen Aspekte und langfristigen Faktoren im Mittelpunkt der Debatten.³⁰

27 Paul Krugman: Competitiveness: A Dangerous Obsession, in: *Foreign Affairs*, Vol. 73, Nr. 2, March/April 1994, S. 28-44.

28 World Economic Forum: The Global Competitiveness Report 2013/14, S.4. (http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalCompetitivenessReport_2013-14.pdf).

29 Vgl. R. Kroker, K. Lichtblau et al: Die Messung der industriellen Standortqualität in Deutschland, Köln: IW Köln/IW Consult 2012 (Gutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie); IW (Hrsg.): Industrielle Standortqualität. Wo steht Deutschland im internationalen Vergleich? Köln: IW 2013.

30 Diese auf die systemische Wettbewerbsfähigkeit abhebende Perspektive hat die Debatten in beiden Ländern seit den 1990er Jahren zunehmend charakterisiert. Eine vom dfi und der Vorgängerinstitution von *France Stratégie* initiierte deutsch-französische Arbeitsgruppe hat diesen gemeinsamen Ansatz in einem Bericht festgehalten: *Commissariat général du Plan/Deutsch-Französisches Institut* (Hrsg.): Standortpolitik und Globalisierung: deutsch-französische Perspektiven, Opladen: Leske und Budrich 2001 (frz.: *Dies.: Compétitivité globale: une perspective franco-allemande*, Paris: La Documentation Française 2001).

IV.4.2. Inhaltliche Fragestellungen

1. *Differenzierung vs. one fits it all*: In diesem Zusammenhang wurde – obwohl während des Seminars nur gestreift – auch auf die Notwendigkeit einer differenzierten Beurteilung verwiesen, wenn es um Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit und damit um die Definition entsprechender Handlungsfelder geht. Das Gewicht der Faktoren kann sich im Zeitverlauf verschieben: Während der Wiederaufbauphase der ersten Nachkriegsjahrzehnte, die im Wesentlichen von den Massengüterindustrien getrieben war und in der es um einen ökonomischen Aufholprozess gegenüber den weltweit führenden USA ging, waren andere Voraussetzungen (z.B. stetige Nachfrage oder Stabilität der Märkte) gefragt als heute; in jüngerer Zeit, in der die fortgeschrittenen Ökonomien zunehmend von ihrer Innovationsfähigkeit abhängen, werden flexible Güter- und Arbeitsmärkte, die Qualität der beruflichen Ausbildung, der Schulen und der Universitäten immer wichtiger.³¹ Für einige Autoren ist dies die Folie, vor deren Hintergrund sie für Frankreich einen Paradigmenwechsel von der Nachfrage- zur Angebotspolitik begründen.³²

Ferner legen die unterschiedlichen Charakteristika nationaler Ökonomien in Europa eine differenzierte Betrachtung nahe. Darauf verweist der *Global Competitiveness Index* des WEF, der zwischen faktorgetriebenen, effizienzgetriebenen und innovationsgetriebenen Ökonomien unterscheidet. Die Situation nationaler Volkswirtschaften ist unterschiedlich, was den Stand ihrer industriellen und technologischen Entwicklung betrifft; auch die sektoralen Strukturen und Dynamiken unterscheiden sich in Europa. Innerhalb der EU variiert der Industrieanteil am BIP zwischen 7% (Zypern) und gut 25% (Tschechien), unter Berücksichtigung des

31 Vgl. für Europa schon 2006 Philippe Aghion: „A Primer on Innovation and Growth“, Bruegel Policy Brief 2006/06 und die dort geforderte umfassende Strategie: „Europe needs a comprehensive and coherent strategy which also involves: (i) more competition and entry on the product markets; (ii) more investment in higher education; (iii) more developed financial sectors and markets and more flexible labour markets; (iv) a more proactive macroeconomic policy over the business cycle. Finally, there should be a clearer recognition that structural reforms may entail winners and losers; hence the importance of complementary policies aimed at correcting the inequalities caused by these reforms“ (S.1).

32 Vgl. Philippe Aghion/Gilbert Cette/Elie Cohen: *Changer de modèle. De nouvelles idées pour une nouvelle croissance*, Paris: Odile Jacob 2014.

Industrie-Dienstleistungsverbundes sogar zwischen 7% und 37%. Dies wirft die Frage nach adäquaten und differenzierten Strategien wirtschaftlicher Entwicklung auf, auch weil die Relevanz der Standortfaktoren in der Industrie anders gewichtet ist als im Dienstleistungssektor.³³ So ist das in der EU seit der „Lissabon-Strategie“ ausgegebene Ziel, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3% des BIP zu erhöhen, nicht für alle EU-Staaten gleichermaßen wichtig.

2. *Schlüsselrolle der Industrie:* Forschungen des IW heben hervor, dass generell der Industrie eine Motorenrolle für Wertschöpfung, Investitionen und Innovationen zukommt. Ferner sind Anstoßeffekte in anderen Sektoren und generell die Herausbildung eines Industrie-Dienstleistungsverbundes festzustellen. Laut IW ergibt sich eine Art Multiplikatoreffekt, der von der industriellen Wertschöpfung in Richtung Dienstleistungen ausgeht und dessen Wert auf 1,68 geschätzt wird. In dieser weitgefassten Definition repräsentiert der Industrie-Dienstleistungsverbund ein Viertel der Beschäftigung in Europa.³⁴ Diese Schlüsselrolle der Industrie ist auch der Hintergrund für die lebhaft wissenschaftliche und politische Diskussion in Frankreich über die „Entindustrialisierung“, die politisch in der 2012 erfolgten Schaffung eines Ministeriums für industrielle Erneuerung mündete.

Dabei eröffnet die Perspektive einer Digitalisierung und Vernetzung der Wertschöpfungsketten (Stichwort Industrie 4.0) neue Dimensionen, die möglicherweise völlig neue Produktionskonzepte hervorbringen, die industrielle Produktion revolutionieren können und die herkömmlichen Unterscheidungen zwischen Industrie und Dienstleistungen weiter in Frage stellen werden. Es bleibt vorerst offen, welche Rolle die „Industrie 4.0.“ für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie spielen wird und welche Produktivitätsgewinne davon ausgehen können. Autoren wie G. Colletis sprechen vom Übergang von der technischen zur kognitiven Arbeitsteilung.³⁵

33 Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Industrielle Standortqualität. Wo steht Deutschland im internationalen Vergleich?, Köln: IW 2013.

34 Vgl. K. Lichtblau et al.: Industry as a Growth Engine in the Global Economy, Köln: IW Köln/IW Consult 2013.

35 Vgl. Stefan Heng: „Industrie 4.0. Upgrade des Industriestandorts Deutschland steht bevor.“ Frankfurt/Main: DB Research, 4.2.2014. Für Frankreich Gabriel Colletis: L'urgence

3. *Was ist Innovationsfähigkeit?* Wenn von qualitativer Wettbewerbsfähigkeit die Rede ist, liegt das Stichwort Innovation nahe. Insofern war die Diskussionsrunde zur Innovationsfähigkeit geeignet, die in der Eingangsdebatte aufgeworfenen Themen und Fragen zu vertiefen.

Dabei wurde mehrfach dafür plädiert, den Innovationsbegriff nicht wie oft üblich auf Forschung und Entwicklung bzw. die technologische Entwicklung zu reduzieren, sondern breiter zu fassen. Kreativität (Design, Mode, Werbung, Kreativwirtschaft), soziale und organisatorische Neuerungen sind Teil eines erweiterten Innovationsbegriffs. Empirische Untersuchungen aus Deutschland bestätigen, dass der Anteil der unternehmerischen Innovationen ohne Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE) beträchtlich ist; in Dienstleistungsunternehmen unter 1000 Beschäftigten und kleinen Industrieunternehmen (unter 19 Beschäftigten) ist es die mehrheitliche Innovationsform.³⁶ Innovation ist mithin mehr als die Produktion von Ideen, sondern umfasst auch die „Umsetzung von Wissen in Geld“.

Ferner ist auch die Charakterisierung der Innovation nicht als linearer, sondern interaktiver, sozialer Prozess von Bedeutung, was wiederum auf ihren systemischen Charakter verweist: Nicht umsonst ist in der Wissenschaft der Begriff des nationalen Innovationssystems geprägt worden, weil der Innovationsprozess von zahlreichen, überwiegend noch national geprägten Strukturen, Akteuren und Prozessen abhängt.³⁷

Schließlich ist neben der Unterscheidung zwischen Produkt- und Prozessinnovation die Unterscheidung zwischen dem Typus der inkrementalen (auf graduelle Erneuerung tradierter Techniken und Prozesse zielenden) und der radikalen Innovation wichtig.

4. *Determinanten der Innovationsfähigkeit:* Dies wird auch deutlich, wenn es um die Determinanten unternehmerischer Innovationsfähigkeit geht: Qualität der öffentlichen Forschung, Technologie-

industrielle, Lormont: Le bord de l'eau 2012; Lionel Fontagné/Pierre Mohnen/Guntram Wolff: „Pas d'industrie, pas d'avenir?“ Les notes du Conseil d'analyse économique, Nr. 13, Juni 2014.

36 Vgl. C. Rammer et al.: Innovationen ohne Forschung, Baden-Baden: Nomos 2013 (ZEW Wirtschaftsanalysen, Vol.101).

37 Vgl. Bengt-Ake Lundvall: National Innovation Systems. Towards a Theory of Innovation and Interactive Learning, London: Pinter 1992.

und Erkenntnistransfer, Innovation in etablierten Unternehmen, Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen, Governance des Innovationssystems.

So wurde die Bedeutung des Technologie- und Erkenntnistransfers betont, um den Weg zwischen Forschungsergebnissen und ihrer praktischen Umsetzung in Unternehmen zu verkürzen. Hier ist Deutschland vergleichsweise gut aufgestellt, weil die Verzahnung zwischen angewandter Forschung und Unternehmen durch Transfereinrichtungen wie z.B. die Fraunhofer-Institute gut funktioniert. In Frankreich wird seit einigen Jahren versucht, ähnliche Strukturen zu schaffen (*Instituts Carnot*, vgl. oben III.2.).

Wettbewerb und Senkung der Markteintrittsbarrieren für neue Akteure können wichtige Innovationsträger sein. Dies zielt auf flexiblere Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte sowie die Senkung administrativer Hemmnisse für Gründer und neue Wettbewerber. Indessen deuten Forschungsergebnisse darauf hin, dass die Beziehung zwischen Flexibilität der Arbeitsmärkte und Wettbewerbsfähigkeit, aber auch zwischen Wettbewerbsintensität und Innovation die Form einer umgekehrten U-Kurve annehmen: ein zu geringer Grad an Flexibilität bzw. Konkurrenz schadet der Wettbewerbs- bzw. der Innovationsfähigkeit ebenso wie zu hohes.³⁸ Denn, so wurde angemerkt, die Existenz qualitativer Wettbewerbsvorteile geht oft einher mit der Existenz von „Innovationsrenten“, also Elementen einer monopolistischen Konkurrenz. Aus dieser Sicht ergibt sich das Problem einer Optimierung von Wettbewerbsregeln.

In einer internationalen Arbeitsteilung, die durch die wachsende Mobilität des Kapitals, aber auch der Arbeitskräfte gekennzeichnet ist, ist es für nationale Volkswirtschaften wichtig, attraktiv für Fachkräfte und Forscher zu sein. Mobilität und Durchlässigkeit können Wissens- und Erfahrungstransfer, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit fördern. Hier liegt ein mögliches Feld für deutsch-französische Initiativen, aber auch für eine europäi-

38 Vgl. S. Nielsen/A. Schiersch: „Temporary Agency Work and Firm Competitiveness: Evidence from German Manufacturing Firms“, in: *Industrial Relations*, Vol. 53, Nr.3/2014, S. 365-393; Philippe Aghion et al.: „Competition and Innovation: An Inverted-U Relationship“, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 120, Nr. 2/2005, S. 701-728.

sche Politik, die die Mobilität insbesondere der Forscher und die Bildung transnationaler Kompetenznetzwerke fördern.

Schließlich kann auch das Bildungs- und Ausbildungssystem einen wichtigen Beitrag zur Innovations- und Anpassungsfähigkeit der Unternehmen an veränderte globale Märkte leisten. Insbesondere bei der beruflichen Erstausbildung scheint Deutschland mit dem dualen System besser aufgestellt; die entsprechenden Ausbildungsleistungen der Unternehmen entsprechen 5% der gesamten Lohnsumme. Diese Problematik wird im 4. Seminar näher behandelt (vgl. unten, IV.5.2.); wichtig ist aber der Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit: Das Produktionsmodell der deutsche Industrie beruht sehr stark auf dem dualen System der Facharbeiterausbildung.

5. *Finanzierung der Innovationen:* Die Finanzierungsbedingungen für unternehmerische Innovationen wurden in einer Arbeitsgruppe gesondert thematisiert. Dabei kamen insbesondere auch die Erfahrungen und Sichtweisen verschiedener Akteure zur Sprache: Aus Sicht des Sparkassen- und Giroverbandes ist das auf drei Säulen beruhende deutsche Banksystem ein Vorteil für Unternehmensgründer und kleine/mittlere Unternehmen, da es ein dichtes Netz dezentraler entscheidungsfähiger Ansprechpartner bietet. In der Perspektive privater Equity-Fonds ist nicht das öffentliche Geld knapp, sondern privates *Venture Capital*. Der entsprechende Markt funktioniert in Deutschland nicht. Um Risikokapital attraktiver zu gestalten, seien Steueranreize (wie die Verlustverrechnung gegen andere Gewinne) denkbar oder auch die Schaffung der in Frankreich existierenden Anlageform FCPR (*fonds commun de placement à risque*). In Frankreich, wo nur wenige Banken im Startup-Bereich aktiv sind, hat die neugegründete öffentliche Förderbank BPI France (*Banque publique d'investissement*) ähnliche Aufgaben wie in Deutschland die KfW, wobei sie Wert auf eine dezentrale Organisation und Entscheidungsstruktur legt. Aus wissenschaftlicher Sicht beleuchtete ein Beitrag die Finanzierungswege für innovative Unternehmensgründungen. Die Problematik besteht hierbei in einem hohen Kapitalbedarf der Gründer, während der Rückfluss oft sehr spät erfolgt; ferner in sehr hohen Risiken sowie starken Informations-Asymmetrien. Unter den alternativen Optionen ist die Beteiligungsfinanzierung in

Deutschland eher randständig und selten in frühen Phasen der Gründung (*seed capital*), weil die Gründer Wert auf ihre Unabhängigkeit legen. Demgegenüber weist der Bankkredit Vorteile auf, weil die dezentrale Bankenstruktur die Informations-Asymmetrie reduziert und den Banken eine Selektion geeigneter Projekte leichter fällt. Öffentliche Förderprogramme haben daneben ihren Platz, bergen aber die Gefahr von Mitnahmeeffekten. Eine noch sehr junge Form, das *crowd investing*, ist bislang noch wenig erforscht; derzeit erkennbar sind die Probleme einer geeigneten Regulierung, die mögliche Anleger schützt und dabei nicht zu restriktiv verfährt.

6. *Die Rolle der Unternehmen – Leitbilder, Einfluss der Unternehmensgröße:* Die Frage nach der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit legt auch eine mikroökonomische Perspektive nahe. Diese kam in zahlreichen Beiträgen zum Ausdruck und war auch Gegenstand einer Arbeitsgruppe, die sich speziell mit dem Zusammenhang von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation mit Leitbildern des Unternehmertums und Unternehmenstypen befasste. Es ging also bewusst nicht um technologische oder allgemein produktorientierte Innovation, sondern um Formen und Voraussetzungen unternehmerischen innovativen Handelns.

Diese Thematik wurde aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet. Ein Aspekt war die Frage nach der Relevanz der wirtschaftsethischen Dimension. Da die so genannten „weichen Faktoren“ in der heutigen Wirtschaftswelt einen wesentlich höheren Stellenwert haben als in der ersten Epoche der Industrialisierung, kann die Hypothese formuliert werden, dass sich verantwortliches Verhalten innerhalb des Unternehmens und im Umfeld des Marktes langfristig auszahlt. Die ethische Dimension müsste somit in die Theorien des rationalen Handelns und des *homo oeconomicus* integriert werden. Insofern stellen Kategorien wie Vertrauen und Verhandlungskultur sowie entsprechende Institutionen bzw. Prozeduren einen wesentlichen Faktor für unternehmerische Wettbewerbs-, Anpassungs- und Innovationsfähigkeit dar. Die Fähigkeit der Sozialpartner und der unterschiedlichen Akteure im Unternehmen (Unternehmensleitung, Betriebsräte) zur kooperativen Suche nach Lösungen ist ebenso von entscheidender Bedeutung.

Ein zweiter Aspekt betraf den Bereich der *green economy* als eine besondere Form ethisch basierten unternehmerischen Handelns. Welches Umfeld fördert die Fähigkeit einzelner Unternehmer, sich völlig neuen Konzepten und Herangehensweisen zu öffnen? Bei dieser Form von Innovation geht es um Kreativität nicht nur in den Produkten, sondern auch in den Prozessen und Vertriebskanälen.

Schließlich stellt sich im Zusammenhang aller genannten Aspekte die noch nicht abschließend geklärte Frage, wie Inhaberstruktur, ethisch fundiertes unternehmerisches Handeln und die Beschäftigungsstruktur die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von Unternehmen (vor allem von KMU) beeinflussen.

7. *Gründerdynamik und Unternehmensdemographie*: Die Bedeutung eines gründerfreundlichen Klimas und entsprechender administrativer bzw. fiskalischer Regelungen für die Innovationsfähigkeit wurde bereits angesprochen. In diesem Zusammenhang ergeben sich Fragen an die empirische Forschung, was die Erneuerung der Unternehmenslandschaft und Erfolgsfaktoren für die Wachstums- und Entwicklungschancen junger Unternehmen betrifft. Generell wird festgestellt, dass sich in Europa – im Gegensatz zu den USA – zu wenige junge/kleine Firmen zu mittleren und großen Unternehmen entwickeln. Wo liegen die „Aufstiegshemmnisse“? In Frankreich, wo sie besonders hoch sind, wird auf die schädliche Wirkung von Schwelleneffekten verwiesen: Die administrativen Zwänge und Belastungen für Unternehmen ab 50 Beschäftigten nehmen schlagartig zu, was sich als Wachstumsbremse für ihre Entwicklung erweist, weil viele Firmen es vorziehen, unterhalb dieser Schwelle zu bleiben.
8. *Unternehmensmodell und Innovationsfähigkeit*: Generell ist die Funktionsweise der Unternehmen in Kontinentaleuropa vom Stakeholder-Prinzip geprägt, der einen Interessensausgleich zwischen den verschiedenen beteiligten Interessen (Kapitalgeber, Management, Beschäftigte) anstrebt. Dies gilt besonders für das „rheinische Modell“ des kooperativen Kapitalismus mit ihrer institutionalisierten Mitbestimmung und ihrer ausgeprägten Verhandlungskultur. Dies – ebenso wie das hohe Maß an Vertrauen zwischen den Akteuren – wird in Frankreich als Stärke der deutschen Unternehmen und des Wirtschaftsmodells angesehen. Zahlreiche

Reformen der jüngeren Zeit versuchen, bislang mit begrenztem Erfolg, Elemente der Mitbestimmung und der Verhandlungskultur in das französische System einzuführen. Inwiefern das deutsche Modell auch Wettbewerbsfähigkeit und Innovation fördert, bleibt offen. In der Literatur wird die Fähigkeit zu kooperativen, ausgehandelten Problemlösungen in den Unternehmen als Vorteil angesehen, wenn auf veränderte Marktbedingungen und Herausforderungen reagiert werden muss (vgl. die Pakte für Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung). In Bezug auf die Innovation sieht die Literatur eher den Typus inkrementaler Innovation als Stärke des kooperativen Modells.³⁹ Eine Schwäche generell der europäischen Systeme kann demgegenüber in der Haltung gegenüber dem Risiko des Scheiterns gesehen werden, weil das Scheitern eines Projektes oder eines Geschäftsmodells generell eher stigmatisiert werde. In diesem Zusammenhang wurde in der Debatte ein Unternehmerbild in der Gesellschaft befürwortet, das auch die Möglichkeit des Scheiterns unternehmerischer Innovationen als Teil eines positiven *trial-and-error*-Prozesses begreift. Als Vorbild wurden hier die USA genannt, wo das Prinzip „Scheitern und Wiederauferstehen“ selbstverständlicher sei als in Europa.

9. *Rolle des Mittelstands*: Ein weiterer Fragenkomplex gilt der Bedeutung der Besitzverhältnisse im Unternehmen. Welche Vorteile für eine zeitgemäße Wettbewerbsfähigkeit bietet das vom Inhaber geführte Unternehmen (Familienunternehmen)? Diese Eigentümer- und Managementstruktur prägt die europäische und ganz besonders die deutsche Wirtschaft. Ethische Grundsätze und nachhaltige Entwicklungsstrategien gehen hier oft Hand in Hand. Es wäre zu untersuchen, wie die Stärken dieser spezifisch europäischen Tradition die weitere Entwicklung des europäischen Kapitalismus-Modells prägen könnten.

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive zeigt sich, dass die KMU, die besonders häufig in Familienbesitz sind, relevante Faktoren der gesamtwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, des Wan-

39 So etwa Peter A. Hall/David Soskice: „An Introduction to Varieties of Capitalism“, in: Dies. (Hrsg.): *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford: Oxford University Press 2001, S. 1-68; hier S. 38ff.

dels und der Arbeitsplatzentwicklung sind.⁴⁰ Die „Mittelstandshypothese“, der zufolge die KMU überproportional für den Aufbau von Arbeitsplätzen verantwortlich sind und daher auch ein besonders förderliches politisches Umfeld verdienen, ist in der Fachdiskussion noch umstritten. Die Zahlen belegen sowohl den überproportionalen Anteil mittelständischer Unternehmen an Beschäftigung im Verhältnis zum erzielten Umsatz, gleichzeitig zeigen sie aber auch ihre besonders große Anfälligkeit während der Krise. Andere Untersuchungen versuchen zu ergründen, inwieweit atypische Beschäftigungsverhältnisse in KMU deren Wettbewerbsfähigkeit fördern oder mindern.

10. *Spannungsfeld Wettbewerbsfähigkeit – Kohäsion*: Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus diesen Überlegungen für eine erfolgreiche Standortpolitik? Eine Reihe von Diskussionsbeiträgen kreiste um diese Thematik, auch wenn alle folgenden Fragen nur andiskutiert und nicht vertieft worden sind.

Grundsätzlich wurde die Frage nach dem Verhältnis und den – komplementären oder konfliktuellen – Wechselwirkungen zwischen Wettbewerbsfähigkeit, sozialer Sicherung und Kohäsion in Europa aufgeworfen. Dabei ergibt sich ein Spannungsfeld: Der europäische Binnenmarkt fördert die Herausbildung einer europäischen Arbeitsteilung, in der die Stärken unterschiedlich, oft genug auch asymmetrisch verteilt sind; dem steht das Ziel einer sozialen und regionalen Kohäsion in Europa gegenüber. Wie können derartige Zielkonflikte gemildert werden, etwa durch Steuerpolitik? Generell ging die Tendenz dahin, die Polarisierung auf die reinen Produktionskosten zugunsten eines umfassenderen, auf Qualität der Produkte und Dienstleistungen und entsprechend qualifizierte Arbeit setzenden Ansatzes zu überwinden. Dies spricht für Qualitätsverbesserungen und Reformen im Bereich von Bildung, Ausbildung und Forschung, der öffentlichen Infrastrukturen und Verwaltungen sowie des Sozialstaates, aber auch der Arbeits-, Güter- und Dienstleistungsmärkte, um die Reallokation der Ressourcen in Richtung auf wissensbasiertes Kapital und damit den Strukturwandel zu erleichtern. Während die von einem Teilnehmer geäußerte Polemik gegen die „Propaganda“ der Strukturreformen, die

40 Vgl. z.B. A. Schiersch/A. Kritikos: „Kleine und mittlere Unternehmen: Stütze der gewerblichen Wirtschaft in Europa“, in: DIW-Wochenbericht 13/2004, S. 277-287.

gegen die Interessen der Gewerkschaften gerichtet seien, keinen Widerhall fand, wurde die Frage nach einem für angebotspolitische Strukturreformen günstigen makroökonomischen Umfeld mehrfach aufgeworfen.⁴¹

11. *Dimensionen des öffentlichen Handelns:* Eine auf die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandorts zielende Wirtschaftspolitik umfasst eine Vielzahl von Bereichen: Regulative Politiken (Regulierung des Arbeitsmarktes, Gestaltung der unternehmerischen Rahmenbedingungen, offener Marktzugang) sind ebenso gefragt wie Energie- oder Steuerpolitik. Unstrittig zählt ferner dazu eine „horizontale“ Industriepolitik, die auf Infrastrukturen und verbesserte Rahmenbedingungen für Innovation setzt, während der Nutzen einer von französischen Autoren zuweilen vorgeschlagenen „vertikalen“, sektoral steuernden Industriepolitik auf deutscher Seite als nicht zukunftsfähig eingestuft wird.⁴² Verschiedentlich wurden auch günstige makroökonomische Rahmenbedingungen (Wachstum) angemahnt. Offen war die Frage, welche Steuerstruktur sich günstig auf Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Standortes auswirkt: Die These, dass eine Besteuerung des Konsums einer Besteuerung der (Kapital- und Arbeits-) Einkommen vorzuziehen sei, ist in der Literatur umstritten.⁴³ Offen blieb auch, inwiefern sich in der Steuerpolitik ein europäischer Koordinierungsbedarf ergibt, um „unkooperative“ Politiken zu verhindern oder einzudämmen. Schließlich sollte präzisiert werden, was im Einzelfall unter „Strukturreformen“ zu verstehen ist, und wie das Spannungsverhältnis zwischen Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Sicherheit zu charakterisieren ist.
12. *Evaluierung öffentlicher Politiken:* Schließlich wurde mehrfach der Evaluation öffentlicher Politiken ein großer Stellenwert eingeräumt: Notwendig sei eine „gute Evaluierungskultur“, was eine ausreichende Datenbasis, eine leistungsfähige Evaluierungsfor-

41 Vgl. dazu Patrick Artus et al.: „Les réformes réussiront-elles?“, a.a.O.

42 Allerdings haben die jüngeren Vorschläge von Wissenschaftlern für eine moderne Industriepolitik nur noch wenig mit protektionistischen, dirigistischen Vorstellungen zu tun; vgl. Philippe Aghion/Julian Boulanger/Elie Cohen: „Rethinking industrial policy“, bruegel policy brief, Nr. 2011/04, Juni 2011.

43 Vgl. kritisch zur angeführten These Jing Xing: Does tax structure affect economic growth? Empirical evidence from OECD countries, Oxford University, Centre for Business Taxation, Working Paper 11/20, 2011.

schung und eine Politik voraussetze, die mit Evaluierung souverän umgehe. Wichtig sei, so wurde in der Debatte angemahnt, eine systematische Überprüfung der öffentlichen Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit, wie auch die Fähigkeit, entsprechende Konsequenzen zu ziehen, wenn sich Instrumente als unzureichend oder unwirksam erwiesen haben. Leitschnur bei allem sei die Frage: Welche Strukturen und Instrumente können die Reallokation der Ressourcen und damit die Fähigkeit zum Strukturwandel fördern?

13. *Nationale und europäische Politik:* Ein weiteres Spannungsfeld betrifft das Verhältnis zwischen nationaler und europäischer Politik. Die in den erwähnten Indikatorensystemen angesprochenen Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit verweisen darauf, dass Standortpolitik im Kern eine nationale (wenn nicht subnationale) Aufgabe darstellt. Dennoch stellt sich die Frage nach den möglichen, positiven oder negativen, Auswirkungen einer nationalen Politik der Wettbewerbsfähigkeit auf die Partnerländer, und daran anknüpfend nach Sinn und Möglichkeiten einer Abstimmung der diesbezüglichen Politiken auf europäischer Ebene. Denn, so wurde argumentiert, die Herausforderungen würden immer globaler, die Innovations- und Forschungspolitik seien aber immer noch weitgehend national verfasst. Als offene Frage wurde das Verhältnis zwischen regionalen, nationalen und europäischen Maßnahmen thematisiert: Wie können sie optimal aufeinander abgestimmt werden? Welche Wechselwirkungen gibt es zwischen nationalen und europäischen Forschungs- und Innovationspolitiken?
14. *Welcher „europäische Mehrwert“?* Insofern stellt sich die Frage nach einem möglichen „Mehrwert“ durch europäische Politiken. Inwiefern, und auf welchen Feldern kann die europäische Ebene einen sinnvollen Beitrag zu einer erhöhten Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer und des „Standorts Europa“ leisten? Die Spannbreite der Vorschläge reicht von einer Verwirklichung des in vielen Bereichen noch unvollständigen Binnenmarktes über transnationale Infrastrukturprojekte bis hin zu gemeinsamen sektoralen bzw. strategischen Strategien (z.B. Energiewende); auch die Einführung einer generellen Vorabprüfung europäischer Direktiven in Hinblick auf das Ziel der industriellen Wettbewerbsfähigkeit wurde angesprochen. Auch hier besteht ein Spannungsfeld zwischen dem Konkurrenzprinzip und europäischer Koordinierung

bzw. Harmonisierung. Ein weiteres genuines Feld für europäische Politik könnte die Förderung der Mobilität (Arbeitskräfte, Forscher) sowie europäischer Exzellenznetzwerke sein.

IV.4.3. Perspektiven

Die Komplexität und Mehrdimensionalität der Wettbewerbs- bzw. Innovationsfähigkeit wurde in den Debatten deutlich hervorgehoben. Damit ergeben sich auch zahlreiche Anknüpfungspunkte zu Themen, die in den anderen Seminaren behandelt wurden: Wachstumspotenzial und Wachstumspolitik (IV.2.), demographischer Wandel, Wachstumspotenzial und Innovation, Steuer- und Abgabensysteme als Faktor der Wettbewerbsfähigkeit (IV.3.), Auswirkungen von Arbeitsmarkt, Lohnfindung, industriellen Beziehungen, beruflicher Ausbildung bzw. Qualifikation und Mindestlohn auf Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit (IV.5.). Eine weitere Erkenntnis war, dass sich für künftige Forschung die Mikroperspektive, also die Unternehmensebene, als viel versprechend anbietet. Aufgrund seiner Komplexität scheint es ange raten, das Thema Wettbewerbsfähigkeit/Innovation nicht als solches vorzugeben; wohl aber sollte es als Dimension in den auszuschreibenden Themenfeldern vorrangig präsent sein.

IV.5. Seminar: Entwicklungen des Arbeitsmarkts (Paris, 3.7.14)

IV.5.1. Allgemeine Bemerkungen

Dieses Seminar befasste sich mit Kernproblemen des Arbeitsmarkts in Frankreich und Deutschland. In einem multidisziplinären Ansatz wurden die großen Herausforderungen für die Arbeitsmärkte in Frankreich und Deutschland herausgearbeitet und in den europäischen Kontext gestellt. Der erste Schwerpunkt der Tagung betraf die Reform des Arbeitsmarktes und ihre Auswirkungen, der zweite die Dynamik der Lohnfindung und der Mindestlöhne im Zusammenhang mit Fragen der Wettbewerbsfähigkeit und der Qualität der Arbeitsplätze. Anschließend wurde die Entwicklung der geografischen Mobilität in Europa und ihre Auswirkung auf die Allokation von Arbeitskräften behandelt. Eine vierte Diskussionsrunde erörterte Fragen der Anpassung zwischen Angebot und Nachfrage an Arbeitskräften, insbesondere

unter dem Aspekt des Übergangs zwischen Schule/Ausbildung und Berufsleben.

Fragen der Arbeitsmarktpolitik, der Lohnfindung und der beruflichen Ausbildung sind weitgehend durch nationalspezifische Strukturen, Entwicklungen und Politiken geprägt. Dementsprechend ist der wissenschaftliche Dialog weniger fortgeschritten als bei stärker europäischen Themen wie etwa der makroökonomischen Politik. Dennoch wurde die europäische Dimension auch der nationalen Politiken deutlich: Im Zuge eines permanenten *benchmarks* orientiert man sich an funktionierenden Modellen europäischer Nachbarn, und nationale Maßnahmen können positive oder negative Auswirkungen (*spill-over*-Effekte) auf die Nachbarländer haben. Daraus erklärt sich ein hohes politisches, aber auch wissenschaftliches Interesse an den Entwicklungen in Deutschland: So ist das deutsche duale Modell der beruflichen Erstausbildung seit Jahrzehnten Gegenstand von Analysen, und vor dem Hintergrund der aktuellen Reformdiskussionen sind die „Hartz-Reformen“ des Arbeitsmarkts 2003-2005 Gegenstand zahlreicher Analysen und Tagungen in Frankreich gewesen. Allerdings waren auch diese oft stark von innenpolitischen Kontroversen geprägt und überlagert.⁴⁴

Insofern war es wichtig, diese Fragen in das Seminar aufzunehmen. Die Beiträge erlaubten einen differenzierten Blick auf die Funktionsweise der Arbeitsmärkte und die Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen; dabei hat sich wie auch in den vorhergehenden Seminaren eine relativ große Grundübereinstimmung zwischen den anwesenden Wissenschaftlern ergeben. Auf dieser Grundlage konnten auch gemeinsam offene Fragen an die Forschung formuliert werden.

Inhaltlich sollten die Debatten zum Arbeitsmarkt auch im Zusammenhang mit den anderen Seminaren gesehen werden, in erster Linie mit dem Seminar zur Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit. Auch wenn dies zu wenig direkt thematisiert wurde: Die behandelten Kernfragen (Funktionsweise, Defizite und Reform der Arbeitsmärkte, Lohnfindung und Ausgestaltung des Mindestlohns, europäische Mobilität von Arbeitskräften, berufliche Ausbildung und Beschäftigung) haben

44 Zu den Positionen vgl. exemplarisch die extrem „Schröder-kritische“ Position von Guillaume Duval: *Made in Germany. Le modèle allemand au-delà des mythes*, Paris: Seuil 2013; dagegen die positive Sichtweise von Alain Fabre: *Allemagne: miracle de l'emploi ou désastre social?* Paris: Institut de l'entreprise 2013.

direkten Bezug zur ökonomischen Entwicklung: Produktionsmodell, kostengebundene Wettbewerbsfähigkeit, Reallokation der Arbeitskräfte und Strukturwandel u.v.m. In Bezug auf künftige Forschung sollte dieser Zusammenhang zwischen sozialen und ökonomischen Dimensionen im Auge behalten werden.

IV.5.2. Inhaltliche Fragestellungen

1. *Dysfunktionen und Reformbedarf des Arbeitsmarkts in Frankreich:*
Wenig überraschend war zunächst die Asymmetrie der Debatten, in der sich die unterschiedlichen nationalen Situationen widerspiegeln: Während nach zehn Jahren Hartz-Reformen auch empirische Erkenntnisse über die sozialen und ökonomischen Auswirkungen vorliegen und erste Schlussfolgerungen erlauben, hat Frankreich entsprechende Reformen noch vor sich.

Die Dysfunktionen des französischen Arbeitsmarkts sind mittlerweile durch zahlreiche Expertenberichte gut belegt. Frankreich hat hier kein Analyseproblem. Diese Dysfunktionen sind zurückzuführen auf hohe Lohnkosten (hoher, staatlich festgesetzter Mindestlohn und eine Lohndynamik, die von der Situation des Arbeitsmarkts entkoppelt ist), starre Regeln bei den Norm-Arbeitsverträgen (mit entsprechenden Ausweichreaktionen der Arbeitgeber, die zur Zunahme atypischer Arbeitsverträge führen), Defizite der beruflichen Ausbildung, die den Übergang zwischen Schule und Beruf unzureichend gewährleistet (mit entsprechend hoher Arbeitslosigkeit insbesondere bei jungen und bei schlecht qualifizierten Menschen). Eine Reihe von Maßnahmen und Reformen haben in der Vergangenheit versucht, die Dysfunktionen zu überwinden: etwa die Entlastung der Arbeitgeber von Sozialversicherungsbeiträgen bei niedrig qualifizierten Beschäftigten, eine durch die Tarifparteien 2012/13 ausgehandelte vorsichtige Reform des Arbeitsmarktes, die Reform der Arbeitsverwaltung oder Gesetze zur Förderung der dualen Lehrlingsausbildung (2014). Die Logik der beteiligten Akteure (Staat, Unternehmen, Verbände, Gewerkschaften) bleibt komplex, widersprüchlich und oft antagonistisch, was die Governance etwa eines Systems der dualen Ausbildung erschwert. Ferner bleibt deshalb die Realisierung politischer Reformen unter aktiver Einbeziehung der Sozialpartner schwierig;

dazu kommt die Zersplitterung der Gewerkschaftslandschaft. Zwar sieht ein Gesetz aus dem Jahr 2005 die systematische Einbeziehung der Sozialpartner bei Gesetzesvorhaben vor, aber die bisherige Praxis bleibt ernüchternd.

Kein Wunder, dass sich viele Blicke auf Deutschland richten, das nach 2003 mit den Reformen der Regierung Schröder strukturelle Veränderungen des Arbeitsmarkts realisiert hat. Einer der bemerkenswerten Erträge dieses Seminars war, dass die „Hartz-Kontroverse“ aus ihrer Polarisierung und thematischen Verengung gelöst werden konnte und damit eine differenziertere Sicht auf die Ursachen der positiven Arbeitsmarktentwicklung der vergangenen Jahre in Deutschland ermöglicht wurde.

2. *Hartz-Reformen und ihr Kontext:* Wenngleich in der wissenschaftlichen Debatte der Stellenwert der Hartz-Reformen unterschiedlich eingeschätzt wird,⁴⁵ wird doch klar, dass diese Reformen in einem weiteren Kontext gesehen werden müssen und nicht alleine die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland bewirkt haben. Diese Reformen haben sicherlich zur Deregulierung des Arbeitsmarktes beigetragen (durch Lockerung der Regeln für geringfügige Beschäftigung und Zeitarbeit) und vor allem die „Aktivierung“ der Arbeitslosen durch Anreize zur Wiederaufnahme einer Beschäftigung verfolgt; dadurch ist die Effizienz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente verbessert und die Beschäftigungsquote erhöht worden⁴⁶, mit der Folge, dass der Arbeitsmarkt bei Ausbruch der großen Rezession 2008/09 in einer robusteren Verfassung war.

Indessen ist auf zwei weitere Faktoren hinzuweisen, die zur günstigen Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland wesentlich (und für einige Autoren entscheidend) beigetragen haben: Schon seit Beginn der 1990er Jahre, auch als Antwort auf die Herausforderung der Wiedervereinigung, ist die intrinsische Flexibilität des Systems der Tarifbeziehungen verstärkt worden, indem die Sozialpartner über Öffnungsklauseln und Unternehmenspakte die Lohn-

45 Hier exemplarisch: Rinne, U. und K. F. Zimmermann: „Is Germany the North Star of Labor Market Policy?“ In: IMF Economic Review, 61, S.702-729; Christian Dustmann et al: „From Sick Man of Europe to Economic Superstar: Germany's Resurgent Economy“, in: Journal of Economic Perspectives, Vol. 28, Nr.1, Winter 2014, S. 167-188.

46 Rinne / Zimmermann, a.a.O., S.9.

und Arbeitszeitpolitik dezentralisiert und flexibilisiert haben. Im Pforzheimer Abkommen von 2004 zwischen der IG Metall und Gesamtmetall wurden in krisenbedrohten Unternehmen unter bestimmten Bedingungen Abweichungen von geltenden Tarifverträgen ermöglicht; darüber hinaus verbesserten die zwischen Unternehmensleitungen und Betriebsräten ausgehandelten Unternehmenspakete zur Standort- und Beschäftigungssicherung und Wettbewerbsfähigkeit die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen in der Globalisierung. Die Anpassung an veränderte globale Wettbewerbsbedingungen verlief mithin kontinuierlich über einen längeren Zeitraum und über mehrere Kanäle, die neben der Politik auch die Sozialpartner und vor allem die Akteure in den Unternehmen umfassen.

Zum anderen haben Politik und Sozialpartner auf die Krise 2008/09 mit diskretionären Maßnahmen geantwortet (Konjunkturprogramme, Ausweitung des Instruments der Kurzarbeit) und damit den durch die weltweite Krise verursachten kurzfristigen Nachfrageschock auffangen können.

Auch was die oft diskutierten negativen Nebenwirkungen der Hartz-Reformen angeht, müssen die Auswirkungen differenziert betrachtet werden. So ist das Niveau der Armut in Beschäftigung (*working poor*) mit ca. 1,3 Millionen betroffenen Personen eher stabil geblieben und im internationalen Vergleich nicht auffällig hoch. Auch die Lohnungleichheit ist keine direkte Folge der Hartz-Reformen, sondern bereits seit 1995 zu beobachten; allerdings haben die Reformen die Zahl der Beschäftigten mit Niedriglöhnen erhöht. Auch die Dualisierung des Arbeitsmarktes (durch die wachsende Bedeutung atypischer Beschäftigungsformen), die in Deutschland im Vergleich zu Frankreich stärker ist, hat schon seit Anfang der 1990er Jahre eingesetzt.

3. *Lehren aus den deutschen Erfahrungen für die europäischen Nachbarn:* Unabhängig von unterschiedlichen Akzentsetzungen und Bewertungen herrschte Einigkeit darüber, dass es nicht um den „Export“ der Hartz-Reformen gehen kann, da die Voraussetzungen in jedem Land andere sind. Dennoch verweisen vergleichende Studien darauf, dass die Flexibilisierung von stark reglementierten Arbeitsmärkten in einigen Ländern eine wichtige Rolle für die Beschäftigungsdynamik gespielt hat. Für die Unternehmen ist Wett-

bewerbsfähigkeit nicht allein eine Frage der Arbeitskosten, sondern auch eine Frage der Flexibilität. Strukturelle Probleme (wie mangelnde Flexibilität), so ein Beitrag während der Tagung, lassen sich nicht durch fiskalische Maßnahmen kompensieren. Rigide Arbeitsmärkte wirken sich demgegenüber als Bremse für neue Arbeitsplätze aus, was besonders junge Berufseinsteiger und bestimmte Problemgruppen trifft. Die Flexibilisierung lässt sich mit der Dezentralisierung der Tarifbeziehungen hin zur Unternehmensebene erreichen, womit eine ausgehandelte Flexibilisierung über eine Differenzierung von Löhnen und Arbeitszeiten je nach ökonomischer Lage und Produktivität der Branchen und Unternehmen ermöglicht wird.⁴⁷ In Ländern, die über relativ großzügige Mindestlöhne und Arbeitslosenleistungen verfügen, sind Aktivierungs- und Requalifizierungsinstrumente gefragt, um den Arbeitsmarkt funktionsfähig zu gestalten.

Trotz der hier referierten Erkenntnisse bleibt ein Feld für weitere Forschung bestehen. Dies betrifft zum einen den Vergleich der Arbeitsmarktentwicklung und die Evaluierung nationaler Reformpolitiken, etwa am Beispiel Deutschlands: Angesichts zahlreicher beteiligter Einflussfaktoren (Ausgangslage, politische, soziale und makroökonomische Rahmenbedingungen, endogene Reaktionen der Unternehmen, Reformen der Regierung usw.) ist es nicht leicht, die jeweiligen Faktoren zu isolieren. Zum anderen können vergleichende empirische Untersuchungen sich an den generellen Spannungslinien der Arbeitsmarktpolitik und den damit verbundenen Leitfragen bezüglich möglicher trade-offs zwischen den Politiken ausrichten: Ist eine stärkere Liberalisierung bzw. eine größere Heterogenität des Arbeitsmarktes die Voraussetzung für einen hohen Beschäftigungsstand? Welche Wirkungen und (unerwünschten) Nebenwirkungen hat die Einrichtung eines Niedriglohnsektors und von Aktivierungsinstrumenten auf Quantität und Qualität der Beschäftigung? Gibt es eine optimale Balance zwischen Flexibilität und Sicherheit?

4. *Lohnfindung, Mindestlohn und Wettbewerbsfähigkeit*: Die Debatte über einen allgemeinen Mindestlohn und seine möglichen vertei-

47 So Dustmann et al., a.a.O., S.184: „...reforms that would target the system of industrial relations by decentralizing bargaining to the firm level while keeping workers' representatives involved to secure that employers benefit again when economic conditions improve.“

lungspolitischen, sozialen und ökonomischen Auswirkungen wurde in den breiteren Rahmen der Lohnfindungs- und Tarifvertragssysteme gestellt. In dieser Hinsicht ist die Situation in beiden Ländern durch starke Kontraste gekennzeichnet. In Frankreich existiert seit langem ein einheitlicher, branchenübergreifender Mindestlohn (SMIC: *Salaire minimum interprofessionnel de croissance*), der im Niveau (absolut und relativ zum nationalen Medianlohn) zu den höchsten in Europa zählt. Er wird von der Regierung (nach Konsultation der Tarifpartner) festgelegt; die Lohnanpassung erfolgt nach strikten Regeln, die eine Quasi-Indexierung an den Preisindex bedeuten und insgesamt „lohntreibend“ wirken; dazu kommt eine diskretionäre, verteilungspolitische Komponente. Um negative Auswirkungen auf Lohnkosten und Beschäftigung auszugleichen, sind die Unternehmen wiederholt entlastet worden, indem die Arbeitgeber-Sozialversicherungsbeiträge für die unteren Lohngruppen (z.B. bis zum 1,6-Fachen des SMIC) gesenkt wurden. Diese Subventionen belaufen sich auf jährlich 22 Mrd. Euro (+ 5 Mrd. infolge neuer geplanter Maßnahmen 2014). Die herausragende Rolle des Staates wird auch unterstrichen durch die hohe Tarifbindung in Frankreich (95% der Beschäftigten). Diese ist in erster Linie der staatlichen Praxis der Allgemeinverbindlichkeitserklärung zu verdanken, die die ansonsten sehr lückenhafte Tarifvertragslandschaft kompensiert.

In Deutschland existierten bislang lediglich ausgehandelte Branchen-Mindestlöhne; erst ab 1.1.2015 wird ein allgemeiner Mindestlohn eingeführt, dessen Höhe auf 8,50 Euro gesetzlich festgesetzt worden ist. Künftige Erhöhungen (frühestens ab 1.1.2017) aber werden von einer paritätischen, aus Vertretern der Sozialpartner bestehenden Kommission festgelegt. Damit soll auch in Zukunft die Lohnentwicklung von den Tarifvertragspartnern – und nicht wie in Frankreich vom Staat – bestimmt werden. Eines der Ergebnisse ist, dass die Lohndynamik in Frankreich wesentlich politisch gesteuert und abgekoppelt von der Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Beschäftigungssituation ist, während

die Tarifpartner in Deutschland stärker auf diese Signale reagieren.⁴⁸

5. *Die Auswirkungen des flächendeckenden Mindestlohnes* bildeten einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion. Sicher ist, dass ein hoher Mindestlohn wie in Frankreich starke Anstoßeffekte auf das Tariflohngefüge hat. Auch trägt er zur relativen Einebnung der Lohn-Ungleichheiten bei. Demgegenüber sind nur geringe Effekte auf die verfügbaren Einkommen zu verzeichnen. Zur Bekämpfung der Armut, so wurde mehrfach konstatiert, ist der Mindestlohn ungeeignet.

Die Frage einer möglichen Harmonisierung der Mindestlöhne auf europäischer Ebene wurde nur kurz gestreift. In diesem Zusammenhang wurde auf eine Studie verwiesen, die in der Schatzabteilung (*Direction du Trésor*) des französischen Finanzministeriums entstanden ist und die entsprechende Vorschläge unterbreitet. Angesichts der nicht vorhandenen vertraglichen Möglichkeiten wird vorgeschlagen, sich auf einen Prozentsatz des jeweiligen nationalen Medianlohnes zu einigen. „Set at an adequate level, a European minimum wage standard could help to support living standards for the lowest-paid workers and improve the functioning of the European economy. (...) In the European Union as a whole, a common minimum wage standard could lessen the prospects of social dumping and help prevent excessive wage competition.“⁴⁹ In der Diskussion wurden indessen überwiegend Zweifel am Sinn und Nutzen einer derartigen europäischen Harmonisierung geäußert.

Ansonsten ergeben sich gerade zu den Folgen des allgemeinen Mindestlohnes zahlreiche ungeklärte Fragen an die Forschung. Ein erster Komplex umfasst die Auswirkungen von Mindestlohnregelungen auf das Lohngefüge und die lohnkostengebundene Wettbewerbsfähigkeit; ein weiterer die verteilungspolitischen Folgen. Dabei wäre nach Branchen und Produktspezialisierung der Unternehmen zu differenzieren. Darüber hinaus wäre die Beeinflussung

48 Vgl. dazu Patrick Artus: „Le fonctionnement du marché du travail est très différent de ce qu'il est en Allemagne, en Espagne et en Italie: comprend-on pourquoi?“ *Natixis Flash-Economie*, Nr. 621, 21.9.2012.

49 „Mapping out the options for a European minimum wage standard“, *Tresor-Economics* Nr. 133, July 2014.

des Arbeitsangebots, der Beschäftigungs- und Sektorenstruktur durch Mindestlohnregelungen zu untersuchen: Inwieweit kann ein hoher Mindestlohn ein negativer Anreiz für die Bereitschaft zur Qualifizierung bzw. Weiterqualifizierung oder das Bildungsverhalten generell sein? Inwieweit können Dispositive wie in Frankreich (hoher Mindestlohn; starke Entlastung von Arbeitgeber-Sozialabgaben bei niedrigen Löhnen) die Produktivität, die Spezialisierung der Unternehmen und damit die strukturelle Entwicklung der Wirtschaft beeinflussen? Zugespitzt gefragt: Inwieweit stellen sie, infolge der Subventionierung niedrig bezahlter und in der Regel wenig qualifizierter Beschäftigung, eine Bremse für ein *Upgrading* der Produktpalette hin zu höherwertigen Produkten dar? Schließlich ist auch der Zusammenhang zwischen einem allgemeinen Mindestlohn und dem System der Tarifbeziehungen ein lohnender Untersuchungsgegenstand. Inwieweit ändert sich die Rolle und die Strategie der Tarifpartner? Könnten die Gewerkschaften versucht sein, die Lohnentwicklung künftig stärker über politische Einflussnahme als über Verhandlungen in Branchen und Unternehmen zu beeinflussen? Dies könnte bedeuten, dass sich die Kopplung der Lohnfindung an die konkreten Bedingungen der Branche (Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit) lockert.

Angesichts der in Europa vorhandenen starken Unterschiede legen alle diese Fragen vergleichende Untersuchungen nahe. Dabei wären zum einen Untersuchungsdesigns notwendig, die neben formalen und quantitativen Aspekten auch die institutionelle und prozedurale Ausgestaltung der Mindestlohnregelungen einbezieht und auch den generellen Kontext der Lohnfindungs- und Tarifvertragssysteme berücksichtigt. Zum anderen bietet sich gerade wegen dieser komplexen Zusammenhänge der Ansatz mikrobasierter Evaluierungsforschungen an, z.B. in Unternehmen verschiedener Länder in ähnlichen Branchen bzw. Produktionssegmenten.

6. *Mobilität der Arbeitskräfte in Europa*: Für die Anpassung zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage spielt die Mobilität der Arbeitskräfte eine entscheidende Rolle – auf regionaler und nationaler, aber zunehmend auch auf europäischer Ebene. Aus europäischer Sicht zählt die effektive Freizügigkeit der Arbeit zum Kern des Binnenmarktes, und heute kann die Integration der Arbeitsmärkte als Kern des europäischen Integrationsprojektes bezeichnet werden.

Für die künftige europäische Wettbewerbsfähigkeit und ihr Wachstum stellt die Nutzung der Potenziale, die in einer stärkeren Mobilität der Arbeit liegen, einen wichtigen Faktor dar. Deshalb widmete sich die dritte Diskussionsrunde diesen Fragen. Es ging zunächst um Ausmaß, Dynamik und Charakteristika der innereuropäischen Migrationsströme; ferner wurden Mobilitätshemmnisse in Europa identifiziert sowie Fragen nach ökonomischen und sozialen Wirkungen der Migration gestellt.

Was die Migrationsströme in Europa betrifft, so ist ihr Niveau deutlich geringer als in den USA (Anteil von Arbeitsmigranten an der Gesamtbevölkerung: 0,05% gegenüber 2,72% in den USA), was auf eine Reihe von Migrationsbarrieren verweist. Diese unzureichende Arbeitsmobilität ist in empirischen Analysen als ein Hauptgrund für die europäische Wachstums- und Beschäftigungskrise identifiziert worden. Vergleiche der Migrationsraten und -strukturen der EU-Mitgliedsländer offenbaren zahlreiche signifikante Unterschiede. So ist der Strom der Emigranten aus den neuen Beitrittsländern der EU im Osten und Südosten deutlich stärker als derjenige aus den südlichen Krisenstaaten: Die Ost-West-Migration ist bedeutender als die Süd-Nord-Wanderung. Die Migranten sind im Vergleich zur aufnehmenden Gesellschaft jünger und besser ausgebildet und haben kein größeres Risiko, arbeitslos zu werden (wobei auch angemerkt wurde, dass die Qualifikationen der Migranten im Zielland oft nicht voll genutzt werden). Empirische Studien zeigen ferner, dass Migranten weder die Löhne nach unten drücken noch Einheimischen Arbeitsplätze wegnehmen. Diese Fakten dementieren die in der politischen Diskussion verwendeten Begriffe der Armuts- (oder Wohlfahrts-) Einwanderung. Dennoch müssen Akzeptanzprobleme gegenüber Arbeitsmigration, wie sie etwa im Referendum in der Schweiz oder auch den Wahlerfolgen europaskeptischer und einwandererfeindlicher Parteien zum Ausdruck kommen, ernst genommen werden.

Wiederholt wurde auf Probleme der Datenbasis verwiesen, wenn es um die empirische Erfassung von Migrationsdynamiken geht. Es sei wesentlich einfacher, mit den entsprechenden personenbezogenen Daten der USA (*American Community Survey*) zu arbeiten als mit den dem europäischen Datensystem (*European Labour Force Survey*). In diesem Zusammenhang wurde auf die

hohe Bedeutung konzerninterner Arbeitsmobilität verwiesen (die zeitweilige Entsendung von Beschäftigten nach Ländern in Europa betrifft ca. 1 Million Personen). Ferner ist die wachsende Bedeutung zirkulärer Migration, d.h. die Rückkehr von Migranten in ihr Ursprungsland bzw. der mehrfache Wechsel zwischen Ursprungs- und Zielland, zu beachten.

Als hauptsächliche Barrieren für Arbeitsmigration in Europa wurden verschiedene Faktoren ausgemacht. In erster Linie sind es sprachliche und damit verbundene kulturelle Barrieren, die sich auswirken. Daneben hemmen in manchen Bereichen die Existenz überwiegend national ausgerichteter und für Außenstehende abgeschotteter Verbands- und Berufsnetzwerke (*segregated networks*) den Zugang von Migranten zu Arbeitsplätzen. Mobilitätshemmende Vorschriften des Steuersystems und der Sozialversicherung und formale Barrieren (Anerkennung von beruflichen Qualifikationen) sind weitere Faktoren.

7. *Offene Forschungsfragen zur Migrationsdynamik:* Diese richten sich zum einen auf das Verständnis der Migrationsdynamiken auf europäischer, aber auch nationaler und regionaler Ebene, was weitere empirische Analysen in Bezug auf quantitative Entwicklung und Charakteristika der Migrantenströme (berufliche Qualifikationen, Motivationen der Migranten; temporäre, dauerhafte oder zirkuläre Migration usw.), ihre (sozialen, ökonomischen, politischen) Bestimmungsfaktoren sowohl in den Herkunfts- als auch in den Bestimmungsländern betrifft. In diesem Zusammenhang könnten Fallstudien in Grenzregionen präzisere Aufschlüsse zu Wanderungsmustern und ihren treibenden/hemmenden Faktoren liefern.

Zum anderen besteht ein offensichtlicher Bedarf an Studien zu den Auswirkungen der Migration: Bedeutet die Emigration vorwiegend junger, gut ausgebildeter Menschen für die Ursprungsländer eine soziale Destabilisierung und ein Hemmnis für weitere wirtschaftliche Entwicklung (z.B. durch *brain drain*)? In welchem Ausmaß kann sie umgekehrt positive Impulse für Wirtschaft und Gesellschaft des Ursprungslandes setzen, etwa indem bei hoher Arbeitslosigkeit der Arbeitsmarkt entspannt wird oder indem Rückkehrer oder „Pendler“ (zirkuläre Migration) Impulse für eine Öffnung und Erneuerung setzen? Was die Zielländer betrifft, so sind die durch Zuwanderung möglicherweise ausgelösten makro-

ökonomischen bzw. längerfristigen qualitativen Wachstumsimpulse (z.B. durch Beseitigung von Engpässen bei Fachkräften oder über Innovationsimpulse durch ausländische Forscher⁵⁰) interessante Fragestellungen. Weitere Fragen stellen sich in Bezug auf die Folgen für politisches Handeln auf nationaler (Erfolgsfaktoren für eine Anwerbepolitik; möglicher trade-off zwischen Anwerbung und Investitionen in Bildung, Aus- und Weiterbildung der heimischen Erwerbspersonen) sowie auf europäischer Ebene (Politik der Mobilitätsförderung).

8. *Ausbildung und Beschäftigung*: Eine wichtige Schnittstelle des Matching-Prozesses zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage stellt der Übergang zwischen Bildung/Ausbildung und Beruf dar. Generell kann festgestellt werden, dass diejenigen Systeme der beruflichen Erstausbildung, die duale Formen zwischen Schule und beruflicher Praxis anbieten, eine bessere berufliche Eingliederung jugendlicher Schulabgänger aufweisen (Deutschland, Österreich, Schweiz, Niederlande, skandinavische Länder). Gemessen daran, ist der Kontrast zwischen Deutschland und Frankreich groß: Während in Frankreich jährlich ca. 130.000 Jugendliche eine Lehrlingsausbildung beginnen (das entspricht 15% des jeweiligen Jahrgangs), sind es in Deutschland 530.000 Personen (52%). Dies liegt daran, dass die Tradition des dualen Modells in Deutschland seit langem existiert, praktisch in allen Sektoren der Wirtschaft präsent ist und trotz einiger Probleme weiterhin gut funktioniert, während sich die Lehrlingsausbildung in Frankreich auf das Handwerk, den Einzelhandel und einige wenige industrielle Berufe beschränkt und lange Zeit deutlich weniger angesehen war. Zudem ist die Kooperation zwischen Schulsystem, Kammern, Unternehmen und Sozialpartnern, die eine wesentliche Grundlage des deutschen Systems bildet und seine Governance bestimmt, in Frankreich ebenso wenig selbstverständlich wie die Bereitschaft der Unternehmen, in die berufliche Ausbildung zu investieren. Dazu kommt, dass das französische Bildungssystem stärker auf allgemeine Bildungsziele (Abitur) setzt. Erst seit den 1980er Jahren haben sich Unternehmen stärker engagiert und sind duale Formen der beruf-

50 In diesem Zusammenhang wurde auf das Silicon Valley verwiesen, wo offensichtlich ein hoher Anteil von Migranten arbeitet.

lichen Ausbildung (*formation en alternance*) entwickelt und gefördert worden.

9. *Problemfelder:* Unabhängig von diesen systemischen Gegensätzen, die wie in anderen Bereichen direkte „Importe“ von Modellen verbieten, gibt es eine Reihe von Problemzonen, die beide Länder betreffen und die auf dem Seminar thematisiert wurden. Dies betrifft zum einen den Trend der Akademisierung: Der Anteil der Abiturienten und Studenten an einem Jahrgang hat sich signifikant erhöht (wobei er in Frankreich deutlich höher ist); in Deutschland stagniert die Zahl der Lehrlinge bei 550.000, während die Zahl der Abiturienten sich seit den 1990er Jahren von 250.000 auf 500.000 nahezu verdoppelt hat. Dabei wäre analytisch zu unterscheiden zwischen dem Strukturwandel der Wirtschaft, der auch mehr höherwertige akademische Berufe bzw. Qualifikationen nachfragt, und einer Akademisierung ohne Rückkoppelung mit dem Arbeitsmarkt, die am Bedarf vorbei auszubilden droht (vgl. den Trend zur Häufung akademischer Diplome in Frankreich). Eine zweite damit verbundene Herausforderung betrifft generell Diskrepanzen zwischen Ausbildung und Bedarf, der z.B. im dualen System Deutschlands zu wachsenden Engpässen in bestimmten Berufen führt. Ein drittes Problem stellt die hohe Zahl von Jugendlichen ohne schulische bzw. berufliche Qualifikation dar. Das betrifft in Deutschland 14% der arbeitsfähigen Bevölkerung, die nicht in den Genuss einer Lehrlingsausbildung kommen; insofern weist das duale System auch segmentierende, spaltende Auswirkungen auf. Alle diese Probleme stellen die Systeme der beruflichen Ausbildung vor Anpassungsprobleme. Ein teilweise sich schon abzeichnender Trend ist die wechselseitige Durchdringung akademischer und beruflicher Ausbildung („Akademisierung der beruflichen, Verberuflichung der akademischen Ausbildung“); eine andere Baustelle betrifft den Kampf gegen Schulversagen, eventuell gekoppelt mit entsprechend angepassten (niederschwelligeren) beruflichen Ausbildungsgängen. Generell stellt sich die Frage nach der Anpassungsfähigkeit der Ausbildungssysteme an den wirtschaftlichen und technischen Wandel und entsprechend sich ändernden Tätigkeitsprofilen. Vergleichende Analysen zur Funktionsweise und den Erfolgsfaktoren nationaler Systeme beruflicher Ausbildung haben generell zu beachten, dass die entsprechenden

Instrumente und Organisationsformen in spezifische ökonomische, soziale und politische Rahmenbedingungen eingebettet sind, die nicht ohne weiteres transferierbar, aber für das Funktionieren des jeweiligen Systems konstitutiv sind (Zusammenhang mit dem Produktionsmodell – vgl. die tragende Rolle des Facharbeiters in der Arbeitsorganisation von Industrieunternehmen –, mit der Bereitschaft der Unternehmen, in Ausbildung als öffentliches Gut zu investieren, Qualität der sozialen Beziehungen usw.).

IV.5.3. Perspektiven

Das Seminar hat die vielfältige und zentrale Bedeutung der Arbeitsmärkte für die ökonomische Entwicklung offengelegt, vor allem in Bezug auf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit (vgl. IV.4.). Dabei hat sich das Zusammenspiel zwischen Arbeitsmarktregeln (und ihrer Reform) und dem Verhalten der Sozialpartner bzw. der Akteure in den Unternehmen als wesentlich für die notwendige Flexibilität erwiesen, die die Unternehmen zur Anpassung an Veränderungen auf den Weltmärkten und an den Strukturwandel benötigen. Auch die Bedeutung eines funktionierenden Systems dualer beruflicher Ausbildung für den Übergang von Schule zum Berufsleben und die Beschäftigung besonders der jungen Menschen, aber auch für Produktionsmodelle und Wettbewerbsfähigkeit wurde deutlich. Wenngleich die Debatten teilweise etwas asymmetrisch erschienen, weil sie vor allem deutsche Stärken bzw. Erfolge herausstellten, denen französische Desiderate gegenüberstehen, wurden auch übergreifende, beide Länder betreffende Problemfelder identifiziert: etwa die Schwierigkeiten von Schulabgängern ohne Abschluss, die unsicheren Perspektiven der zunehmenden Akademisierung, die Anpassungsprobleme der dualen Ausbildung an den Strukturwandel sowie die bestehenden Barrieren für die – in Europa bislang unzureichende – geographische Mobilität und einen stärker integrierten europäischen Arbeitsmarkt.

IV.6. Fazit

Einige Erfahrungen bei der Organisation dieser deutsch-französischen Veranstaltungen sind festzuhalten. Im Rückblick ergeben sich, neben

den inhaltlichen Aspekten, einige Beobachtungen, die für mögliche weitere Forschungsinitiativen von Bedeutung sein könnten.

Für die vier Seminare gilt, dass ausnahmslos alle relevanten und fachlich hochrangigen Einrichtungen und Forscherpersönlichkeiten ihre Teilnahme zugesagt haben. Dies gilt für die großen Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland ebenso wie für das Netzwerk von französischen Ökonomen, die teils an französischen Universitäten, in privaten (oder auch staatlichen) Unternehmen, teils auch im Ausland arbeiten. Die große Bereitschaft, sich an der Initiative zu beteiligen, zeigt deutlich, dass ein reeller Bedarf am fachlichen Austausch mit den Kollegen des Nachbarlandes besteht und dass auch die renommiertesten Experten einen erhöhten Forschungsbedarf sehen.

Was die Teilnehmer im Einzelnen betrifft, so kamen strukturelle Unterschiede zwischen der deutschen und der französischen Forschungslandschaft zum Tragen. Sowohl die deutschen Universitäten als auch die außeruniversitären Forschungsinstitute sind unabhängige Einrichtungen, auch wenn sie politikrelevante Forschung betreiben. Am deutlichsten wird dies beim Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die von der Regierung ernannten Mitglieder sind aufgerufen, die Politik bei ihren Entscheidungen zu beraten – dies tun sie durch das Jahresgutachten, Sondergutachten und weitere Expertisen im Auftrag der Bundesregierung, mit Urteilen und Positionen, die keineswegs immer die Linie der aktuellen Regierung stützen. Demgegenüber ist das französische Äquivalent, der *Conseil d'analyse économique* (CAE), dem Premierminister zugeordnet, der auch Präsident des Gremiums ist (in der Praxis wird der Vorsitz von einem vom Premierminister ernannten „delegierten Präsidenten“ wahrgenommen). Frankreich hat nur wenige große unabhängige Wirtschaftsforschungsinstitute (Ausnahmen sind z.B. *Coe-Rexecode*⁵¹ und das OFCE⁵²). Daneben existieren zahlreiche von der Politik geschaffene Gremien (meist *Conseil pour...* oder *Haut Conseil* betitelt), die mit Wissenschaftlern bestückt sind und ebenfalls Politikberatung zur Aufgabe haben. Der Unterschied, der trotz aller Annäherungen weiterhin zu bestehen scheint, betrifft die Gewichtsverteilung von „Wirtschaft“ und „Politik“. Im Namen der „wirtschaftlichen Ver-

51 *Coe-Rexecode* = Centre d'observation économique et de Recherche pour l'Expansion de l'économie et le Développement des Entreprises

52 *OFCE* = Observatoire français des conjonctures économiques

nunft“ können in der deutschen Diskussion sehr gewichtige Argumente entwickelt werden, denen sich die Politik nur schwer entziehen kann; in Frankreich werden eher politische Argumente die Oberhand behalten.

Bei der Behandlung der Forschungsthemen durch die deutschen und französischen Experten wurde ein Grundmuster deutlich: Immer dann, wenn es um im engeren Sinne fachwissenschaftliche Fragen ging (Messung der Effizienz von Mittelallokation, Zusammenhang von Steuersystem und Wirtschaftsdynamik, Effekte von Mindestlohnsystemen etc.) gab es keineswegs eine klare Linie zwischen deutschen und französischen Standpunkten. Ganz im Gegenteil: In vielen Fragen bestand sehr weitgehender Konsens, in anderen verliefen die Trennlinien eher zwischen den wissenschaftlichen Schulen als den nationalen Grenzen. Ebenso deutlich wurde aber auch, dass die vermuteten Unterschiede in der Einschätzung und Deutung der Realitäten immer dann auftraten, wenn sich die Fachdiskussion in Richtung des politischen Raums bewegte. Der wissenschaftliche Diskurs „kollidierte“ dann mit dem politischen, normative Argumente wurden über die fachlichen Standpunkte gelegt. Dieser Befund hat auch für die zu entwickelnde Forschungsk Kooperation Folgen, denn es erscheint sinnvoll und erforderlich, sowohl den fachwissenschaftlichen Dialog als auch die Kommunikation mit der Welt administrativer und politischer Praxis zu denken.

V. Optionen für deutsch-französische Forschungsk Kooperation

Zu den Aufgaben, die dem Deutsch-Französischen Institut im Rahmen dieses Forschungsauftrags gestellt wurden, gehören Empfehlungen für unterschiedliche denkbare weitere Schritte zur deutsch-französischen Forschungsk Kooperation im Bereich der Wirtschaftswissenschaften. Forschungsk Kooperation kann, das hat der Überblick über bestehende Programme und Einrichtungen gezeigt, sehr unterschiedliche Formen annehmen. Daher sollen in diesem letzten Kapitel verschiedene Möglichkeiten entwickelt und im Hinblick auf Effizienz und Erreichung der gesetzten Ziele diskutiert werden. Halten wir zu Beginn des abschließenden Kapitels aber zunächst einige Schlüssel-ergebnisse der Untersuchung fest:

- Die Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaftswissenschaften würde eine klar erkennbare Lücke in der deutsch-französischen Wissenschaftskooperation schließen.
- Die (zahlreichen) bestehenden deutsch-französischen Forschungsprogramme scheinen den besonderen Bedürfnissen der Wirtschaftswissenschaften nicht zu entsprechen, jedenfalls werden sie von dieser Disziplin nicht stark genutzt.
- Aus anderen Fachgebieten gibt es gute Erfahrungen mit Programmen, die von einem Fachministerium initiiert wurden.
- Deutsch-französische Forschungsprogramme haben sich in sehr unterschiedlicher Weise strukturiert und administrativ organisiert, in der Regel ist die Beibehaltung der jeweiligen nationalen Förderlogiken (Ausschreibung, juristische Formen usw.) am einfachsten bei der Umsetzung der Programme.
- Die bisher bestehenden Programme im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften können nur in sehr begrenztem Maß auf die drängenden Themen aus Gesellschaft und Politik reagieren, weil die Forschungsthemen nicht vorgegeben werden oder die Rhythmen zu langfristig sind.

Diese Erkenntnisse und die lange Erfahrung mit spezifisch deutsch-französischer Wissenschaftskooperation sowie die Breite der bestehenden Programme sind der Hintergrund, vor dem eine eventuelle neue Initiative zu sehen ist. Den Erfahrungen ist bei der Entwicklung von denkbaren Optionen Rechnung zu tragen.

V.1. Zielsetzungen

Entscheidend für die Frage, welche Kooperationsformen sinnvoll wären, sind die Zielsetzungen weiterer denkbarer Forschungsinitiativen. Einige Zielsetzungen waren bereits vor dieser Untersuchung als politische Ziele vorgegeben, die durch die Machbarkeitsstudie bestätigt oder verworfen werden sollten. Andere Zielsetzungen wiederum sind das Ergebnis der Analyse der bestehenden Kooperationen und kommen somit zu den Zielsetzungen hinzu. Nach heutigem Kenntnisstand sind folgende Ziele gegeben:

- Intensivierung der deutsch-französischen Diskussion über die finanzielle und wirtschaftliche Zukunft Europas auf wissenschaftlicher Grundlage (*Ziel 1*)
- Erzielung von wissenschaftlichem Mehrwert durch die Bündelung von Kapazitäten und Kompetenzen (*Ziel 2*)
- Ausfüllen einer Lücke in der deutsch-französischen Wissenschaftskooperation (*Ziel 3*)
- Ausarbeitung von wissenschaftlich begründeten Erkenntnissen und Empfehlungen zur Unterstützung der politischen Debatten (*Ziel 4*)
- Ausarbeitung von Beiträgen zur öffentlichen Debatte um die Zukunft Europas (*Ziel 5*)
- Erzielung von Ergebnissen in einem mittelfristigen Zeithorizont (zunächst 3 bis 5 Jahre) (*Ziel 6*)

Bei allen weiteren Beratungen wird zwischen den genannten Zielen abzuwägen sein. Teilweise besteht ein Spannungsverhältnis zwischen den genannten Zielen: So ist zu entscheiden, wie das Verhältnis von unabhängiger Forschung und Nähe zur gesellschaftlich-politischen Aktualität aussehen soll (Ziel 1 vs. Ziel 4+5). Es gilt einen Mittelweg zu finden zwischen reiner Politikberatung (nach dem Stil eines Think Tanks wie Bruegel) und aktualitätsferner Grundlagenforschung nach rein innerwissenschaftlichen Kriterien (nach dem Vorbild der Deutschen Forschungsgemeinschaft). Nicht alle Ziele werden zum gleichen Grad zu erreichen sein, aber auf jeden Fall sollten die zu diskutierenden Strukturierungsoptionen keine schon heute erkennbaren Konflikte zwischen den genannten Zielsetzungen zulassen.

Die Aufgabe der vier Forschungsseminare, die Teil des dieser Studie zugrunde liegenden Auftrags waren, bestand in der Ermittlung von verschiedenen Rahmenthemen, die sich als Forschungdesiderata herauskristallisieren. Die Zielsetzungen und die Struktur der Themenbereiche sind wiederum die Grundlage für die Ausarbeitung möglicher Kooperationsstrukturen. Daher sollen im nächsten Schritt die als relevant erarbeiteten Rahmenthemen beschrieben werden.

V.2. Fragestellungen für die Forschungsprojekte

Die Auswahl der nachfolgenden Themenvorschläge wurde auf der Grundlage einer Reihe allgemeiner Kriterien erarbeitet, die sich aus den vorgegebenen Zielsetzungen ableiten und sich ferner im Verlauf der vier Seminare bestätigt haben.

- Zum ersten sollte es sich um breiter angelegte, übergeordnete Themenfelder handeln, die dann bei möglichen weiteren Ausschreibungsverfahren präzisiert, ausdifferenziert und konkretisiert werden. Diese Themenfelder geben demnach einen Rahmen vor, der durch Projekte unterschiedlicher thematischer Zuspitzung und Herangehensweise ausgefüllt werden kann.
- Zweitens bieten sich Fragestellungen an, die multidisziplinäre Zugänge erlauben bzw. interdisziplinär angelegte Projekte fördern. Darin sollte ein Mehrwert gegenüber herkömmlichen fachwissenschaftlich spezialisierten Projekten liegen.
- Drittens implizieren die obigen Zielsetzungen Fragestellungen, die einen Bezug zu den mittelfristigen politischen Agenden in Europa aufweisen; aufgrund der Zeithorizonte (Antragstellung und Projektdauer) ist allerdings eine zu enge Bindung an Tagesaktualität zu vermeiden, und die Projekte sollten wie gesagt nicht den Charakter einer Politikberatung im engeren Sinne haben.
- Viertens erscheint es notwendig, Brücken von der wissenschaftlichen Erschließung von Erkenntnissen zum vorpolitischen Raum zu bauen. Dies kann man durch eine organisatorische Struktur erreichen, die entsprechende Rückkopplungsformen zwischen Wissenschaft und Praxis vorsieht (siehe die angestrebte Vereinbarkeit der Ziele 1 und 4/5).

Unter Berücksichtigung dieser Zielsetzungen und Kriterien erscheinen die folgenden inhaltlichen Themenfelder, die sich bei den Forschungsseminaren herauskristallisiert haben, als besonders vielversprechend:

a) Wohlstand und Wachstum in alternden Gesellschaften

Dieses Themenfeld umfasst die Problematik der Wechselwirkungen zwischen demographischer und ökonomischer Entwicklung: Auswirkungen der Alterung auf Wachstumspotenzial und Innovationskraft,

auf Struktur und Finanzierung der sozialen Sicherung; Folgen für Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik; Investitions-, Konsum- und Sparverhalten einer alternden Gesellschaft und deren Folgen für die Wirtschaftsstruktur. Auch mikroökonomisch ausgerichtete Projekte finden hier ihren Platz: Risiken und Chancen für Unternehmen, Reaktionen (Personalpolitik, Organisation der Arbeits- bzw. Produktionsprozesse, Produktpolitik, neue Märkte).

b) Mobilität der Arbeit im europäischen Binnenmarkt: Voraussetzungen und Hindernisse

Die stärkere Verzahnung der Arbeitsmärkte in Europa über eine effektivere Mobilität der Arbeitskräfte ist ein wesentliches Element zur Vollendung des europäischen Binnenmarkts. Dieses Themenfeld umfasst quantitative wie qualitative Feinanalysen zur Entwicklung und (beruflich-soziologischen) Struktur der Migrationsströme, empirische Untersuchungen zu Mobilitätshemmnissen seitens der Arbeitnehmer, aber auch der möglichen Zielländer (dabei könnten regional begrenzte Analysen z.B. in den Grenzregionen interessant sein) sowie zu Auswirkungen verstärkter Arbeitsmigration auf Herkunfts- wie Zielländer. Dabei wäre auch zu untersuchen, welche finanziellen Implikationen mit der Binnenmigration (oder auch der zirkulären Migration) verbunden sind (Investition in Bildung, Abwanderung von Arbeitskräften, Rückkehrperspektiven, Rentnermigration usw.).

c) Struktureller Wandel und Wettbewerbsfähigkeit

Kernfrage ist, welche Strukturen, Regeln und Instrumente eine Reallokation der Ressourcen und die damit strukturelle Anpassungsfähigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft fördern, und welche Hemmnisse sich dem Strukturwandel entgegenstellen. Ein Fokus könnte in diesem Zusammenhang die Frage nach Kosten und Nutzen von Strukturreformen sein, was gleichermaßen Fragen an ihre inhaltliche Ausrichtung und an die Reform-Methode stellt. Auch die Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt wären in Hinblick auf mögliche Akzeptanz bzw. Ablehnung von Reformen zu berücksichtigen.

Es geht ferner um Themen wie regulative Politik (Wettbewerb, niedrige Barrieren für den Markteintritt), um redistributive und struk-

tursteuernde Politiken (Begleitung und Abfederung des Strukturwandels; Förderung von Schlüsseltechnologien; Industrie- vs. Standortpolitik, usw.), um flexible Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte. Ein weiterer Bereich betrifft die Wissensgesellschaft, die Bildungs-, Ausbildungs- und Forschungspolitik. Unabhängig von den genannten Politikfeldern geht es um die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltungsstrukturen, um eine Evaluierungskultur, die die systematische Prüfung öffentlicher Politiken bzw. Instrumente in Hinblick auf Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit ebenso umfasst wie die Bereitschaft und Fähigkeit der öffentlichen Hand, einmal getroffene Entscheidungen im Lichte der Evaluierungsergebnisse zu revidieren. Auch die Frage nach den inhaltlichen Prioritäten der Ausgabenpolitik – jenseits der bekannten Gegensatzpaare investive vs. konsumptive Ausgaben oder Strukturwandel vs. -protektion – ist angesprochen. Schließlich könnte auch untersucht werden, inwieweit die berufliche Aus- und Weiterbildung den Arbeitnehmern wie den Unternehmen helfen, strukturellen Wandel aktiv zu bewältigen.

d) Unternehmensmodelle und Wettbewerbsfähigkeit

Eine der übergreifenden Erkenntnisse der Seminare war die Bedeutung der mikroökonomischen Ebene für die behandelten Problemstellungen. Dabei geht es um Themen wie unternehmerische Leitbilder, Unternehmensethik, Managementstile, soziale Beziehungen als Faktoren der Anpassungs- und Innovationsfähigkeit, *corporate governance*, Bestimmungsfaktoren unternehmerischer Strategien (z.B. Stakeholder- vs. Shareholderprinzip) und in diesem Zusammenhang Entlohnungssysteme für Beschäftigte und Manager. Des Weiteren sind unternehmenssoziologische Themen angesprochen, die unternehmerischen Netzwerke, die ökonomische Performanz unterschiedlicher Unternehmenstypen, ferner die Frage nach einem für Gründung und Wachstum von Unternehmen förderlichen regulativen und fiskalischen Umfeld. Die (in diesem Zusammenhang nicht unternehmensrechtlich formulierte) Frage, welches Unternehmertum Europa zur Sicherung seiner Wettbewerbsfähigkeit braucht, könnte einen übergreifenden Fokus darstellen.

V.3. Organisatorische Struktur: Optionen

V.3.1. Herausforderungen bei der Gestaltung strukturierter, deutsch-französischer Kooperation

Forschungskooperation und -förderung kann völlig unterschiedliche Formen annehmen. Solange es um die Integration einzelner Forscher in bestehende institutionelle Rahmenbedingungen geht, ergeben sich jenseits der individuellen Planung eines Auslandsaufenthalts keine organisatorischen Probleme. Sobald aber öffentlich geförderte Institutionen (z.B. als ausschreibende oder fördernde Einrichtungen) in Kooperation treten, gilt es auf die strukturelle Problematik zu achten.⁵³

Bei der Konzeption von gezielter Forschungskooperation ist im Auge zu behalten, dass die administrativen Abläufe im jeweils anderen Land respektiert werden – zumindest am Anfang der Kooperation. Jede Institution hat Regeln, die sie, oft infolge von Haushaltsvorschriften der nationalen Rechnungshöfe, berücksichtigen muss. Von daher werden wir bei der abschließenden Aufstellung unterschiedlicher Optionen für die nächsten möglichen Etappen der Forschungskooperation auch diese Dimension im Blick behalten müssen, da sonst viel Energie und auch Ressourcen in administrative Abläufe gesteckt werden, die besser der Forschung zugutekommen sollten.

Die erste Frage, die zu klären ist, betrifft die Projektträger: Soll ein gemeinsamer Projektträger die finanziellen Zuwendungen von beiden Seiten erhalten und verwalten? Wie die Erfahrung zeigt, wird dies eher nicht die Regel sein, aber das Beispiel der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) beweist, dass die Harmonisierung der unterschiedlichen Verfahren hin zu einem gemeinsamen Procedere prinzipiell möglich ist. Wenn die Entscheidung zugunsten zweier getrennter Projektträger fällt (wofür viele praktische Gründe sprechen), hat dies auch Auswirkungen auf die Ausschreibungsverfahren. Gibt es gemeinsame Ausschreibungen, obwohl doch unterschiedliche Regeln der Nachweise bei den Mittelverwendungen und überhaupt bei der

53 Zu diesem für die praktische Umsetzung extrem wichtigen Punkt siehe den aufschlussreichen Beitrag von Achim Haag: „Harmonisation of national research programmes: Enabling joint applications for research projects in basic research“, in Fraunhofer Studie 2013, S. 49-54.

Evaluation gelten? Auch diese Frage ist bei den verschiedenen existierenden Forschungsprogrammen unterschiedlich beantwortet worden. Wenn man die administrative Komplexität der Kooperation im Griff behalten will und vor allem relativ schnell in die operative Forschungsphase eintreten möchte, ist die Respektierung der beiden nationalen Verfahren bei gleichzeitiger Koordinierung der gemeinsamen Programme sicher sinnvoll. Allerdings müssen einige strukturelle Unterschiede der Förderlogik im Interesse guter Zusammenarbeit auch überwunden werden. Das beginnt bei den Förderanträgen: Sollen von den jeweils mindestens zwei Projektpartnern parallele Anträge an die beiden (deutschen und französischen) leitenden Institutionen nach deren Regeln gestellt werden, oder gibt es *einen* Antrag an beide Institutionen? Oder sollen die beiden Kooperationspartner einen miteinander abgestimmten Förderantrag jeweils nur bei einer Förderinstanz in einem Land stellen, um die nationalen Vergaberichtlinien einhalten zu können? Eine ähnliche Frage ergibt sich beim Verlauf der Projekte: So erfordert in der Regel die ANR einen Abschlussbericht, bevor eine neue Projektphase beantragt werden kann. Das führt meist zu Unterbrechungen der Förderung. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat die Option einer Verlängerung der Projektförderung ohne Unterbrechung der Förderperiode. Die gemeinsamen Programme von DFG und ANR haben sich daraufhin in diesem Punkt auf ein für beide Partner gültiges Verfahren geeinigt. Ähnliche Fragen stellen sich bei der Beurteilung von eingereichten Projekten und bei den Selektionsprozessen. Nach welchen Kriterien, mit welcher Kommission wird evaluiert und ausgewählt? All diese Fragen können aufgrund bestehender Erfahrungen in der Forschungskoperation zumindest teilweise beantwortet werden. Entscheidend ist die wohlüberlegte Abstimmung zwischen der Zielsetzung der Forschungsinitiative, ihrem Finanzierungsvolumen und der angemessenen Organisationsstruktur.

Die genannten Zielsetzungen und die vorgeschlagenen Themenfelder, die sich aus den vier Seminaren ergeben haben, legen verschiedene Möglichkeiten der strukturellen Organisation der deutsch-französischen Forschungsarbeit nahe.

In einem ersten Schritt soll die Frage geklärt werden, ob die genannten Zielsetzungen der deutsch-französischen Forschungsinitiative des deutschen und des französischen Finanzministeriums durch

die Angliederung an eine der bereits bestehenden Strukturen erreicht werden kann, oder ob eine eigenständige neue Struktur unerlässlich ist. In der Tat ist es eine naheliegende Frage, warum eine Initiative im volkswirtschaftlichen oder allgemeiner wirtschaftswissenschaftlichen Bereich nicht als Schwerpunkt in bereits bestehende Programme integriert werden kann. Dafür infrage käme das seit 2007 erfolgreich laufende Programm von DFG und ANR. Wenn man diesen Weg geht, verlieren die Geldgeber allerdings vollständig die Möglichkeit, sich beim Themenfindungsprozess zu beteiligen, weil für die DFG eine strikte Trennung zwischen politischem Willen und innerwissenschaftlicher Begutachtung zwingend vorgegeben ist (die Ziele 4 und 5 und damit die Wirkung in der öffentlichen Debatte wären kaum zu erreichen, jedenfalls nicht gezielt zu beeinflussen, weil zwischen Forschung und Politik keinerlei Übergänge vorgesehen wären). D.h. konkret, dass man zwar eine Förderlinie in der Volkswirtschaftslehre auflegen könnte, dann aber keinerlei Steuerungsmöglichkeit der konkret ausgewählten Themenbereiche hätte. Wenn eine der Zielsetzungen die Bestrebung ist, bei Wahrung der Unabhängigkeit der Forschung gleichzeitig eine Befruchtung der politischen Debatten zu erreichen, scheidet diese Option aus. Hinzu kommt die Beobachtung, dass bisher die Möglichkeiten des DFG-ANR Programms seitens der Volkswirtschaftler nicht vollständig genutzt wurde, das Programm in seiner aktuellen Form also den Bedürfnissen des fachlichen Dialogs nicht ganz zu entsprechen scheint.

Eine zweite Möglichkeit wäre, die als relevant erachteten Themen mit Fördermitteln in einen bestehenden Think-Tank (z.B. Bruegel) einzubringen. Hierbei wiederum wäre die Distanz zur eigentlichen Forschung zu hoch, auch wenn die Nähe zu den politisch aktuellen Diskussionen ein Vorteil wäre (Ziel 1 und damit die nötige wissenschaftliche Freiheit bei der Behandlung der Forschungsfragen ohne Druck der politischen Aktualität wäre nicht sicher zu erreichen, zudem wäre die deutsch-französische Ebene aufgegeben). Es ist interessant zu beobachten, dass die zwei jüngsten deutsch-französischen Forschungsinitiativen im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften, die vom BMBF als Ergebnis der Forschungsforen angestoßen wurden, jeweils eine eigene neue Struktur gewählt haben (MaxPo und das Netzwerk *Saisir l'Europe*). Bei diesen beiden letztgenannten Projekten fällt allerdings auf, dass seitens des BMBF in den Steuerungs- und

Aufsichtsgremien keinerlei Vertretung vorgesehen ist. Es handelt sich also um einen Ansatz, der zwar gesellschaftlich aktuelle Fragen in den Blick nimmt, die Brücken zur öffentlichen oder auch politischen Debatte aber nicht gezielt vorsieht. Zudem spielen in beiden neuen Projekten die Wirtschaftswissenschaften keine Rolle, es geht eher um die traditionell (im engeren Sinne) geisteswissenschaftlich arbeitenden Fachgebiete.

Eine weitere aufschlussreiche Erkenntnis aus der bibliometrischen Untersuchung der bisherigen wissenschaftlichen Kooperation zwischen deutschen und französischen Wirtschaftswissenschaftlern ist die – vielleicht banal scheinende aber doch wichtige – Tatsache, dass immer dann gemeinsame Publikationen zu beobachten sind, wenn Forscher eine längere Zeit gemeinsam an einem Institut verbracht haben. Der längere Aufenthalt an einem gemeinsamen Ort ist ganz offensichtlich, auch im Zeitalter des weltweiten Datenaustauschs, eine fruchtbare Form der Organisation, um den vertieften Dialog zu ermöglichen und gemeinsame Erkenntnis- und Schreibprozesse zu ermöglichen. Daher sollten Gastaufenthalte bei den Instrumenten der Kooperation berücksichtigt werden.

Angesichts dieser Situation ist es sinnvoll – wenn man die genannten Zielsetzungen bestmöglich erreichen will – die DFFI durch eine eigene strukturierte Kooperationsorganisation umzusetzen.

Aus der Analyse der bestehenden Organisationsformen und aus den Erfahrungen mit deutsch-französischen Forschungsprogrammen lassen sich einige Möglichkeiten identifizieren, wobei die Zielerreichung, die Umsetzungszeiträume und die effiziente Mittelverwendung im Vordergrund stehen sollen.

Die folgenden drei Optionen haben alle Vor- und Nachteile, die im Hinblick auf die Zielsetzungen gegeneinander abgewogen werden müssen. Bei den Optionen werden bestehende Vergleichsfälle herangezogen, die aber nicht unbedingt als „Vorbild“ dienen müssen. Entscheidend sollte die Treffgenauigkeit der Forschungsstruktur im Hinblick auf die verfolgten Zielsetzungen sein.

V.3.2. Option 1: Ausschreibungen pro Forschungsthema (Vergleichsobjekt MaxPo)

Diese erste Option geht davon aus, dass es schwierig sein würde, die Ausschreibungsverfahren sofort zu homogenisieren und die Auswahlprozesse gemeinsam zu durchlaufen. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass unterschiedliche Forschungsaufträge an unterschiedliche deutsch-französische Tandems vergeben werden, die untereinander unabhängig bleiben. In gewissem Sinne ähnelt dieses Modell einer Multiplikation der Formel „MaxPo“, auch wenn hier engere Forschungsthemen ausgeschrieben würden, die eben nicht von nur einem Projektteam bearbeitet werden könnten. Die Grundelemente dieser Option wären somit folgende:

- a) *Ausschreibungsmodalitäten*: Die deutsche und die französische Fördereinrichtung (Ministerien) einigen sich auf die auszuschreibenden Themen. Jede Seite übernimmt zwei Bereiche, die nach den jeweils nationalen Regeln ausgeschrieben, ausgewählt und finanziert werden. Auf jedes Thema bewirbt sich ein deutsch-französisches Tandem, wobei der formelle Antrag jeweils von dem Partner eingereicht wird, der zum Geltungsbereich der finanzierenden Institution gehört.
- b) *Institutionelles Design*: Pro Thema arbeitet ein deutsch-französisches Team unter Leitung einer Institution, die dem Geldgeber berichtet. Die vier Themen mit den vier Forscherteams stehen nebeneinander und arbeiten unabhängig voneinander. Punktueller Überschneidungen sind jedoch möglich, aber nicht verpflichtend vorgesehen. Es gibt keine koordinierende Instanz.
- c) *Arbeitsweise und Instrumente*: Innerhalb der Forscherteams können Teilaufgaben vergeben werden. Allerdings muss gewährleistet sein, dass jeweils deutsche und französische Forscher an den Teilthemen gemeinsam arbeiten, damit das Ziel gemeinsamer Publikationen erreicht werden kann. Hierzu sind in der Arbeitsplanung und Finanzierung auch längere Gastaufenthalte an den jeweiligen Partnerorganisationen vorgesehen. Es wird davon ausgegangen, dass die sich bewerbenden Institutionen eine grundlegende Infrastruktur (Arbeitsplätze, Bibliothek etc.) zur Verfügung haben, die auch für Gastaufenthalte genutzt werden können. Neben (gemeinsamen) Publikationen gehören kleinere Arbeitstagen, ggf. un-

ter Beteiligung der Ministerien und/oder weiterer Fachwissenschaftler, zu den Instrumenten dieser Kooperationsform.

- d) *Vor- und Nachteile*: Fragt man nach der Zielerreichung, so werden die Ziele 1 (Intensivierung der Kooperation) und 2 (wissenschaftlicher Mehrwert durch Bündelung von Kompetenzen) gut zu erreichen sein. Problematischer, wenn auch erreichbar, ist Ziel 3 (Füllen einer Lücke in der deutsch-französischen Wissenschaftskooperation), weil die gemeinsame Sichtbarkeit aller Projekte nicht gegeben ist. Die Ziele 4 bis 6, die auf die Kommunikation mit der Öffentlichkeit und dem politischen Umfeld abzielen, könnten eingefordert werden, obwohl auch hier die Sichtbarkeit des Zusammenhangs ungewiss bleibt. Schließlich ist diese Option flexibel in der Größe und im Finanzierungsvolumen.

V.3.3. Option 2: Schaffung eines gänzlich neuen Instituts (Vorbild Institut de Saint-Louis, Deutsch-Französische Hochschule)

Diese zweite Option ist sehr viel ambitionierter, was die juristische Konstruktion angeht. Sowohl das Forschungsinstitut *Saint-Louis* als auch die Deutsch-Französische Hochschule sind im Rahmen eines Staatsvertrags gegründet worden und unterliegen somit eigenen Regeln, was Kooperation und gemeinsame Verfahren angeht. Die Grundelemente dieser Option wären somit folgende:

- a) *Ausschreibungsmodalitäten*: Die deutsche und die französische Fördereinrichtung (Ministerien) einigen sich auf die zu schaffende Struktur. Ein gemeinsames Budget erlaubt der neuen Institution, die Projekte nach eigenen Regeln auszuschreiben und gemeinsam auszuwählen. An dem Institut bewerben sich jeweils deutsch-französische Tandems auf die ausgeschriebenen Themen. Das Verfahren ist in der Anfangsphase sicher langwierig, gewährt aber eine große Handlungsautonomie und Sichtbarkeit.
- b) *Institutionelles Design*: Das neue Institut wird gegründet, es werden zwei Leitungspersönlichkeiten ausgewählt. Alles Weitere erfolgt, begleitet von einem Aufsichtsrat, autonom aus den Mitteln des neuen Instituts. Die Verwaltung und Koordinierung aller Projekte obliegt dem neuen Institut.

- c) *Arbeitsweise und Instrumente*: Innerhalb der Forschungsthemen werden Teilaufgaben an Forscher vergeben, die für eine gewisse Zeit an das Institut kommen oder teilweise dort angestellt werden. Die neue Institution verfügt über eine grundlegende Infrastruktur (Arbeitsplätze, Bibliothek etc.), die sowohl den Festangestellten als auch den Gastwissenschaftlern zur Verfügung steht. Neben (gemeinsamen) Publikationen gehören Arbeitstagungen, ggf. unter Beteiligung der Ministerien und/oder weiterer Fachwissenschaftler, zu den Instrumenten dieser Kooperationsform.
- d) *Vor- und Nachteile*: Fragt man nach der Zielerreichung, so werden die Ziele 1 (Intensivierung der Kooperation) und 2 (wissenschaftlicher Mehrwert durch Bündelung von Kompetenzen) gut zu erreichen sein. Auch Ziel 3 (Füllen einer Lücke in der deutsch-französischen Wissenschaftskooperation) kann gut erreicht werden, wenn die ausgewählten Forschungsthemen den Desiderata entsprechen. Die Ziele 4 bis 6, die auf die Kommunikation mit der Öffentlichkeit und dem politischen Umfeld abzielen, könnten gut erfüllt werden, weil die hohe Sichtbarkeit eines neuen Instituts vergleichsweise groß ist. Die deutlichen Nachteile dieser Option liegen in dem sehr langwierigen Verfahren, in einem langen Abstimmungsprozess zwischen den Regierungen und in einem erheblichen Finanzierungsvolumen.

*V.3.4. Option 3: Konsortium von Projektpartnern
mit einer koordinierenden Dachorganisation
(Vergleichsobjekt: Saisir l'Europe)*

Die dritte Option ist eine Kompromisslösung zwischen der schwerfälligen Neugründung und einer wenig sichtbaren „klassischen“ Ausschreibung von Forschungsprojekten. Dieser Vorschlag erlaubt schnelles Handeln und gleichzeitig eine schrittweise Umsetzung der Forschungsinitiative.

- a) *Ausschreibungsmodalitäten*: Die deutsche und die französische Fördereinrichtung (Ministerien) einigen sich auf die zu schaffende Struktur und auf die zu behandelnden Themen. Jede Seite übernimmt zwei Bereiche, die nach den jeweils nationalen Regeln ausgeschrieben, ausgewählt und finanziert werden. Auf jedes Thema bewirbt sich ein deutsch-französisches Tandem, wobei der formel-

le Antrag jeweils von dem Partner eingereicht wird, der zum Geltungsbereich der finanzierenden Institution gehört. Die Koordinierungsaufgabe wird als eigenes Projekt vergeben und ebenfalls von beiden Seiten anteilig finanziert.

- b) *Institutionelles Design*: Die bis zu vier Forschungsteams arbeiten eigenständig. Die koordinierende Instanz sorgt für regelmäßigen Austausch zwischen den Forschungsteams, organisiert (halb-)öffentliche Workshops und organisiert den Informationsfluss mit dem Beirat, zu dem die finanzierenden Institutionen gehören. Die Gesamtinitiative trägt einen gemeinsamen Namen und wird so nach außen sichtbar.
- c) *Arbeitsweise und Instrumente*: Innerhalb der Forscherteams können Teilaufgaben vergeben werden (s.o. Option 1). In der Arbeitsplanung und Finanzierung sind auch längere Gastaufenthalte an den jeweiligen Partnerorganisationen vorgesehen. Es wird davon ausgegangen, dass die sich bewerbenden Institutionen eine grundlegende Infrastruktur (Arbeitsplätze, Bibliothek etc.) zur Verfügung haben, die auch für Gastaufenthalte genutzt werden können. Neben (gemeinsamen) Publikationen gehören Arbeitstagungen, ggf. unter Beteiligung der Ministerien und/oder weiterer Fachwissenschaftler, zu den Instrumenten dieser Kooperationsform. Die koordinierende Instanz organisiert themenübergreifende Foren und Netzwerktreffen. Zu ihren Aufgaben gehört auch das Gesamtmonitoring des Projektverbunds.
- d) *Vor- und Nachteile*: Die Ziele 1 (Intensivierung der Kooperation), 2 (wissenschaftlicher Mehrwert durch Bündelung von Kompetenzen) und auch 3 (Füllen einer Lücke in der deutsch-französischen Wissenschaftskooperation) können gut erreicht werden, wenn die ausgewählten Forschungsthemen den Desiderata entsprechen. Die Ziele 4 bis 6, die auf die Kommunikation mit der Öffentlichkeit und dem politischen Umfeld abzielen, könnten gut erfüllt werden, weil die koordinierende Instanz eine Brückenfunktion zwischen Forschung und dem öffentlichen sowie politischen Umfeld übernehmen und damit auch für zusätzliche Sichtbarkeit sorgen kann.

Alle drei Optionen sind grundsätzlich unter Beachtung der jeweiligen nationalen Gepflogenheiten bei der Forschungsförderung möglich. Die Hauptunterschiede betreffen die Komplexität der Organisation

und damit die Dauer bis zur Umsetzung, die Sichtbarkeit der gesamten Initiative und schließlich Höhe und Dauer der einzusetzenden Mittel. Wenn die genannten Zielsetzungen in absehbarer Zeit umgesetzt werden sollen, ist die Option 2 (Schaffung einer neuen eigenständigen Institution) weniger geeignet. Die erste Option (parallele Ausschreibung von Forschungsaufträgen) ist ihrerseits nicht optimal, was die Sichtbarkeit der Gesamtinitiative angeht, auch wenn hier die Umsetzung unkompliziert und der Mitteleinsatz relativ flexibel wäre. Somit bietet die unter Option 3 genannte Lösung (parallele Ausschreibung mit Koordinierungsinstanz) unter Abwägung früherer Kooperationserfahrungen, der Zielsetzungen und der Erkenntnisse aus den hier nachgezeichneten Forschungsseminaren die größten Chancen für eine erfolgreiche und zeitnahe Umsetzung. Von großer Bedeutung ist, und dies gilt für alle denkbaren Optionen, die Sicherung einer Brückenfunktion zwischen dem Forschungskontext, dem Bereich der Politik und der gesellschaftlichen Öffentlichkeit.

VI. Anlagen

(1) Abkürzungsverzeichnis

ANR	Agence nationale de la recherche
AFAST	Association franco-allemande pour la science et la technologie
ALLENVI	Alliance nationale de recherche pour l'environnement
ALLISTENE	Alliance des sciences et technologies du numérique
ANCRE	Alliance nationale de coordination de la recherche pour l'énergie
ATHENA	Alliance nationale des sciences humaines et sociales
AVIESAN	Alliance pour les sciences de la vie et de la santé
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMF	Bundesministerium der Finanzen
CAE	Conseil d'Analyse économique
CAEFA	Conseil d'analyse économique franco-allemand
CEPII	Centre d'études prospectives et d'informations internationales
CERN	<i>Conseil européen pour la recherche nucléaire</i> (Europäische Organisation für Kernforschung)
CIERA	Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne
CMB	Centre Marc Bloch
CNRS	Centre national de la recherche scientifique
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DEUFRAKO	Deutsch-Französische Kooperation auf dem Gebiet der Verkehrsforschung

DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DFGWT	Deutsch-Französische Gesellschaft für Wissenschaft und Technologie
DFH	Deutsch-Französische Hochschule
dfi	Deutsch-Französisches Institut
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
EU	Europäische Union
EWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
EZB	Europäische Zentralbank
FCPR	Fonds commun de placement à risque
FuE	Forschung und Entwicklung
INRA	Institut national de la recherche agronomique
INSERM	Institut national de la santé et de la recherche médicale
ISL	Institut franco-allemand de recherches de Saint-Louis
IW	Institut der deutschen Wirtschaft Köln
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
MaxPo	Max Planck Sciences Po Center on Coping with Instability in Market Societies
OFCE	Observatoire français des conjonctures économiques
SMIC	Salaire minimum interprofessionnel de croissance
WEF	World Economic Forum

(2) Synthetische Tabelle von Kapitel III

Bestehende deutsch-französische Programme in den Geistes- und Sozialwissenschaften

Programm/Institution	Geldgeber/Träger	Struktur	Bemerkungen
CIERA (2001) (Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne)	DAAD, frz. Forschungsministerium	Konsortium von 10 frz. Einrichtungen, vor allem Universitäten; CIERA koordiniert dieses Netzwerk und bietet eigene Dienstleistungen an	<ul style="list-style-type: none"> - nur frz. Einrichtungen, konzentriert auf Nachwuchsarbeit und Mobilitätsstipendien <p>450.000 p.a.</p>
<i>Centre Marc Bloch</i> (1992)	Frz. Außenministerium, CNRS, Ministère de la Recherche, BMBF (seit 2001)	An-Institut an der HU, vorwiegend Nachwuchsförderung	<ul style="list-style-type: none"> - Status: französisches Forschungsinstitut im Ausland (vergl. Deutsches Historisches Institut Paris) <p>2,5 Mio. p.a.</p>
Förderprogramm für Geistes- und Sozialwissenschaften (2007)	ANR – DFG Gemeinsame Ausschreibung, aber parallele Anträge jeweils nach den Landesregeln	Zwei Träger mit zwei Finanzierungen, D kann nur D fördern; völlige Selbstverwaltung durch die Wissenschaft	<ul style="list-style-type: none"> - keine Eingrenzung der Themen - fast symmetrische Finanzierung - geringer Anteil der Wirtschaftswissenschaften <p>ca. 8 Mio. p.a.</p>
MaxPo (2012)	Max Planck Gesellschaft und <i>Sciences Po</i> (BMBF)	Ein Rahmenthema, je ein Leiter	<ul style="list-style-type: none"> - ist zunächst auf 5 Jahre angelegt - keine wirtschaftswissenschaftlichen Komponenten <p>750.000 p.a.</p>
<i>Saisir l'Europe</i> /Europa als Herausforderung (2012)	BMBF / <i>Ministère de la Recherche</i>	Netzwerk von 7 Institutionen, Koordination durch <i>Centre Marc Bloch</i> in D und CIERA in F	<ul style="list-style-type: none"> - ist zunächst auf 5 Jahre angelegt - keine wirtschaftswissenschaftlichen Komponenten <p>1,05 Mill. p.a.</p>

(3) Programme der vier Arbeitsseminare



- SEMINAR -	- SÉMINAIRE -
Perspektiven der Wirtschafts- und Währungsunion	Perspectives de l'Union économique et monétaire
Fragen künftiger Forschung	Questions pour des recherches futures

PROGRAMM PROGRAMME

Berlin, 08.04.2014

Bundesministerium der Finanzen	Ministère Fédéral des Finances
Organisation: Deutsch-Französisches Institut (dfi), Ludwigsburg	Organisation: Deutsch-Französisches Institut (dfi), Ludwigsburg
In Zusammenarbeit mit dem Commissariat général à la stratégie et à la prospective	En coopération avec le Commissariat général à la stratégie et à la prospective

Zielsetzungen:

Das erste Seminar soll die Frage nach der künftigen Gestaltung der Europäischen Union, insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion im Schnittpunkt ökonomischer, verfassungsrechtlicher und politikwissenschaftlicher Fragestellungen behandeln. Die bisherigen politischen Ansätze zur Überwindung der Krise des Euroraums werfen eine Reihe grundsätzlicher Fragen auf, die auf dem Seminar thematisiert werden können: grundsätzliche Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik; institutionelle, europarechtliche und demokratietheoretische Implikationen einer möglichen Weiterentwicklung der EWWU; Notwendigkeit neuer Instrumente, Schritte zur fiskalischen Integration, Notwendigkeit einer föderalen Perspektive.

Ziel dieses Arbeitsseminars ist es, neue Ansätze für Forschung in deutsch-französischer Perspektive aufzuzeigen, die geeignet sind, Entscheidungshilfen für notwendige Weichenstellungen der kommenden Jahre zu bieten.

8:30 Eintreffen der Teilnehmer

9:00 Begrüßung:

Ludger SCHUKNECHT
Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Einführung:

Frank BAASNER
Deutsch-Französisches Institut (dfi), Ludwigsburg

Jean PISANI-FERRY
Commissariat général à la stratégie et à la prospective, Paris

9:15 Plenarvortrag:

"Vertiefung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion: Institutionelle und ökonomische Grundsatzfragen und Herausforderungen."

Uwe PUETTER
Central European University, Budapest

9:45 Diskussionsrunde:

Zusammenspiel von nachhaltiger Haushaltspolitik und dauerhaftem Wirtschaftswachstum in Europa.

Moderation:
Guntram WOLFF
Bruegel, Brüssel

Einführung:

Agnès BÉNASSY-QUÉRÉ
Conseil d'analyse économique (CAE), Paris
Lars FELD
Walter Eucken Institut, Freiburg

Statements:

Natacha VALLA
Centre d'Etudes Prospectives et d'Informations Internationales (CEPII), Paris
Gabriel FELBERMAYR
ifo Institut, Center for Economic Studies, München
Jacques MISTRAL

Objectifs:

Ce séminaire porte sur les perspectives de l'Union européenne et tout particulièrement de l'Union économique et monétaire. Cette thématique sera traitée dans une approche pluridisciplinaire incluant notamment sciences économiques et financières, les sciences juridiques et les sciences politiques. Les réponses politiques récentes à la crise de la zone euro soulèvent une série de questions majeures que le séminaire pourra développer : orientations de la politique économique et financière ; implications d'un éventuel développement de l'UEM sur le plan institutionnel, juridique et démocratique ; nécessité de nouveaux instruments, étapes vers l'intégration fiscale, nécessité d'une perspective fédérale.

Ce séminaire de travail vise à mettre en évidence de nouvelles pistes de recherche à approfondir, dans une perspective franco-allemande, pour aider à la décision dans les années à venir.

8:30 Accueil des participants

9:00 Ouverture:

Ludger SCHUKNECHT
Ministère Fédéral des Finances, Berlin

Introduction:

Frank BAASNER
Deutsch-Französisches Institut (dfi), Ludwigsburg

Jean PISANI-FERRY
Commissariat général à la stratégie et à la prospective, Paris

9:15 Session plénière:

"Approfondissement de l'Union économique et monétaire: Questions et principaux défis institutionnels et financiers."

Uwe PUETTER
Central European University, Budapest

9:45 Table ronde:

Articulation entre politique budgétaire soutenable et croissance économique permanente en Europe.

Présidence:
Guntram WOLFF
Bruegel, Bruxelles

Introduction:

Agnès BÉNASSY-QUÉRÉ
Conseil d'analyse économique (CAE), Paris
Lars FELD
Walter Eucken Institut, Freiburg

Prises de position:

Natacha VALLA, Paris
Centre d'Etudes Prospectives et d'Informations Internationales (CEPII), Paris
Gabriel FELBERMAYR
ifo Institut, Center for Economic Studies, Munich
Jacques MISTRAL

Le Cercle des économistes, Paris
Mark HALLERBERG
Hertie School of Governance, Berlin

12:00 Mittagspause (Buffet vor Ort)

13:00 Arbeitsgruppen

(1) Föderale Ordnung als Perspektive für die Europäische Union? (Raum «Eurosaal»)

Moderation:
Jean-Dominique GIULIANI
Robert Schuman Stiftung, Paris

Referenten:
Markus JACHTENFUCHS
Hertie School of Governance, Berlin
Renaud DEHOUSSE
Sciences Po, Paris
Zsolt DARVAS
Bruegel, Brüssel
Ingolf PERNICE
Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin

(2) Effizientes Haushalten in der EU
(Saal Nr. 3379)

Moderation:
Daniela SCHWARZER
The German Marshall Fund of the United States, Berlin

Referenten:
Natacha VALLA
Centre d'Études Prospectives et d'Informations
Internationales (CEPII), Paris
Stefan VETTER
Deutsche Bank Research, Frankfurt a.M.
Florian MISCH
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW),
Mannheim
Pascal KAUFFMANN
Université Montesquieu Bordeaux IV, Bordeaux

15:00 Kaffeepause

15:15 Plenare Abschlussrunde

► **Kurzbericht aus den Arbeitsgruppen**

Frank BAASNER, Henrik UTERWEDDE
Deutsch-Französisches Institut (dfi), Ludwigsburg

► **Synthese:
Perspektiven für künftige Forschung**

Marcel FRATZSCHER
Deutsches Institut für Wirtschaft (DIW), Berlin

► **Statement Dr. Wolfgang SCHÄUBLE,
Bundesminister der Finanzen**

16:15 Ende des Seminars

Le Cercle des économistes, Paris
Mark HALLERBERG
Hertie School of Governance, Berlin

12:00 Déjeuner (buffet sur place)

13:00 Ateliers

(1) Une perspective fédérale pour l'Union européenne ? (Salle «Eurosaal»)

Présidence :
Jean-Dominique GIULIANI
Fondation Robert Schuman, Paris

Intervenants :
Markus JACHTENFUCHS
Hertie School of Governance, Berlin
Renaud DEHOUSSE
Sciences Po, Paris
Zsolt DARVAS
Bruegel, Bruxelles
Ingolf PERNICE
Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin

(2) Gestion budgétaire efficace dans l'UE
(Salle N° 3379)

Présidence :
Daniela SCHWARZER
The German Marshall Fund of the United States, Berlin

Intervenants :
Natacha VALLA
Centre d'Études Prospectives et d'Informations
Internationales (CEPII), Paris
Stefan VETTER
Deutsche Bank Research, Frankfurt a.M.
Florian MISCH
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW),
Mannheim
Pascal KAUFFMANN
Université Montesquieu Bordeaux IV, Bordeaux

15:00 Pause café

15:15 Réunion plénière de clôture

► **Compte rendu des ateliers**

Frank BAASNER, Henrik UTERWEDDE
Deutsch-Französisches Institut (dfi), Ludwigsburg

► **Synthèse:
Perspectives pour de futures recherches**

Marcel FRATZSCHER
Institut Allemand pour la recherche économique (DIW), Berlin

► **Prise de position par Wolfgang SCHÄUBLE,
Ministre Fédéral des Finances**

16:15 Fin du séminaire



- SÉMINAIRE - - SEMINAR -

<p>L'avenir des systèmes de protection sociale</p> <p>Enjeux de politiques publiques et questions pour la recherche</p>	<p>Die Zukunft der sozialen Sicherung</p> <p>Herausforderungen an die Politik, Fragen an die Forschung</p>
--	---

PROGRAMME PROGRAMM

Paris, 28 avril 2014

Ministère de l'Économie et des Finances
Salle Bloch-Lainé
139, rue de Bercy
75572 Paris Cedex 12

<p>Organisation : Commissariat général à la stratégie et à la prospective</p> <p>En partenariat avec le Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg (dfi)</p> <p>Langues de travail : allemand et français, avec traduction simultanée</p>	<p>Organisation: Commissariat général à la stratégie et à la prospective</p> <p>In Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Französischen Institut, Ludwigsburg (dfi)</p> <p>Sprachen: Deutsch und Französisch mit Simultanübersetzung</p>
--	--

Objectifs

Cette journée porte sur l'avenir des systèmes de protection sociale en France et en Allemagne. Grâce à une approche pluridisciplinaire, les principaux enjeux financiers et organisationnels auxquels font face ces systèmes seront mis en lumière. Deux thématiques seront en particulier discutées. D'une part, la conciliation vie privée et vie professionnelle et l'investissement dans la petite enfance sont-ils des enjeux prioritaires pour les systèmes de protection de demain ? D'autre part, comment financer et réorganiser le système de santé et de la prise en charge de la dépendance pour répondre aux besoins d'une population vieillissante ?

Ce séminaire de travail vise à mettre en évidence les nouvelles pistes de recherche à approfondir, dans une perspective comparée France-Allemagne, pour aider à la décision dans les années à venir.

8h15 Accueil

8h45 Ouverture

Sandrine DUCHENE
Direction générale du trésor,
Ministère des Finances et des Comptes publics

Introduction

Jean PISANI-FERRY
Commissariat général à la stratégie
et à la prospective

Frank BAASNER
Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg

9h00 Table ronde 1

Démographie et systèmes de protection sociale en Allemagne et en France

Présidence

Raphaël HADAS-LEBEL
Conseil d'orientation des retraites, Paris

Introduction

Systèmes de protection sociale en Allemagne
et en France : perspective comparée

René LASSERRE
Centre d'information et de recherche
sur l'Allemagne contemporaine, Cergy-Pontoise

Tendances démographiques
et défis à venir pour l'Allemagne
et la France

François HÉRAN
Agence nationale de la recherche, Paris

Points de vue

Quels défis pour les systèmes de protection
sociale et quels besoins de connaissance ?

Bert RÜRUP
Handelsblatt Research Institute, Düsseldorf

Hippolyte D'ALBIS
Paris School of Economics, Paris

Axel BÖRSCH-SUPAN
Munich Center for the Economics of Aging, Munich

Mireille ELBAUM
Haut conseil de financement de la protection
sociale, Paris

Kai LEICHSENTRING
European Centre for Social Welfare Policy and
Research, Vienne

Zielsetzungen

Die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme in Frankreich und in Deutschland soll auf diesem Seminar in einer multidisziplinären Perspektive behandelt werden. Im Mittelpunkt stehen die zentralen finanziellen und organisatorischen Herausforderungen für diese Systeme. Darüber hinaus sollen zwei spezifische Fragestellungen diskutiert werden. Inwieweit stellen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die frühkindliche Erziehung vorrangige Herausforderungen für die soziale Sicherung dar? Wie sollen, vor dem Hintergrund einer alternierenden Bevölkerung, das Gesundheitswesen und die Versorgung pflegebedürftiger Personen finanziert und organisiert werden?

Dieses Seminar soll neue Ansätze für vergleichende Forschung in deutsch-französischer Perspektive aufzeigen, die geeignet sind, Entscheidungshilfen für notwendige Weichenstellungen der kommenden Jahre zu bieten.

8:15 Eintreffen der Teilnehmer

8:45 Begrüßung

Sandrine DUCHENE
Direction générale du trésor,
Ministère des Finances und Haushalt, Paris

Einführung

Jean PISANI-FERRY
Commissariat général à la stratégie
et à la prospective

Frank BAASNER
Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg

9:00 1 Diskussionsrunde

Soziale Sicherung und demographischer Wandel in Deutschland und Frankreich

Moderator

Raphaël HADAS-LEBEL
Conseil d'orientation des retraites, Paris

Einführung

Deutsche und französische soziale
Sicherungssysteme im Vergleich

René LASSERRE
Centre d'information et de recherche
sur l'Allemagne contemporaine, Cergy-Pontoise

Demographische Entwicklungen
und vergleichende Konsequenzen
für Deutschland und Frankreich

François HÉRAN
Agence nationale de la recherche, Paris

Statements

Herausforderungen für die soziale Sicherung:
offene Forschungsfragen

Bert RÜRUP
Handelsblatt Research Institute, Düsseldorf

Hippolyte D'ALBIS
Paris School of Economics, Paris

Axel BÖRSCH-SUPAN
Munich Center for the Economics of Aging, München

Mireille ELBAUM
Haut conseil de financement de la protection
sociale, Paris

Kai LEICHSENTRING
European Centre for Social Welfare Policy and
Research, Wien

11h00 Pause café

11h15 Table ronde 2
Investissement dans la petite enfance
et conciliation vie familiale
et vie professionnelle

Présidence
 Bertrand FRAGONARD
 Haut conseil de la famille, Paris

Introduction
 Ute KLAMMER
 Université Duisbourg-Essen, Essen
 Jeanne FAGNANI
 Centre national de recherche scientifique, Paris-I,
 Paris

Points de vue
 Bernhard KALICKI
 Deutsches Jugend Institut, Munich
 Olivier THÉVENON
 Institut national d'études démographiques, Paris
 Sandrine DAUPHIN
 Caisse nationale des allocations familiales, Paris

13h00 Déjeuner-buffet

14h00 Allocution
 Michel SAPIN
 Ministre des Finances et des Comptes publics
 Wolfgang SCHÄUBLE
 Ministre fédéral de Finances

14h30 Table ronde 3
Systèmes de santé et de prise en charge
de la dépendance pour des sociétés
vieillesantes

Présidence
 Anne-Marie BROCAS
 Haut conseil pour l'avenir de l'assurance maladie,
 Paris

Introduction
 Heinz ROTHGANG
 Zentrum für Sozialpolitik, Brême
 Marie-Ève JOËL
 Université Paris-Dauphine, Paris

Points de vue
 Hanneli DÖHNER
 Université de Hambourg-Eppendorf, Hambourg
 Brigitte DORMONT
 Université Paris-Dauphine, Paris
 Susanne KÜMPERS
 Hochschule Fulda, Fulda
 Patrick HASSENTEUFEL
 Université Versailles-Saint-Quentin, Guyancourt
 Clemens TESCH-RÖMER
 Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin

16h20 Synthèse
 Jérôme VIGNON
 Observatoire national de la pauvreté et de
 l'exclusion sociale, Paris

16h30 Fin du séminaire

11:00 Kaffeepause

11:15 2 Diskussionsrunde
Vereinbarkeit von Familie
und Beruf und frühkindliche
Erziehung

Moderator
 Bertrand FRAGONARD
 Haut conseil de la famille, Paris

Einführung
 Ute KLAMMER
 Universität Duisbourg-Essen, Essen
 Jeanne FAGNANI
 Centre national de recherche scientifique, Paris-I,
 Paris

Statements
 Bernhard KALICKI
 Deutsches Jugend Institut, München
 Olivier THÉVENON
 Institut national d'études démographiques, Paris
 Sandrine DAUPHIN
 Caisse nationale des allocations familiales, Paris

13:00 Mittagspause

14:00 Ansprache
 Michel SAPIN
 Minister für Finanzen und Haushalt
 Wolfgang SCHÄUBLE
 Bundesminister der Finanzen

14:30 3 Diskussionsrunde
Gesundheitssystem und Versorgung
für Pflegebedürftige in einer alternden
Gesellschaft

Moderator
 Anne-Marie BROCAS
 Haut conseil pour l'avenir de l'assurance maladie,
 Paris

Einführung
 Heinz ROTHGANG
 Zentrum für Sozialpolitik, Bremen
 Marie-Ève JOËL
 Université Paris-Dauphine, Paris

Statements
 Hanneli DÖHNER
 Hamburg-Eppendorf Universität, Hamburg
 Brigitte DORMONT
 Université Paris-Dauphine, Paris
 Susanne KÜMPERS
 Hochschule Fulda, Fulda
 Patrick HASSENTEUFEL
 Université Versailles-Saint-Quentin, Guyancourt
 Clemens TESCH-RÖMER
 Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin

16:20 Synthese
 Jérôme VIGNON
 Observatoire national de la pauvreté et de
 l'exclusion sociale, Paris

16:30 Ende des Seminars



SEMINAR | SÉMINAIRE

Innovation und Wettbewerbsfähigkeit | **Innovation et compétitivité**

Fragen künftiger Forschung | **Questions pour des recherches futures**

PROGRAMM | PROGRAMME

Berlin, 26.05.2014

Bundesministerium der Finanzen | **Ministère Fédéral des Finances**

Organisation: Deutsch-Französisches Institut (dfi), Ludwigsburg | Organisation: Deutsch-Französisches Institut (dfi), Ludwigsburg

In Zusammenarbeit mit dem Commissariat général à la stratégie et à la prospective (CGSP) | En coopération avec le Commissariat général à la stratégie et à la prospective (CGSP)

Zielsetzungen:

Dieses Seminar stellt die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft in den Mittelpunkt. Nachdem die institutionellen Rahmenbedingungen im ersten Seminar breiter thematisiert worden sind, sollen diesmal die ökonomischen Fragen im Vordergrund stehen. Es geht um die – als systemisch verstandene – Wettbewerbsfähigkeit und ihre Bestimmungsfaktoren, mit einem besonderen Fokus auf die (nicht nur im technologischen Sinne verstandene) Innovationsfähigkeit. Darüber hinaus sollen unternehmerische Leitbilder und ihr Einfluss auf Wettbewerbsfähigkeit sowie finanzielle Dimensionen der Innovationsförderung behandelt werden.

Fragestellungen: preisliche und qualitative Wettbewerbsfähigkeit, die Positionierung Europas zwischen Dienstleistungs- und industrieller Wirtschaft, Unterschiede der ordnungspolitischen und gesellschaftlichen Dispositionen, der Produktsysteme, der Wachstumsmodelle, der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den wichtigen EU-Ländern und ihre Folgen, Elemente einer wachstums- und innovationsfördernden Politik auf nationaler und europäischer Ebene, Beitrag von Angebots- und Nachfragepolitik für Innovation und systemische Wettbewerbsfähigkeit; der deutsche und der französische Weg; wie können verschiedene Wirtschaftsmodelle zum Erfolg führen?

Ziel des Arbeitsseminars ist es, neue Ansätze für Forschung in deutsch-französischer Perspektive aufzuzeigen, die geeignet sind, Entscheidungshilfen für notwendige Weichenstellungen der kommenden Jahre zu bieten.

8:30 Eintreffen der Teilnehmer

9:00 Begrüßung

Thomas WESTPHAL
Bundesfinanzministerium, Berlin

Einführung

Frank BAASNER
Deutsch-Französisches Institut (dfi), Ludwigsburg
Selma MAHFOUZ
Commissariat général à la stratégie et à la prospective, Paris

9:15 Plenardiskussion: Grundlagen der Wettbewerbsfähigkeit in Europa

Moderation:
Oliver HOLTEMÖLLER
Institut für Wirtschaftsforschung, Halle

Vorträge

Clemens FUEST
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim
Philippe AGHION
Harvard University, Cambridge

Diskussionsrunde

Rolf KROKER
Institut der deutschen Wirtschaft, Köln
Alain DE SERRES
OECD, Paris
Gabriel COLLETIS
Université Toulouse I

Objectifs :

Ce séminaire met l'accent sur la compétitivité de l'économie européenne. Après avoir largement traité le cadre institutionnel lors du premier séminaire, l'on insistera cette fois-ci sur les questions économiques. Il sera question de la compétitivité – comprise comme globale – et de ses facteurs déterminants, avec un accent particulier sur la capacité d'innovation (qui ne se réduit pas seulement au sens technologique). En outre, l'on abordera les modèles entrepreneuriaux et leur influence sur la compétitivité ainsi que les dimensions financières du soutien à l'innovation.

Questions abordées : compétitivité-prix et compétitivité qualitative ; positionnement de l'Europe entre économie de services et économie industrielle ; différences des dispositions sociales et de gouvernance économique, différence des systèmes productifs, des modèles de croissance et différence de compétitivité entre les principaux pays de l'UE, et leurs conséquences ; éléments d'une politique encourageant la croissance et l'innovation au niveau national et européen ; contribution de la politique de l'offre et de la demande pour l'innovation et la compétitivité globale ; la voie allemande et la voie française : comment différents modèles économiques peuvent-ils mener au succès ?

Ce séminaire de travail vise à mettre en évidence de nouvelles pistes de recherche à approfondir, dans une perspective franco-allemande, pour aider à la décision dans les années à venir.

8:30 Accueil des participants

9:00 Ouverture

Thomas WESTPHAL
Ministère Fédéral des Finances, Berlin

Introduction

Frank BAASNER
Deutsch-Französisches Institut (dfi), Ludwigsburg
Selma MAHFOUZ
Commissariat général à la stratégie et à la prospective, Paris

9:15 Session plénière: Les bases de la compétitivité en Europe

Présidence:
Oliver HOLTEMÖLLER
Halle Institute for Economic Research, Halle

Exposés

Clemens FUEST
Centre for European Economic Research (ZEW), Mannheim
Philippe AGHION
Harvard University, Cambridge

Table ronde

Rolf KROKER
Institut der deutschen Wirtschaft, Köln
Alain DE SERRES
OCDE, Paris
Gabriel COLLETIS
Université Toulouse I

11:15 Kaffeepause

11:30 Plenardiskussion: Bedingungen der Innovationsfähigkeit

Moderation:
Selma MAHFOUZ
CGSP, Paris

Vorträge

Dietmar HARHOFF
Max-Planck-Institut für Innovation u. Wettbewerb, München
Patrick LLERENA
Université de Strasbourg

Reaktion

Emmanuel MULLER
Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung
ISI, Karlsruhe
Guillaume GAULIER
Banque de France, Paris

13:00 Mittagspause (Buffet vor Ort)

14:00 Parallele Arbeitsgruppen

(1) Leitbilder des Unternehmertums und Wettbewerbsfähigkeit (Raum „Eurosaa“)

Moderation:
Frank BAASNER
DFI, Ludwigsburg

Claus DIERKSMEIER
Universität Tübingen / Weltethos-Institut
Patrice CHARLIER
EM Strasbourg Business School, Universität Straßburg
Alexander SCHIERSCH
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

(2) Finanzierungssysteme für Innovation
(Raum Nr. 3379)

Moderation:
Henrik UTERWEDDE
DFI, Ludwigsburg

Bertram REDDIG
Deutscher Sparkassen- u. Giroverband, Berlin
Laure REINHART
Banque publique d'investissement, Paris
Arndt WERNER
Institut für Mittelstandsforschung (IfM), Bonn
Klaus STÖCKEMANN
Peppermint VenturePartners GmbH, Berlin

15:30 Kaffeepause

16:00 Synthese

Christoph M. SCHMIDT
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

16:30 Ende des Seminars

11:15 Pause café

11:30 Session plénière: Facteurs de la capacité d'innovation

Présidence:
Selma MAHFOUZ
CGSP, Paris

Exposés

Dietmar HARHOFF
Max Planck Institute for Innovation and Competition, Munich
Patrick LLERENA
Université de Strasbourg

Réaction

Emmanuel MULLER
Fraunhofer Institute for Systems and Innovation Research
ISI, Karlsruhe
Guillaume GAULIER
Banque de France, Paris

13:00 Déjeuner (buffet sur place)

14:00 Ateliers parallèles

(1) Modèles d'entreprise, entrepreneuriat et compétitivité (Salle "Eurosaa")

Présidence:
Frank BAASNER
DFI, Ludwigsburg

Claus DIERKSMEIER
Université de Tübingen / Global Ethic Institute
Patrice CHARLIER
EM Strasbourg, Université de Strasbourg
Alexander SCHIERSCH
German Institute for Economic Research, Berlin

(2) Le financement de l'innovation
(Salle N° 3379)

Présidence:
Henrik UTERWEDDE
DFI, Ludwigsburg

Bertram REDDIG
German Savings Banks Association (DSGV), Berlin
Laure REINHART
Banque publique d'investissement, Paris
Arndt WERNER
Institut für Mittelstandsforschung (IfM), Bonn
Klaus STÖCKEMANN
Peppermint VenturePartners GmbH, Berlin

15:30 Pause café

16:00 Synthèse

Christoph M. SCHMIDT
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

16:30 Fin du séminaire



Une initiative des ministères des Finances français et allemand

- SÉMINAIRE - | - SEMINAR -

<p>Évolutions du marché du travail Enjeux de politiques publiques et questions pour la recherche</p>	<p>Entwicklungen des Arbeitsmarkts Herausforderungen an die Politik, Fragen an die Forschung</p>
--	--

PROGRAMME PROGRAMM

Paris, 3 juillet 2014 - 3. Juli 2014

Ministère des Finances et des Comptes publics
Salon Michel Debré - Hôtel des Ministres
139, rue de Bercy
75572 Paris Cedex 12

<p>Organisation : France Stratégie</p> <p>Avec le soutien du Ministère des Finances et des Comptes publics</p> <p>En partenariat avec le Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg (dfi)</p> <p>Langues de travail : allemand et français, avec traduction simultanée</p>	<p>Organisation: France Stratégie</p> <p>Mit Unterstützung von: Ministerium für Finanzen und Staatskonten</p> <p>In Zusammenarbeit mit dem: Deutsch-Französischen Institut, Ludwigsburg (dfi)</p> <p>Sprachen: Deutsch und Französisch mit Simultanübersetzung</p>
---	--

Objectifs

Cette journée porte sur l'évolution du marché du travail en France et en Allemagne. Grâce à une approche pluridisciplinaire, les principaux enjeux de l'évolution des marchés du travail en France et en Allemagne seront mis en lumière, et mis en perspective avec le cadre européen. Le premier temps fort de la réflexion portera sur les réformes du marché du travail et leur impact. Le deuxième temps de questionnement portera sur les dynamiques de formation des salaires et les enjeux de compétitivité et de qualité des emplois, pour débattre de la question des salaires minimum en Europe. On s'interrogera ensuite sur la question de l'appariement entre l'offre et la demande sur les marchés du travail ; les discussions porteront sur l'évolution des mobilités géographiques en Europe et de leur contribution à une meilleure allocation de la main-d'œuvre, puis sur les pistes pour favoriser une meilleure transition entre formation et emploi, en particulier pour les jeunes. Ce séminaire de travail vise à mettre en évidence les nouvelles pistes de recherche à approfondir, dans une perspective comparée France Allemagne, pour aider à la décision dans les années à venir.

8h30 Accueil

8h45 Ouverture
Renaud LASSUS
Ministère des Finances et des Comptes publics
Jean PISANI-FERRY
France Stratégie
Frank BAASNER
Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg

9h00 Table ronde 1 Réformes structurelles du marché du travail et qualité de l'emploi : quels choix pour nos sociétés européennes ?

Présidence
Emmanuelle WARGON
Délégation générale à l'emploi et à la formation
professionnelle, Ministère du Travail, de l'Emploi
et du Dialogue social

Introduction
Pierre CAHUC
Centre de recherche en économie et statistique,
École polytechnique
Werner EICHHORST
Institute for the Study of Labor (IZA)

Points de vue
Hilmar SCHNEIDER
Centre d'études de populations de pauvreté
et de politiques socioéconomiques/International
Networks for Studies in Technology, Environment,
Alternatives, Development
Bernd FITZENBERGER
Albert-Ludwigs-Freiburg Universität
Anne EYDOUX
Centre d'études de l'emploi, Université Rennes 2

10h30 Pause café

10h45 Table ronde 2 Compétitivité et dynamiques salariales : vers une harmonisation des salaires minimum européens ?

Présidence
Françoise BOUYGARD
Direction de l'animation de la recherche,
des études et des statistiques, Ministère
du Travail, de l'Emploi et du Dialogue social

Zielsetzungen

Dieses Seminar befasst sich mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes in Frankreich und Deutschland. In einem multidisziplinären Ansatz werden die großen Herausforderungen für die Arbeitsmärkte in Frankreich und Deutschland herausgearbeitet und in den europäischen Kontext gestellt. Der erste Schwerpunkt der Tagung betrifft die Reform des Arbeitsmarktes und ihre Auswirkungen. Der zweite Schwerpunkt behandelt die Dynamik der Lohnfindung im Zusammenhang mit Fragen der Wettbewerbsfähigkeit und der Qualität der Arbeitsplätze sowie der Mindestlöhne in Europa. Im Anschluss daran geht es um den Matching-prozess zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt. Im Mittelpunkt steht dabei die Entwicklung der geografischen Mobilität in Europa und ihre Auswirkung auf die Allokation von Arbeitskräften. Ferner werden mögliche Wege erörtert, um insbesondere für Jugendliche einen besseren Übergang zwischen Ausbildung und zu fördern. Ziel dieses Arbeitsseminars ist es, neue Ansätze für Forschung in deutsch-französischer Perspektive aufzuzeigen, die geeignet sind, Entscheidungshilfen für notwendige Weichenstellungen der kommenden Jahre zu bieten.

8:30 Willkommen

8:45 Eröffnung
Renaud LASSUS
Ministère des Finances et des Comptes publics
Jean PISANI-FERRY
France Stratégie
Frank BAASNER
Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg

9:00 1. Diskussionsrunde Strukturenreformen auf dem Arbeitsmarkt und Beschäftigungsqualität: welche Wahlmöglichkeiten für unsere europäischen Gesellschaften?

Moderator
Emmanuelle WARGON
Délégation générale à l'emploi et à la formation
professionnelle, Ministère du Travail, de l'Emploi
et du Dialogue social

Einführung
Pierre CAHUC
Centre de recherche en économie et statistique,
École polytechnique
Werner EICHHORST
Institute for the Study of Labor (IZA)

Standpunkte
Hilmar SCHNEIDER
Centre d'études de populations de pauvreté
et de politiques socioéconomiques/International
Networks for Studies in Technology, Environment,
Alternatives, Development
Bernd FITZENBERGER
Albert-Ludwigs-Freiburg Universität
Anne EYDOUX
Centre d'études de l'emploi, Université Rennes 2

10:30 Kaffeepause

10:45 2. Diskussionsrunde Wettbewerbsfähigkeit und Lohnentwicklung: Harmonisierung der Mindestlöhne in Europa?

Moderator
Françoise BOUYGARD
Direction de l'animation de la recherche,
des études et des statistiques, Ministère
du Travail, de l'Emploi et du Dialogue social

	<p>Introduction Gilbert CETTE Banque de France</p> <p>Gerhard BOSCH Institut Arbeit und Qualifikation</p> <p>Points de vue Odile CHAGNY Institut de recherches économiques et sociales</p> <p>Andrea GARNERO Université libre de Bruxelles, Paris School of Economics</p>		<p>Einführung Gilbert CETTE Banque de France</p> <p>Gerhard BOSCH Institut Arbeit und Qualifikation</p> <p>Standpunkte Odile CHAGNY Institut de recherches économiques et sociales</p> <p>Andrea GARNERO Université libre de Bruxelles, Paris School of Economics</p>
12h15	Déjeuner-buffet		12:15 Mittagspause
13h15	<p>Table ronde 3 Comment évoluent les mobilités géographiques en Europe et peuvent-elles favoriser une meilleure allocation de la main-d'œuvre au niveau des États membres et au sein de l'Union européenne ?</p> <p>Présidence Marie-Hélène AMIEL Département des statistiques, des études et de la communication, Ministère de l'Intérieur</p> <p>Introduction Jean-Christophe DUMONT Organisation de coopération et de développement économiques</p> <p>Patrick A. PUHANI Leibniz Universität Hannover, Institute for the Study of Labor (IZA)</p> <p>Points de vue Nicola DÜLL Economix Research&Management, Hochschule für Angewandte Wissenschaften München, Observatoire européen de l'emploi</p> <p>Klaus F. ZIMMERMANN Institute for the Study of Labor (IZA) et University of Bonn</p>		<p>13:15 3. Diskussionsrunde Wie entwickelt sich die geographische Mobilität in Europa? Fördert sie eine bessere Allokation von Arbeitskräften innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten und auf europäischer Ebene?</p> <p>Moderator Marie-Hélène AMIEL Département des statistiques, des études et de la communication, Ministère de l'Intérieur</p> <p>Einführung Jean-Christophe DUMONT Organisation for Economic Co-operation and Development</p> <p>Patrick A. PUHANI Leibniz Universität Hannover, Institute for the Study of Labor (IZA)</p> <p>Standpunkte Nicolas DÜLL Economix Research&Management, Hochschule für Angewandte Wissenschaften München, Observatoire européen de l'emploi</p> <p>Klaus F. ZIMMERMANN Institute for the Study of Labor (IZA) und University of Bonn</p>
14h45	<p>Table ronde 4 Les ajustements entre l'offre et la demande sur les marchés du travail ; quelles pistes pour favoriser une meilleure transition entre formation et emploi ?</p> <p>Présidence Guy TCHIBOZO Centre européen pour le développement de la formation professionnelle</p> <p>Introduction Hans Peter KLÖS Institut der deutschen Wirtschaft Köln</p> <p>Alberto LOPEZ Centre d'études et de recherches sur les qualifications</p> <p>Points de vue René LASSERRE Centre d'information et de recherche sur l'Allemagne contemporaine, Université de Cergy-Pontoise</p> <p>Werner EICHHORST Institute for the Study of Labor (IZA)</p>		<p>14:45 4. Diskussionsrunde Die Anpassung zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt: welche Handlungsfelder, um einen besseren Übergang zwischen Ausbildung und Arbeit zu fördern?</p> <p>Moderator Guy TCHIBOZO Centre européen pour le développement de la formation professionnelle</p> <p>Einführung Hans Peter KLÖS Institut der deutschen Wirtschaft Köln</p> <p>Alberto LOPEZ Centre d'études et de recherches sur les qualifications</p> <p>Standpunkte René LASSERRE Centre d'information et de recherche sur l'Allemagne contemporaine, Université de Cergy-Pontoise</p> <p>Werner EICHHORST Institute for the Study of Labor (IZA)</p>
16h15	Conclusion Marie-Claire CARRÈRE-GÉE Conseil d'orientation de l'emploi		16:15 Synthese Marie-Claire CARRÈRE-GÉE Conseil d'orientation de l'emploi
16h45	Fin du séminaire		16:45 Ende des Seminars